

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Michael Reif:
Professionelle und öffentliche Soziologie
- Bernhard Schäfers:
*DGS und GfS. Die Gesellschaften
für Soziologie im Vereinigungsprozess*
- Michael Opielka:
Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht
- *Geschlossene Gesellschaften.
Call zu den Plenarveranstaltungen
auf dem 38. Kongress der DGS in Bamberg*

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 1 • 2016

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München,
Institut für Soziologie, Konradstraße 6, D-80801 München,

E-Mail: stephan.lessenich@uni-muenchen.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dr. Sonja Schnitzler,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, D-45128 Essen,

E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04 208, Fax 0201/72 04 111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Nicole Burzan, TU Dortmund,

Fakultät 12: Erziehungswissenschaft und Soziologie, Emil-Figge-Straße 50,

D-44227 Dortmund, E-Mail: nicole.burzan@fk12.tu-dortmund.de,

Tel.: 0231/ 755 7135, Fax: 0231/755 6509.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: <http://www.sociologie.de>

Soziologie erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main, www.campus.de

Geschäftsführung: Marianne Rübemann

Programmleitung: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Anzeigenbetreuung: Stefan Schöpfer, 0 69/97 65 16-32, schoepper@campus.de

Abonnementbetreuung: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice, Holzwiesenstraße 2,
72127 Kusterdingen, E-Mail: journals@hgv-online.de, Tel: 07071 9353-16, Fax: -3030

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel);

Jahresabonnement Studenten/Emerit 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2016

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial	5
-----------------	---

Soziologie in der Öffentlichkeit

Michael Reif

Soziologie als öffentliche Soziologie.....	7
--	---

Identität und Interdisziplinarität

Bernhard Schäfers

DGS und GfS:

Die Gesellschaften für Soziologie im Vereinigungsprozess	24
--	----

Michael Opielka

Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht	33
---	----

DGS-Nachrichten

Geschlossene Gesellschaften.

38. Kongress der DGS 2016 in Bamberg

Call zu den Plenarveranstaltungen	47
---	----

Ausgeschriebene Preise	57
------------------------------	----

Wichtige Termine im Überblick	60
-------------------------------------	----

Veränderungen in der Mitgliedschaft	61
---	----

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Alter(n)	64
-------------------------------	----

<i>Sektion</i> Arbeits- und Industriesoziologie	67
---	----

<i>Sektion</i> Bildung und Erziehung	70
--	----

<i>Sektion</i> Familiensoziologie	73
---	----

<i>Sektion</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung	75
<i>Sektion</i> Soziologie des Körpers und des Sports und <i>Sektion</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung	78
<i>Sektion</i> Stadt- und Regionalsoziologie	81
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	87

Nachrichten aus der Soziologie

Andreas Langenohl In memoriam Helmut Dubiel	90
Sonderforschungsbereich »Affective Societies. Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten« an der Freien Universität Berlin (SFB 1171)	94
Nachwuchspreis Bildungssoziologie 2016	102
Habilitationen	103
Call for Papers	104
Ingenieure der Gesellschaft • Social Interaction and So- ciety • Child Poverty in Times of Crisis • Netzwerke in ge- sellschaftlichen Feldern •	
Tagungen	111
Transdifferente, hybride, diverse Aktant_innen*?	
Autorinnen und Autoren	114
Abstracts	117

»Der Skandal fängt an«,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

»wenn die Polizei ihm ein Ende bereitet« (Karl Kraus) Beziehungsweise: ... zu bereiten versucht. Im Sommer 2015 ersuchte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) das Bundesinnenministerium, die Bundeszentrale für politische Bildung anzuweisen, den Band »Ökonomie und Gesellschaft – Zwölf Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung« aus dem Verkehr zu ziehen. Das Innenministerium untersagte der Bundeszentrale den weiteren Vertrieb des Bandes mit der Begründung, in einem der darin enthaltenen Beiträge werde die Lobbyarbeit von Wirtschaftsverbänden einseitig negativ dargestellt. Laut homepage der Bundeszentrale war der Band darauf hin »vergriffen«.

Ein soziologisches Ärgernis an diesem Fall ist, dass er genau den schlichten Vorstellungen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus über das Verhältnis zwischen Kapital und Staat entspricht. Der Staat als »geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klasse« oder so ähnlich. Dagegen kann man aus verbändesoziologischer Sicht daran erinnern, dass die Sicht auf Verbände als Störfaktoren demokratischer Politik längst als überwunden gilt, dass in komplexen kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften politische Mit-Steuerung durch Verbände keineswegs immer etwas Schlechtes sein muss, und Lobbyismus Politik darüber informiert, welche Folgen sie haben kann und mit welchem Widerstand sie rechnen muss. Das kann nützlich ein. Im vorliegenden Fall freilich ist – mit einem gewissen Amüsement – festzuhalten, dass durch Lobbying gegen einen kritischen Text über Lobbying der Inhalt des Textes eindrucksvoll bestätigt wird.

Der Protest (unter anderem des Vorstands der DGS), der sich erhob, und ein breites Medienecho führten dazu, dass das Vertriebsverbot wieder aufgehoben wurde. Der Band kann für 7 Euro bei der Bundeszentrale bezogen werden. All das findet man genau dokumentiert unter der Adresse: www.iboeb.org.

Mir geht es hier um den Vorwurf, der im Zusammenhang mit diesem Skandal zu hören war: Zensur! Er kam unter anderem von LobbyControl, aus dem Vorstand des DGB und abgeschwächt in »Die Welt«. Die Empö-

rung kann ich verstehen, aber mit dem Zensur-Vorwurf sollte man vorsichtig umgehen. Die Intervention der BDA ist politisch unredlich und ungeschickt. Dem Innenministerium ist vorzuwerfen, dass es die Intervention eins zu eins umsetzt. Dem Grundrecht, »sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten« (Art 5(1) GG), ist das keineswegs förderlich. Aber ist es Zensur? Erstens ist festzuhalten, dass das Vertriebsverbot des Innenministeriums nicht bewirkt, dass die Äußerung und Verbreitung der inkriminierten Inhalte tatsächlich unterbunden werden. Eine – freilich teurere – Verlagsversion des Bandes wäre wohl jederzeit machbar. Zensur im Sinne des Grundgesetzes läge vor, wenn für den Text der einzige Weg an die Öffentlichkeit über die Bundeszentrale für politische Bildung führte. Und zweitens ist zu bedenken, für welchen Zweck der Text bestimmt ist. Es handelt sich um ein Lehrmittel. Und es liegt im Wesen pädagogischer Konstellationen, dass Lesetexte von Jugendlichen als Schülerinnen und Schüler nicht frei gewählt, sondern von Lehrerinnen und Lehrern gefiltert und vermittelt werden. In diesem Sinne bleiben Schülerinnen und Schülern laufend unzählige Texte vorenthalten, die jedoch als Informationsquellen außerhalb der pädagogischen Konstellation für sie zugänglich sind. Darum geht der Vorwurf der Zensur ins Leere.

Die Empfänglichkeit des Innenministeriums für die Intervention der BDA ist also nicht Zensur, sie ist aber ein Skandal. Das ist, aus heutiger Sicht, kein Werturteil, sondern eine Tatsachenfeststellung. Die breite Aufmerksamkeit, die der Band nun findet, ist auch der BDA und dem Innenministerium zu verdanken. Die BDA-Intervention hat mit ihrem Scheitern das Gegenteil dessen bewirkt, was sie beabsichtigte. Das entspricht dem, was Karl Kraus gemeint hat. Vermutlich hat der Zensur-Vorwurf, der in zahlreichen Wortmeldungen mitschwang, dazu beigetragen, dass der Fall so intensiv skandalisiert wurde. Dennoch: Zensur ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als dass man eine derart unbeholfene Aktion so nennen sollte. Denn solche dramatisierenden Begriffsverwendungen bergen die Gefahr einer diskursiven Selbstenteignung: Wenn es jemals wirklich ernst werden sollte, hat man kein politisch brauchbares Vokabular mehr.

Ihr

Georg Vobruba

Erratum. In Heft 4-2015 ist uns ein Fehler unterlaufen. Fußnote 8 auf Seite 420 muss lauten: Ronald Hitzler (Hg.), *Hermeneutik als Lebenspraxis*. Ein Vorschlag von Hans-Georg Soeffner. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 2014. Wir bedauern unser Versehen.

Professionelle und öffentliche Soziologie

Ein soziologiegeschichtlicher Beitrag zur
Professionalisierung der Disziplin in Deutschland¹

Michael Reif

Einleitung

Über *public sociology* wird seit Michael Burawoys Plädoyer für ihre Stärkung diskutiert. Die Soziologie denkt über ihr Selbstverständnis und ihre Rolle in der Öffentlichkeit nach.² Diese Diskussionen weisen einen starken Gegenwartsbezug auf. Historische Betrachtungen von *public sociology* als auch von deren Verhältnis zu den anderen Soziologieformen werden bestenfalls skizzenhaft angestellt. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesem Verhältnis wäre aber wichtig, gerade weil sich das soziologische Wissen und die Zielgruppen zwischen öffentlicher, *policy* bzw. anwendungsorientierter, professioneller und kritischer Soziologie unterscheiden (Burawoy 2005: 16). In historischer Perspektive könnte etwa den Fragen nachgegangen werden, ob und wie das Wissen der kritischen Soziologie Teil der professionellen Soziologie werden kann oder ob Konjunkturen bestimmter Soziologieformen existieren, deren disziplinterne und -externe Gründe dann heraus-

1 Eine kürzere Version dieses Beitrags erscheint in Stephan Lessenich (Hg.) 2015: Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014. Onlinepublikation unter www.publikationen.sozioogie.de. Für sehr wertvolle Kommentare zur Überarbeitung einer früheren Fassung danke ich Oliver Römer. Oliver Neun danke ich für die konstruktiven Gespräche über öffentliche Soziologie und Soziologiegeschichte. Für die präzisen Überarbeitungshinweise gebührt außerdem der Redaktion Dank.

2 Im deutschsprachigen Raum wird die Diskussion gerade auch in dieser Zeitschrift geführt (zum Überblick: Damitz 2013; Lamla 2014).

zuarbeiten wären. Die fehlende Thematisierung ist außerdem bemerkenswert, weil *policy* und *public sociology* nicht denkbar sind »without a *professional sociology* that supplies true and tested methods, accumulated bodies of knowledge, orienting questions, and conceptual frameworks«. Und Burawoy fährt fort, professionelle Soziologie sei »the *sine qua non* of their existence – providing both legitimacy and expertise for policy and public sociology« (ebd.: 10).³ Der professionelle Kern konstituiert das Herz der Disziplin.

Die Herausbildung der professionellen Soziologie in Deutschland steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Die von Konflikten im akademischen Feld begleitete universitäre Institutionalisierung gelang ihr im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.⁴ Diese Konflikte wirkten sich auf das soziologische Wissen aus: »Fighting for a place in the academic sun, sociology developed its own specialized knowledge« (Burawoy 2005: 5). Im Folgenden steht ein solcher Konflikt in der Geschichte der frühen deutschen Soziologie im Fokus. Exemplarisch für die Auseinandersetzungen um die Soziologie wird eine Debatte am Beginn der Weimarer Zeit beleuchtet, die sich um die Einrichtung soziologischer Lehrstühle an deutschen Universitäten und damit verbunden um die Frage nach der Anerkennung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft drehte. Dabei wird der Frage nachgegangen, weshalb die beteiligten Soziologen sich für professionelle und gegen öffentliche Soziologie ausgesprochen haben, obwohl *public sociology* im weitesten Sinne für die Genese der Soziologie eine wichtige Rolle gespielt hat. Es sei verwiesen auf die Verbindungen zur Sozialreform, zum Kathedersozialismus der Nationalökonomie und dem Verein für Socialpolitik, zum historischen Materialismus sowie zur Sozialdemokratie. Von dieser Tradition öffentlicher Soziologie grenzten sich jene Wissenschaftler aber gerade ab, die die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) dominierten und deshalb als Elite der Soziologie bezeichnet werden können, um Anerkennung im wissenschaftlichen Feld zu generieren (vgl. Evans 2009). Diese Strategie disziplinärer Professionalisierung wurde verfolgt, so die hier vertretene These, um Legitimation im wissenschaftlichen Feld zu erlangen und um sich den an die Soziologie gerichteten politischen Erwartungen zu entziehen. Die von Georg Simmel und Max Weber formulierten Konzepte »Einzelwissenschaft« und »Werturteilsfreiheit« waren dabei von zentraler Bedeutung. Diese können als definitions-

³ Die Hervorhebungen in den Zitaten entsprechen grundsätzlich dem jeweiligen Original.

⁴ Aus Platzgründen kann die theoretische Perspektive nicht ausgeführt werden. Den Hintergrund bilden Arbeiten zur konflikthaften Genese der Strukturen des wissenschaftlichen Feldes (Bourdieu 1975; Gieryn 1983; Abbott 2001; Heilbron 2004).

politische Konzepte bezeichnet werden. Darunter sind Denkfiguren zu verstehen, die zur Bestimmung disziplinärer Grenzen dienen. Sie markieren, was als soziologisch gilt, und werden in den Konflikten um die Grenzen der Soziologie dazu verwendet, andere Positionen auszugrenzen bzw. als nicht-soziologisch zu deklarieren sowie die Grenzen zu anderen Wissenschaften zu ziehen (vgl. Borch 2012: 13f.).

Dieser soziologiegeschichtliche Beitrag möchte anhand der Debatte um die Anerkennung der Soziologie zu einem besseren Verständnis der Entwicklung der professionellen Soziologie in der Zwischenkriegszeit beitragen. Zur geistesgeschichtlichen Kontextualisierung der Entwicklung der Soziologie werde ich im nachstehenden zweiten Abschnitt einige Anmerkungen machen. Dabei gehe ich genauer auf die definitionspolitischen Konzepte ein und werde den Kontext grob umreißen. Detailliert wird im dritten Abschnitt die Debatte am Anfang der Weimarer Zeit rekonstruiert. Im vierten und letzten Abschnitt wird sie zusammenfassend und mit Bezug zu *public sociology* diskutiert.

Geistesgeschichtlicher Kontext und definitionspolitische Konzepte

Ungefähr auf die Mitte des 19. Jahrhunderts kann der Beginn des soziologischen Diskurses datiert werden. Auguste Comte, Karl Marx und Lorenz von Stein sind etwa als Repräsentanten zu nennen. Dieser Diskurs fand überwiegend außerhalb der Universitäten statt, »und zwar in Kontexten des Frühsozialismus und der Arbeiterbewegung« (Habermas 1992: 32). In Deutschland forderte Robert von Mohl (1851) die Einführung einer »Gesellschafts-Wissenschaft«. Deren wissenschaftliche Existenzberechtigung blieb allerdings lange umstritten (Rehberg 2010: 217 ff.). Schon aus diesem Grund waren gesellschaftswissenschaftliche Diskussionen nicht allein eine akademische Angelegenheit. Die Verbindungen zwischen der Sozialreform und den entstehenden Sozialwissenschaften waren zahlreich. In Deutschland sticht der Verein für Socialpolitik heraus, in dem Sozialreform und Wissenschaft eine enge Verflechtung eingingen. In der in dieser Vereinigung organisierten Historischen Schule der Nationalökonomie entwickelte sich eine Forschungsperspektive, die man als soziologisch bezeichnen kann und die sich gegen die ahistorische theoretische Nationalökonomie wandte.

Empirische soziologische Fragestellungen wurden zudem in den Enqueten des Vereins für Socialpolitik bearbeitet (Schäfer 1971; Gorges 1980).

Zu den geistesgeschichtlichen Rahmenbedingungen der Entstehung der Soziologie zählen insbesondere die methodologischen Auseinandersetzungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert: Der Methodenstreit und der Werturteilsstreit in der Nationalökonomie hatten entscheidende Auswirkungen auf die Differenzierung der Sozialwissenschaften. Sie markieren den Anfang der Herausbildung des Regimes der sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Stellvertretend für die verschiedenen Schulen stritten Carl Menger und Gustav Schmoller über den Kern der Nationalökonomie. Eine Position dazwischen nahm Weber ein (Hennis 1994), dessen Konzeption der Sozialökonomie auf die Weiterentwicklung der Nationalökonomie gerichtet war. Das im *Objektivitätsaufsatz* (Weber 1988) formulierte Postulat der Werturteilsfreiheit sollte aber großen Einfluss auf die weitere Entwicklung und die Debatten in der frühen deutschen Soziologie haben (Käsler 1981; Rammstedt 1988; Schleiff 2009). Es ist als wichtiges definitionspolitisches Konzept zu bezeichnen, das auf Betreiben Webers in der Satzung der DGS festgeschrieben wurde (Tönnies 1921).

Das zweite definitionspolitische Konzept wurde von Simmel in der Zeit der methodologischen Auseinandersetzungen formuliert; an ihnen beteiligt hat er sich jedoch nicht. Das Konzept der »Einzelwissenschaft« war wichtig für die Entwicklung der frühen Soziologie in Deutschland von einer akademischen Strömung im sozialwissenschaftlichen Feld zu einer professionellen Wissenschaft. Herausgearbeitet hat er es zuerst 1894 und dann 1908 in der großen *Soziologie* (Simmel 1992a; Simmel 1992b). Es beinhaltete nicht zuletzt die Abgrenzung der Soziologie von bestehenden Disziplinen. »Soziologie als Einzelwissenschaft« wurde vor allem im Zuge der universitären Institutionalisierung in der Weimarer Zeit wirkmächtig.

Die definitionspolitischen Konzepte sind intellektuelle Marksteine der Genese der Soziologie und Teile ihrer kognitiven Identität. Mit der Gründung der DGS 1909 wurde darüber hinaus der erste Schritt zu ihrer Institutionalisierung gemacht. Neben anderen waren Simmel und Weber Mitglieder – bis zu ihren Austritten. Diese erfolgten auch aufgrund der Diskussionen um die Werturteilsfreiheit, die die DGS bis in die Weimarer Zeit begleiten sollten, und die damit zusammenhängende und von beiden ange-

strebte Professionalisierung der Soziologie.⁵ Der Streit um dieses methodologische Prinzip hatte seine Ursache darin, dass die DGS keine rein akademische Vereinigung war. Vielmehr bestanden zahlreiche Verbindungen zwischen DGS-Mitgliedern und Sozialreform (Neef 2012: 182 ff.).

Die sehr kurze geistesgeschichtliche Kontextualisierung der Entstehung der Soziologie hatte zum Ziel auf die für die Durchsetzung der professionellen Soziologie wichtigen definitionspolitischen Konzepte hinzuweisen. Auf die Verflechtungen mit der Tradition öffentlicher Soziologie konnte nicht näher eingegangen werden. Soziologie als eigenständiges Universitätsfach gab es im Kaiserreich noch nicht. Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution.

For public sociology? Nicht mit uns!

Die Stellung der Soziologie im wissenschaftlichen Feld veränderte sich am Anfang der Weimarer Republik. Franz Oppenheimer wurde 1919 in Frankfurt am Main auf einen Lehrstuhl für Theoretische Nationalökonomie und Soziologie berufen, den ersten Lehrstuhl in Deutschland der auch der Soziologie gewidmet war. Im selben Jahr wurde in Köln das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften gegründet, dessen soziologische Abteilung Leopold von Wiese und Max Scheler leiteten, die an der Universität zu Köln Professuren für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Soziologie bzw. Philosophie und Soziologie innehatten (von Alemann 1981). Das Institut war in drei Abteilungen gegliedert, die den »wichtigsten parteipolitischen Strömungen im damaligen Rheinland« (Kern 1982: 133) entsprechen sollten. Um die politische Dimension der Institutsgründung hervorzuheben, sei darauf verwiesen, dass sie vom damaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer unterstützt wurde. Das Kölner Institut entwickelte sich dann zu einem »wichtige[n] Kristallisationspunkt der deutschen Soziologie« (Stöltzing 1986: 128). Über das Forschungsinstitut hinaus wurde insgesamt die universitäre Institutionalisierung der Soziologie von der Politik gefördert bzw. gefordert.

⁵ Die in der Georg Simmel- und der Max Weber-Gesamtausgabe edierten Briefe verweisen übrigens darauf, wie ähnlich die Vorstellungen von Weber und Simmel bezüglich der DGS waren.

Die Forderung der Etablierung soziologischer Lehrstühle durch Carl Heinrich Becker, Referent für das Hochschulwesen im preußischen Kultusministerium, ist der Auslöser der Debatte.⁶ Desweiteren waren folgende Personen beteiligt: Georg von Below, Professor für Wirtschaftsgeschichte, der für die konservativ eingestellte Hochschullehrerschaft sprach, Leopold von Wiese, als einflussreichster akademischer Entrepreneur der Soziologie in der Weimarer Zeit zu bezeichnen, und Ferdinand Tönnies, von 1909 bis 1933 Präsident der DGS. Tönnies beeinflusste durch seine Position die Diskussionen auf den Soziologentagen, die auch von Wiese mitbestimmte. Letzterer hatte zudem als Herausgeber der Kölner Vierteljahresshäfte für Soziologie, der offiziellen Zeitschrift der DGS, eine einflussreiche Stellung. Beide repräsentieren die Elite der frühen deutschen Soziologie.

For public sociology! Über die politische Unterstützung der Soziologie

Mit Carl Heinrich Becker hatte die Soziologie einen einflussreichen Fürsprecher in der Ministerialbürokratie. Er verfasste 1919 zwei programmatische und thematisch breit gefächerte und für die weitere Entwicklung der Hochschulen bedeutende Schriften: *Gedanken zur Hochschulreform* und *Kulturpolitische Aufgaben des Reiches* (Becker 1919a; Becker 1919b). In den *Gedanken* wurde die Einrichtung soziologischer Lehrstühle gefordert:

»Deutschland ist in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten. Soziologie entspricht eben nicht dem deutschen Denken, weil sie überhaupt nur aus Synthese besteht. Um so wichtiger ist sie als Erziehungsmittel. Soziologische Lehrstühle sind eine dringende Notwendigkeit für alle Hochschulen. Dabei ist die Soziologie im weitesten Sinne des Wortes gedacht einschließlich der wissenschaftlichen Politik und der Zeitgeschichte. [...] Durch soziologische Betrachtung allein kann auf intellektuellem Gebiet die geistige Gewöhnung geschaffen werden, die dann, auf das ethische Gebiet übertragen, zur politischen Überzeugung wird. *So werde die Wissenschaft für uns der Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter.*« (Becker 1919a: 9)

Becker identifizierte eine intellektuelle Leerstelle, die die Soziologie schließen sollte. In Analogie zu charakteristischen Eigenschaften der deutschen Gesellschaft – Partikularismus und Individualismus – hätte sich die Wissen-

⁶ Für den Prozess der universitären Institutionalisierung der Soziologie ist diese Debatte von Bedeutung (Käsler 1984: 79 f., 255 ff., 502 ff.; Lepenies 1985: 300 ff.; Stöltig 1986: 92 ff.; Wagner 1990: 227 f.).

schaft zusehends spezialisiert. Das »Höchstmaß an spezialistischer Tüchtigkeit« (Becker 1919a: 2) wiederum hätte die wissenschaftliche Produktion allgemeiner Ideen nicht gefördert. Zur geistigen Erneuerung wären solche Ideen sowie wissenschaftliche Synthese allerdings nötig. Und weil die Soziologie »überhaupt nur aus Synthese« (ebd.: 9) bestehe, könne sie die benannte Leerstelle ausfüllen.

Für Becker ist die Soziologie demnach eine Synthese herstellende Wissenschaft, die das Spezialwissen verschiedener Disziplinen zusammenführt. Dies war eine im sozialwissenschaftlichen Feld existierende Auffassung von Soziologie. Einen Konsens, was für eine Wissenschaft Soziologie ist bzw. sein sollte, gab es zu dieser Zeit freilich noch nicht. Einig waren sich die frühen deutschen Soziologen allerdings hinsichtlich der universitären Etablierung. Der größere Teil bezog sich auf das definitionspolitische Konzept der Einzelwissenschaft, worunter man sich aber nicht unbedingt die von Simmel definierte Soziologie vorstellte. Becker hatte jedenfalls konkrete Vorstellungen zur Verbesserung des akademischen Bereichs und zum Beitrag der Soziologie zur Problemlösung im wissenschaftlichen Feld.

Darüber hinaus verband er mit der Etablierung soziologischer Lehrstühle politische Erwartungen. Soziologie sollte einen Nutzen jenseits der Universität haben. Insbesondere sollte sie zur Lösung der diagnostizierten geistigen und moralischen Krise Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg beitragen. Soziologie sei als »Erziehungsmittel« Teil des angestrebten Neubeginns, da sie verantwortungsbewusste Staatsbürger ausbilden und dadurch zur geistigen und ethischen Erneuerung beitragen würde. Die Universitäten sollten nicht ausschließlich auf Forschung ausgerichtet, sondern ebenso für die »politische Ausbildung« (Becker 1919a: 28) zuständig sein. Hierin liegt die an die Soziologie herangetragene politische Erwartung, die Becker mit dem gesellschaftlichen Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg verknüpfte. Damit wurde die Soziologie allerdings in ein politisch nicht konsensfähiges Licht gerückt. Die »ethische Gesinnung« (Becker 1919a: IX) des Sozialismus werde nämlich zur geistigen Erneuerung beitragen. Der Soziologie gestand er dabei eine tragende Rolle zu und rückte sie somit in die Nähe zum Sozialismus – einer gedanklichen Nähe, derer sich die entstehende Wissenschaft nicht zuletzt durch die Betonung des Postulats der Werturteilsfreiheit entziehen wollte. Becker lieferte ihren Gegnern somit die Möglichkeit, Soziologie aufgrund ihrer vermeintlichen Verbreitung sozialistischer Gedanken abzulehnen.

Against sociology! Über die Ablehnung der Soziologie

Es überrascht nicht, wenn die Forderung nach soziologischen Lehrstühlen mit dem Sozialismusvorwurf zurückgewiesen wird. Georg von Below unterstellte dem preußischen Kultusministerium, dass das Wort Soziologie gefalle, »weil es an »sozial und »sozialistisch« anklingt« (1920: 9). Die sozialdemokratische Regierung als Teil der sozialistischen Bewegung würde »größtenteils praktische politische und soziale Ziele« (ebd.: 19) verfolgen. Durch die Soziologie würde sozialistisches Gedankengut an den Universitäten verankert. Diese Sichtweise hatte er nicht exklusiv. Die Soziologie galt »in konservativen Universitätskreisen als Rammbock der Sozialdemokratie, mit der sie die Pforte der Wissenschaften und des deutschen Geistes sprengen wollte« (Stöltzing 2006: 9). Von Below war sicherlich mit den Debatten um die Werturteilsfreiheit vertraut und kannte ihre Relevanz für die Diskussionen in der DGS. Nichtsdestotrotz diskreditierte er die Soziologie pauschal als sozialistische Wissenschaft, um ihr die akademische Legitimation ab- und sich gegen die Einrichtung soziologischer Lehrstühle auszusprechen.

Die Unterstützung der Soziologie hatte Carl Heinrich Becker damit gerechtfertigt, dass im Bereich der Wissenschaft »die Regierung ein offeneres Auge für den Wert des Neuen« (1919a: 41) besitze. Es handelte sich jetzt freilich um eine sozialdemokratische Regierung, die sich in die Angelegenheiten der staatlichen Universitäten einmischte. Und diese wurden von der Professorenschaft als rein akademische Angelegenheiten angesehen, trotz oder gerade wegen der nach Wahlen ins Amt gekommenen »linken« Regierung. Die Einmischung in akademische Fragen kritisierte von Below, zumal die Soziologie Gegenstand einer »Streitfrage [sei], die die Wissenschaft noch keineswegs entschieden hatte« (1920: 9). Es habe sich bisher kein einheitliches Verständnis von Soziologie herausgebildet. Und die Politik würde damit eine Vorentscheidung in einer akademischen Debatte treffen, die sich um die Frage drehe, »ob Soziologie als eine besondere Wissenschaft anerkannt werden dürfe« (ebd.). Bei einer universitären Institutionalisierung qua politischer Intervention bliebe lediglich zu klären, ob Soziologie als Einzelwissenschaft oder synthetisierende Sozialwissenschaft verstanden würde, wobei diese Frage durch die Vorstellungen Beckers als vorgezeichnet erschien.

Von Below sah die Soziologie nicht als dringend benötigte Wissenschaft der Synthese. Schließlich würden selbst »die ersten Vertreter einer Wissenschaft der Soziologie sie als Sonderwissenschaft und zwar von ana-

lysierendem Charakter auffassen« (von Below 1920: 5). Sie lehnten »die Soziologie als Universalwissenschaft« (ebd.: 47) bzw. Synthese ab. Diese vermeintliche Unterstützung diene von Below vorbereitend zur Ablehnung der »Konstruktion der Soziologie als Sonderwissenschaft« (ebd.: 5). Und wenn »sie nicht als Spezialwissenschaft anerkannt werden kann, [...] dann kann sie überhaupt nicht anerkannt werden« (ebd.: 47).

Soziologie als Einzelwissenschaft sei »überflüssig« (von Below 1921: 523), so sein zentrales wissenschaftliches Argument, weil verschiedene Disziplinen »ergiebige Betrachtungen über die Stellung des einzelnen zur Gemeinschaft« (von Below 1920: 20) vorgelegt hätten. Der Gegenstand der Soziologie würde in der romantischen Tradition durch die Vertreter der Geistes- und Kulturwissenschaften analysiert. Sie würden Soziologie »als Vertreter vorhandener wissenschaftlicher Disziplinen« betreiben (ebd.: 5). Demzufolge treffe die Feststellung Beckers nicht zu, dass Deutschland »in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten« sei (ebd.: 27). Die Existenz soziologischer Gegenstände und soziologisch relevanter Fragen negierte er demzufolge nicht, zu ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfe es aber nicht der Soziologie. Der Streit um die Soziologie könnte aufgelöst werden, indem »man diese nicht als besonderes ›Fach‹ oder besondere ›Wissenschaft‹ auffaßt, sondern lediglich als Methode oder allenfalls als heuristisches Prinzip« (von Below 1921: 523). Von Below vertrat die Position, dass Soziologie »nur eine Methode« (ebd.: 513) sei, die in verschiedenen Disziplinen verwendet werden kann. Als methodische Forschungsrichtung werde sie in etablierten Wissenschaften – der Nationalökonomie etwa – ohnehin seit längerem angewendet. Eine eigenständige Soziologie neben den anderen Disziplinen mache keinen Sinn, vielmehr sollten letztere »sich in der soziologischen Methode üben« (ebd.: 523).

Mit der Entstehung der Historischen Schule der Nationalökonomie, ergänzt um Geographie und Anthropologie, sei darüber hinaus eine »gewisse Vollständigkeit« (von Below 1920: 15) der Sozialwissenschaften erreicht, deren Differenzierung abgeschlossen. Für die Soziologie gebe es keinen Platz im disziplinären Regime, zumal eine Wissenschaft zu einem gewissen Grad spezialisiert sein müsse. Als neue spezialisierte Wissenschaft wäre die Soziologie jedoch eine »Allerweltswissenschaft«, wenn sie »das gesamte Zusammenleben der Menschen zum Gegenstand« hätte (von Below 1921: 524). Und konzentrierte sie sich auf »das Zusammenleben der Menschen nur im Hinblick auf ihre ökonomischen Verhältnisse« (ebd.), so wären Soziologie und Nationalökonomie identisch.

Gegen die Soziologie führte von Below demzufolge ein grundsätzliches Ressentiment an und reihte sich in eine Tradition des Sozialismusvorwurfs als Topos der Antisozio­logie ein (Rehberg 2010: 218 ff.). Daneben traten wissenschaftliche Gründe: Soziologie sei keine Wissenschaft, sondern eine Methode. Außerdem gebe es keinen speziellen Gegenstands­bereich der Soziologie, eine wissenschaftliche Leerstelle würde folglich mit ihrer Anerkennung nicht geschlossen. Von Below negierte also die Wissenschaftlichkeit der Einzelwissenschaft Soziologie.

For professional sociology! Über die Soziologie als Einzelwissenschaft

Wie reagierten Leopold von Wiese und Ferdinand Tönnies auf die Forderung nach Lehrstühlen für Soziologie und die Unterstützung durch die Politik? Und wie auf die damit verbundenen Erwartungen? Wie fiel ihre Reaktion auf die Ablehnung der Soziologie aus? Dass sie sich zurückhaltend an der Vorstellung des Förderers der Soziologie abarbeiten, ist nicht überraschend; Becker agierte ja in ihrem Sinne. Sie konzentrierten sich auf die Kritik an der Ablehnung. Dabei wird deutlich, dass sie die Vorstellung der Soziologie als professionelle Disziplin »reiner« Wissenschaftlichkeit und keinesfalls als *public* oder *policy sociology* vertraten.

Am Anfang seines Debattenbeitrags stellte von Wiese fest, dass es irrelevant sei, dass »ein sozialistisches Regiment die Gesellschaftslehre als Universitätsfach fördert oder hemmt« (1920: 348). Außerdem wird betont, die Frage der Einrichtung soziologischer Lehrstühle wäre eine akademische, die »aus den Verknüpfungen mit der praktischen Politik zu lösen« sei (ebd.: 347). Es wird verdeutlicht, dass es ihm um die universitäre Institutionalisierung der Soziologie aufgrund wissenschaftlicher Kriterien ging. Und dass die Soziologie nicht zur Ausbildung verantwortungsbewusster Staatsbürger beitragen würde, veranschaulichte Tönnies eindrucksvoll:

»Objektive leidenschaftslose Betrachtung der Dinge sei die eigentliche geistige Einstellung der akademischen Lehrer wie der Studenten geworden, und eine solche Geistesrichtung sei der Politik und dem öffentlichen Leben nicht günstig – meint Becker ferner. Ich behaupte hingegen, daß diese objektive leidenschaftslose Betrachtung wenigstens auf die sozialen, die politischen und darum auf die historischen Dinge nicht in so durchgeführter und folgerichtiger Weise angewandt worden ist und wird, wie es *wissenschaftliche* Erkenntnis erfordert.« (Tönnies 1920: 21)

Mit Bezug auf die dem Postulat der Werturteilsfreiheit inhärente Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis zeigte er den zukünftigen Charakter der universitären Lehre der Soziologie, über die in der akademischen Soziologie der Weimarer Zeit diskutiert wurde (Stölting 1986: 221 ff.). Die Soziologen wendeten sich also gegen die politische Vereinnahmung der Soziologie und gegen die formulierten Erwartungen bzw. Hoffnungen Beckers, dass sie zur Lösung der gesellschaftlichen Krise beitragen könne.

Gegenüber von Below formulierte von Wiese die Unabhängigkeit der Soziologie von sozialistischen Ideen schärfer: Die »plumpe Verwechslung von Sozialismus und Soziologie [hat] schon viel Schaden angerichtet« (1920: 348). Er grenzte sie von sozialistischem Gedankengut und marxistisch orientierter Forschung ab und wies von Belows Behauptung zurück, es sei »ja eine bekannte Tatsache, daß Sozialisten unter »soziologischer« Erklärung die nach den Anschauungen des ökonomischen Materialismus, des Marxismus verstehen« (von Below 1921: 514). Von Wiese räumte jedoch ein: »Der seltsame Bund von Geschichtsphilosophie und Soziologie war unnatürlich und verhängnisvoll zugleich.« (von Wiese 1920: 354) Denn dieser sei für die vermutete Nähe verantwortlich. Die wissenschaftliche Seriosität der Soziologie wird ferner damit untermauert, dass sie gegen die »materiale Geschichtsphilosophie mit ihrer Interpretationskluft und ihrer Neigung zu Spekulation und Metaphysik« (ebd.) abgegrenzt wird. Er stellt fest, dass historischer Materialismus und Soziologie bisweilen in enger Verbindung miteinander entstanden seien. Umso stärker betont er die Abgrenzung zu dieser politischen und Forschungstradition. Für ihn ist Soziologie eine empirische und exakte Wissenschaft.

Von Wiese zog folglich eine Grenze zwischen Soziologie und historischem Materialismus. Weniger scharf, aber präzise formuliert, widersprach er den geäußerten Erwartungen, die von politischer Seite an die Soziologie herangetragen wurden. Soziologie sollte keine öffentliche oder gar anwendungsorientierte, sondern eine professionelle Wissenschaft sein. Insofern sucht sie sich ihre Zielgruppe im wissenschaftlichen Feld. Diese musste überzeugt werden, dass Soziologie eine professionelle Wissenschaft wie jede andere ist bzw. sein wollte. Dazu musste die Soziologie zeigen, dass sie Wissen generiert, das bestehende Wissenschaften wie die Nationalökonomie nicht generieren. Der Status einer Einzelwissenschaft hing nicht zuletzt am spezifischen Gegenstandsbereich.

Die Soziologie wird gegen von Belows Position verteidigt, sie sei eine Methode. Er habe zwar Recht, dass vorhandene Wissenschaften soziologi-

sche Themen bearbeiteten, nichtsdestotrotz sei »eine selbständige Einzelwissenschaft von den Formen der menschlichen Beziehungen notwendig und förderungswert« (von Wiese 1920: 350). Die terminologische Übereinstimmung mit Simmels Definition der Soziologie ist offensichtlich und findet sich auch bei Tönnies. Dieser bestimmt sie als die »Wissenschaft von den Begriffen des menschlichen Zusammenlebens, also von dessen möglichen Gestalten und Formen« (Tönnies 1920: 35). Vertreter anderer Disziplinen könnten soziologischen Problemen nicht ausreichend nachgehen, weil sie sich hauptsächlich ihrer Wissenschaft widmeten. Die Nachbardisziplin bilde den Grundstein des inhaltlichen Wissens des Soziologen, von welchem ausgehend dann »auf spezifisch soziologische Art« (von Wiese: 357) abstrahiert würde. Analog zu Simmel wird betont, dass es spezifische soziologische Fragen gäbe – vor allem im Bereich theoretischer Reflexion. Solche Fragen würden von den auch soziologisch vorgehenden anderen Wissenschaften nicht erforscht, weshalb für die Soziologie Platz im disziplinären Regime wäre.

Damit geht die Kritik an von Below einher, dass die wissenschaftliche Differenzierung abgeschlossen sei. »Wirtschaft« und »Volkswirtschaft« einerseits, »Gesellschaft« andererseits seien Gegenstand begrifflicher Kontroversen in der jeweiligen Wissenschaft. Soziologie und Nationalökonomie stünden beide am Anfang ihrer Entwicklung (von Wiese 1920: 366 f.). Die Nationalökonomie sei, wie die Soziologie, keine klar definierte Wissenschaft und schwierig zu beherrschen, wenn man an den vor allem von Max Weber geplanten *Grundriß der Sozialökonomik* denke (Tönnies 1920: 34). Dass die soziologische Methode Teil der Nationalökonomie ist, wird also anerkannt. Soziologie und Nationalökonomie werden von Tönnies als prinzipiell gleichrangige Wissenschaften angesehen. Der im wissenschaftlichen Feld mächtigeren Nachbarwissenschaft wurde allerdings signalisiert, dass die Soziologie andere Inhalte erforsche, sie nicht in intellektuelle Konkurrenz mit ihr trete. Neben die Äußerung, dass Soziologie und Nationalökonomie nicht als feststehende Wissenschaften aufgefasst werden könnten, tritt die inhaltliche Abgrenzung der beiden Wissenschaften.⁷ Nach von Wiese und Tönnies sollte sich die Soziologie nur mit »rein« soziologischen, von den konkreten Inhalten abstrahierenden Themen befassen, womit sie

⁷ Dass dieser Grenzziehung die Bedeutung einer thematischen Reduktion der Soziologie im Sinne ihrer Entökonomisierung zukommt, kann hier nicht näher betrachtet werden (vgl. Wagner 1990: 228 f.).

Simmels definitionspolitischem Konzept der Einzelwissenschaft folgten.⁸ Für die professionelle Soziologie liegt der Platz unter der akademischen Sonne folglich jenseits der soziologisch arbeitenden Wissenschaften mit ihrer Zuständigkeit für den Bereich theoretischer Reflexion.

Diskussion

Die Rekonstruktion der Debatte um den Status der Soziologie hat Konflikte um deren Institutionalisierung sichtbar gemacht, die über das Ringen um ihre intellektuelle Begründung hinausweisen. Die universitäre Etablierung gelang ihr in der Weimarer Zeit dennoch – abgesehen von der Einrichtung eines eigenständigen Studiengangs. Maßgebliche Unterstützung bekam sie von staatlicher bzw. politischer Seite. Becker förderte ihre universitäre Institutionalisierung, weil er Soziologie für sinnvoll hielt. Seine Erwartung war, dass sie durch die Universitäten und besonders die Lehre zur Überwindung der geistig-moralischen Krise beitragen würde. Diese Zielvorgabe erscheint als zu unkonkret, so dass zu bezweifeln ist, ob er sich für *policy sociology* aussprach (vgl. Burawoy 2005: 9). Der Status einer Universitätswissenschaft hätte der Soziologie außerdem eine gewisse Unabhängigkeit von staatlicher Einflussnahme gesichert, was ebenfalls gegen eine intendierte Anwendungsorientierung spricht.⁹ Freilich erwartete Becker von der Soziologie Vorschläge zur Lösung von Problemen. Daraus lässt sich schließen, dass Soziologie über das akademische Feld hinaus wirken sollte. Insofern forderte Becker Soziologie als *public sociology*. Daneben sah er ihr »kritisches Potenzial« als synthetisierende Wissenschaft und stellte sie sich sozusagen als *critical science* vor, die im wissenschaftlichen Feld Debatten der intellektuellen Erneuerung anzustoßen vermag.

8 Die wichtigen theoretischen Schriften von Tönnies, in denen er seine Konzeption der Soziologie – auch in Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie – vorgelegt hat, sind nicht in der Weimarer Zeit entstanden und werden von ihm nicht offensiv in den Diskussionen vertreten. Deshalb scheint es, dass sie nur eine untergeordnete Rolle für die Institutionalisierung der Soziologie spielen.

9 Durch pekuniäre Forschungsförderung hätte die Politik mehr Einfluss auf die Soziologie nehmen können als durch die Einrichtung von Lehrstühlen. Eine Rekonstruktion der deutschen Soziologie entlang deren Ressourcenausstattung muss aber erst noch geschrieben werden (für die USA: Turner, Turner 1990).

Eine Differenz zwischen öffentlicher und professioneller Soziologie scheint Becker nicht gesehen zu haben – anders als die Soziologen. Unter Berufung auf das Postulat der Werturteilsfreiheit distanzieren sie sich im Prozess der universitären Institutionalisierung von den politischen Erwartungen sowie von der Tradition öffentlicher Soziologie. Dies geschah nicht zuletzt wegen des Widerstands im akademischen Feld. Von Below bemühte den Sozialismusvorwurf, dem die Soziologen vehement widersprachen. Daneben führte er wissenschaftliche Gründe gegen die Soziologie an: Erstens würden bestehende Wissenschaften methodisch ebenfalls soziologisch arbeiten, und zweitens würde es keinen spezifischen Gegenstandsbereich der Soziologie geben. Auf diese Ablehnung reagierte die Soziologie mit einer auf die Professionalisierung der Disziplin ausgerichteten und somit die Generierung wissenschaftlicher Legitimation intendierenden Strategie. Die Zielgruppe im akademischen Feld sollte von ihrer Wissenschaftlichkeit überzeugt werden. Der Elite der Soziologie erschien es als irrelevant, dass die Politik eine öffentliche Wissenschaft universitär etablieren wollte. *Public sociology* wurde zurückgewiesen. Ihr ging es um den Platz unter der akademischen Sonne, das heißt um die Anerkennung als Disziplin. Hierzu musste gezeigt werden, dass Soziologie eine Einzelwissenschaft mit jenseits bestehender Wissenschaften liegendem Forschungsbereich ist. Es galt, die Eigenheit soziologischer Fragen herauszustellen, die nicht von anderen soziologisch vorgehenden Disziplinen analysiert wurden. Da sich am Anfang des 20. Jahrhunderts die Wissenschaften vor allem anhand ihrer Inhalte unterschieden, ging damit eine thematische Reduktion einher. Von Wiese und Tönnies vertraten die Konzeption der streng wissenschaftlichen und theoretischen Soziologie.¹⁰ Dies kann als Simmels Definition übersteigernder, von den Inhalten abstrahierender »soziologischer Reduktionismus« (Wagner 1990: 229) bezeichnet werden. Die definitionspolitischen Konzepte Einzelwissenschaft und Werturteilsfreiheit sind folglich wesentliche Bestandteile der Strategie disziplinärer Professionalisierung der frühen deutschen Soziologie. Die Werke von Simmel und Weber wurden rezipiert und beeinflussten die Soziologie in der Weimarer Zeit – unabhängig davon, ob sie verstanden wurden (Gerhardt 2001: 351-395).

Inwiefern dem Zusammenhang von Werturteilsfreiheit und Abstraktion von den Inhalten eine *pure sociology* inhärent ist, das heißt eine »scientific sociology purged of public engagement« (Burawoy 2005: 16), die sogar

10 Die Unterschiede zwischen den beiden Soziologen können hier nicht genauer betrachtet werden. Tönnies (2012) selbst hat sich aber kritisch mit von Wiese auseinandergesetzt.

von Teilen der Elite der Soziologie intendiert gewesen sein könnte, kann abschließend als Frage aufgeworfen werden. Dass sich die Soziologie in der Weimarer Zeit von aktuellen Themen distanzierte und somit die mit ihr verbundenen Erwartungen der Politik nicht erfüllte (Neef 2012: 263), ist hierfür ein Indiz. In jedem Fall stellte die an den Universitäten etablierte professionelle Soziologie keine Basis für *public* oder *policy sociology* dar, hatte sie doch gerade erst Grenzen gezogen und bestehende Verbindungen gekappt, um sich einen Platz im Regime der Disziplinen zu sichern.

Literatur

- Abbott, A. 2001: *Chaos of disciplines*. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Becker, C. H. 1919a: *Gedanken zur Hochschulreform*. Leipzig: Verlag von Quelle & Meyer.
- Becker, C. H. 1919b: *Kulturpolitische Aufgaben des Reiches*. Leipzig: Verlag von Quelle & Meyer.
- Borch, C. 2012: *The Politics of Crowds. An Alternative History of Sociology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourdieu, P. 1975: The specificity of the scientific field and the social conditions of the progress of reason. *Social Science Information*, 14. Jg., Heft 6, 19–47.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, 70. Jg., Heft 1, 4–28.
- Damitz, R. M. 2013: Soziologie, öffentliche. *Soziologische Revue*, 36. Jg., Heft 3, 251–261.
- Evans, M. S. 2009: Defining the public, defining sociology: hybrid public-science relations and boundary-work in early American sociology. *Public Understanding of Science*, 18. Jg., Heft 1, 5–22.
- Gerhardt, U. 2001: *Idealtypus. Zur methodologischen Begründung der modernen Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gieryn, T. F. 1983: Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists. *American Sociological Review*, 48 Jg., Heft 6, 781–795.
- Gorges, I. 1980: *Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik*. Meisenheim: Verlag Anton Hain.
- Habermas, J. 1992: Soziologie in der Weimarer Republik. In H. Coing et al. (Hg.), *Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 29–53.

- Heilbron, J. 2004: A Regime of Disciplines: Toward a Historical Sociology of Disciplinary Knowledge. In C. Camic, H. Joas (Hg.), *The Dialogical Turn. New Roles for Sociology in the Postdisciplinary Age. Essays in Honor of Donald N. Levine*. Lanham et al.: Rowman & Littlefield Publishers, 23–42.
- Hennis, W. 1994: »Die volle Nüchternheit des Urteils«. Max Weber zwischen Carl Menger und Gustav von Schmoller. Zum hochschulpolitischen Hintergrund des Wertfreiheitspostulats. In G. Wagner, H. Zipprian (Hg.), *Max Webers Wissenschaftslehre. Interpretation und Kritik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 105–145.
- Käsler, D. 1981: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den deutschen Soziologentagen 1910 bis 1930. In M. R. Lepsius (Hg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918 – 1945. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 199–244.
- Käsler, D. 1984: *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kern, H. 1982: *Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien*. München: C. H. Beck.
- Lamla, J. 2014: Öffentlichkeit: Soziologie, Zeitdiagnose und Gesellschaftskritik. In J. Lamla, H. Laux, H. Rosa, D. Strecker (Hg.), *Handbuch der Soziologie*. Konstanz, München: UVK, 491–505.
- Lepenies, W. 1985: *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*. München, Wien: Carl Hanser Verlag.
- Neef, K. 2012: *Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Rammstedt, O. 1988: Wertfreiheit und die Konstitution der Soziologie in Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie*, 17. Jg., Heft 4, 264–271.
- Rehberg, K.-S. 2010: Das Unbehagen an der Soziologie. Antisozziologische Motive und die Etablierung einer akademischen Disziplin. In G. Kneer, S. Moebius (Hg.), *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen*. Berlin: Suhrkamp, 217–253.
- Schäfer, U. G. 1971: *Historische Nationalökonomie und Sozialstatistik als Gesellschaftswissenschaften. Forschungen zur Vorgeschichte der theoretischen Soziologie und der empirischen Sozialforschung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Köln: Böhlau Verlag.
- Schleiff, H. 2009: Der Streit um den Begriff der Rasse in der frühen Deutschen Gesellschaft für Soziologie als ein Kristallisationspunkt ihrer methodologischen Konstitution. *Leviathan*, 37. Jg., Heft 3, 367–388.
- Simmel, G. 1992a [1894]: *Das Problem der Sociologie*, Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simmel, G. 1992b [1908]: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Stölting, E. 1986: Akademische Soziologie in der Weimarer Republik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stölting, E. 2006: Die Soziologie in den hochschulpolitischen Konflikten der Weimarer Republik. In B. Franke, K. Hammerich (Hg.), *Soziologie an deutschen Universitäten: Gestern – heute – morgen*. Wiesbaden: VS, 9-30.
- Tönnies, F. 1920: Hochschulreform und Soziologie. Kritische Anmerkungen über Becker's »Gedanken zur Hochschulreform« und Below's »Soziologie als Lehrfach«, Vermehrter Sonder-Abdruck aus *Weltwirtschaftliches Archiv*, Band 16. Jena: Verlag von Gustav Fischer.
- Tönnies, F. 1921: Die deutsche Gesellschaft für Soziologie. Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften, 1. Jg., Heft 1, 42–46.
- Tönnies, F. 2012 [1932]: Mein Verhältnis zur Soziologie. In F. Tönnies, *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*. Herausgegeben von Klaus Lichtblau. Wiesbaden: Springer VS, 263–280.
- Turner, S. P., Turner, J. H. 1990: *The Impossible Science. An Institutional Analysis of American Sociology*. Newbury Park et al.: Sage.
- von Alemann, H. 1981: Leopold von Wiese und das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Köln 1919 bis 1934. In W. Lepenies (Hg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Bd. 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 349–389.
- von Below, G. 1920: Soziologie als Lehrfach. Ein kritischer Beitrag zur Hochschulreform, Um ein Vorwort vermehrter Sonderabdruck aus *Schmollers Jahrbuch*, 43. Jg., Heft 4 (1919). München, Leipzig: Duncker & Humblot.
- von Below, G. 1921: Soziologie und Hochschulreform. Eine Entgegnung. *Weltwirtschaftliches Archiv*, 16. Jg., Heft 4, 512–527.
- von Mohl, R. 1851: *Gesellschafts-Wissenschaften und Staats-Wissenschaften*. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 7. Jg., Heft 1, 3–71.
- von Wiese, L. 1920: Die Soziologie als Einzelwissenschaft. *Schmollers Jahrbuch*, 44. Jg., Heft 2, 347–367.
- Wagner, P. 1990: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870 – 1980*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Weber, M. 1988 [1904]: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 146–214.

DGS und GfS: Die Gesellschaften für Soziologie im Vereinigungsprozess

Bernhard Schäfers

Zur Vorgeschichte. Leipziger »Soziologen-Tag« 1991

In der bis zum 3. Oktober 1990 existierenden DDR gab es das Fach Soziologie zunächst nicht. Diese Disziplin war im Spektrum der Wissenschaften nicht vorgesehen; sie galt als typisch bürgerlich. Ihre Ansprüche auf Erklärung der gesellschaftlichen Wirklichkeit würden, so hieß es, durch die alles umfassende Theorie des Marxismus-Leninismus und dessen Fundierung im Historischen Materialismus voll abgedeckt.

Nach der zögerlichen Öffnung für die empirische Soziologie seit Beginn der 1960er Jahre erschien ein »Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie«, das auch in Westdeutschland durch eine Lizenzausgabe des Westdeutschen Verlages große Verbreitung fand. In der 2., erweiterten Auflage von 1978 steht unter dem Stichwort »Soziologie«: »Der historische Materialismus ist die allgemeine Theorie der marxistisch-leninistischen Soziologie.« (Weidig 1978: 600)

Trotz der prinzipiellen Vorbehalte kam es seit den 1960er Jahren zur Einrichtung von Forschungsinstituten, in denen soziologische Methoden der Erhebung und Auswertung angewandt wurden, unter ihnen das bekannte »Zentralinstitut für Jugendforschung« in Leipzig. In einer resümierenden Geschichte des Instituts, das in den 25 Jahren seines Bestehens über 400 empirische Untersuchungen durchführte, schreiben die Herausgeber im Vorwort: »Selbst Forschungsergebnisse, die klar für die DDR und die DDR-Jugend sprachen, durften nicht publiziert werden. Was für ein absurdes und geradezu pathologisches Politikverhalten.« (Friedrich et al. 1999: 9)

Seit den 1970er Jahren wurden erste Lehrstühle und an drei Orten Diplom-Studiengänge eingerichtet: in Berlin, Halle und Leipzig. Der soziologische Lehrkörper an diesen Universitäten bestand im Jahr 1989 aus sieben Professuren, sieben Dozenten und 33 Assistenten. »Zwischen 1975 und 1989 konnte so alljährlich eine kleine Zahl von etwa 40 ausgebildeten Diplomsoziologen die DDR-Universitäten verlassen.« (vgl. Kreckel 1995: 232)

Zur Vorgeschichte des Vereinigungsprozesses von zwei deutschen soziologischen Gesellschaften gehören die beiden Soziologentage in Zürich 1988 und in Frankfurt 1990.

In dieser Zeit war Wolfgang Zapf Vorsitzender der DGS. Es ist ein Glücksfall für die weitere Entwicklung der Soziologie im Vereinigungsprozess, dass Zapf damals Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) war und aus dieser Position bereits vor der Wiedervereinigung viele wichtige Kontakte zu ostdeutschen Soziologen knüpfen konnte. Durch Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft war es ihm möglich, eine größere Gruppe von DDR-Soziologen nach Zürich und nach Frankfurt am Main einzuladen.

Ich war Mitglied in beiden Vorständen von Wolfgang Zapf und ab den 1. Januar 1990 sein Nachfolger als Vorsitzender der DGS. Auf dem Zürcher Soziologentag, 1988, der zusammen mit der Österreichischen und der Schweizer Gesellschaft für Soziologie durchgeführt wurde – zur Erinnerung an den 6. Deutschen Soziologentag, der 1928 in Zürich stattfand –, ahnte noch niemand, weder in der DGS noch in der Politik, dass sich nur ein Jahr später die Grenzen nach Berlin und zur DDR öffnen würden.

Auch die Planung des 25. Deutschen Soziologentages,¹ der wenige Tage nach der offiziellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten² in Frankfurt am Main stattfand, konnte das beschleunigte Szenario des Einigungsprozesses noch nicht im Blick haben. So war nach Frankfurt von Wolfgang Zapf ebenfalls eine größere Gruppe von (vormaligen) DDR-Soziologen eingeladen worden. In Frankfurt waren die Möglichkeiten des Gesprächs und der Kooperation völlig andere als in Zürich: freier und aufgeschlossener »und der Zukunft zugewandt«.³

1 Erst 1995 wurde die Bezeichnung »Kongress der DGS« eingeführt.

2 Korrekt: der Aufnahme der neu gegründeten Länder der vormaligen DDR in das Staatsgebiet der BRD.

3 Zu beiden Soziologentagen vgl. die von Wolfgang Zapf herausgegebenen »Verhandlungen« (Haller, Nowotny, Zapf 1989; Zapf 1991).

Erst nach dem Fall der Berliner Mauer und den Grenzöffnungen wurde im Februar 1990 eine Gesellschaft für Soziologie (GfS) gegründet. Die Dynamik der späten Gründung führte im Mai 1991 noch zu einem »Soziologentag« in Leipzig bzw. »draußen vor der Stadt« in den Messehallen von Markkleeberg. Etwa 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen. Das Thema lautete: »Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme«.

Der Vorsitzende der GfS, Hansgünter Meyer, sagte in seinem »Versuch einer Einführung«:

»Im Februar 1990, mitten im Prozess der ›Wende der Wende‹, die die Revolution der Bürgerbewegung der DDR durchlief, fand – im Anschluss an den 5. Soziologie-Kongress in Berlin – die Gründung der Gesellschaft für Soziologie in der DDR (GfS) statt, zu einer Zeit, als schon klar war, dass die Bevölkerungsmehrheit für den Anschluss an die Bundesrepublik votieren werde; es ging nur noch darum, unter welchen Konditionen.« (Meyer 1992a: 5)

Über die Wahl von Leipzig als Tagungsort führte Meyer aus: »Es sollte ein deutliches Zeichen der Abkehr vom Berlin-Zentrismus gesetzt werden.« (ebd.: 6) Zu diesem Berlin-Zentrismus gehörte auch, dass die Mehrzahl der Soziologen nicht an den genannten Universitäten zu finden war, sondern in zwei Berliner Akademien: im »Institut für Soziologie und Sozialpolitik« bei der Akademie der Wissenschaften der DDR – an der auch Hansgünter Meyer tätig war – und dem »Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie« (Kreckel 1995: 232).

In meinem Grußwort als Vorsitzender der DGS streifte ich die weitgehende Nicht-Wahrnehmung der DDR-Soziologie und der DDR-Gesellschaft durch die westdeutschen Soziologen und Soziologinnen. Als Beleg diente das seit 1972/73 erscheinende, von M. Rainer Lepsius während seiner Zeit als Vorsitzender ins Leben gerufene »Mitteilungsblatt der DGS«. ⁴ In den damals 19 Jahrgängen fanden sich nur zwei Beiträge, die sich mit der DDR-Soziologie beschäftigten. Der erste Beitrag erschien 1989 in Heft 2. Sabine Hamm – an der Humboldt-Universität diplomiert und promoviert – berichtete über »Soziologie in der DDR« (Hamm 1989). Der zweite Beitrag erschien in Heft 1, 1991, verfasst von Professor Herbert F. Wolf aus Leipzig: »Bemerkungen zur Geschichte der soziologischen Kolloquien in Leipzig« (Wolf 1991).

4 Seit Mitte 1999 »Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie«.

Über den Leipziger Soziologen-Tag berichtete der Karlsruher Soziologe Hans-Joachim Klein 1991 in Heft 1 der »DGS-Informationen« unter der Überschrift »Zwischenschritt«. Es habe einen erheblichen Unterschied in den Beiträgen von west- und ostdeutschen Soziologen gegeben; erstere »demonstrierten sach- und theorieorientiertes Analysewissen«, letztere »wollten pragmatisch ihre personale und gesellschaftliche Existenz diskutieren« (Klein 1991: 12). Einige der westdeutschen Beiträge (so auch mir erinnerlich) waren in ihrer theoretischen Orientierung abgehoben, unterkühlt, einige auch anmaßend belehrend.

Der Leipziger Soziologe Dr. Bernd Lindner berichtete im genannten Heft der »DGS-Informationen« über den Soziologen-Tag: Bereits

»die erste Plenarveranstaltung machte deutlich, wie schwer es ist [...], gemeinsame Ebenen zu finden. Nicht nur, dass aus unterschiedlichen theoretischen Positionen heraus argumentiert wird, ist das Problem. Die westdeutschen Kollegen [...] bringen eine »Abgeklärtheit« in die Diskussion ein, die die ostdeutschen Wissenschaftler [...] zurzeit beim besten Willen nicht aufzubringen vermögen.« (Lindner 1991: 13f.)

Und weiter heißt es:

»Man muss die Denkgefüge des Anderen kennen und begreifen lernen, bevor man sich wirklich auf ihn einlassen kann und eine Zusammenarbeit möglich wird. Dies scheint bei dem von Hartmut Esser (Köln) präsentierten DFG-Schwerpunktprogramm »Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft« nur bedingt eingeplant zu sein. Der »gigantische Laborfalk der Umwandlung eines Gesellschaftssystems wird vorerst im Wesentlichen nur aus westlicher Sicht analysiert werden.« (ebd.)⁵

Stufen im Vereinigungsprozess.

Die Selbstauflösung der Gesellschaft für Soziologie

Die erste Sitzung des neuen Vorstandes der DGS unter meinem Vorsitz fand im Januar 1991 zwecks »Amtsübergabe« im WZB statt. Dem neuen Vorstand gehörten Ulrich Beck, Lars Clausen, Christel Hopf, Rosemarie Nave-Herz, Claus Offe und Ingrid N. Sommerkorn an. Alle Mitglieder des

⁵ Bernd Lindner war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung, das aber inzwischen zum Deutschen Jugendinstitut in München gehörte. Leipzig war nunmehr »Außenstelle«.

Vorstandes zeigten ein außergewöhnliches Engagement für die Belange der Soziologie in den neuen Bundesländern.

Bereits auf dieser ersten Sitzung wurde beschlossen, dass es neben dem Mitteilungsblatt der DGS für eine bestimmte Zeit ein zusätzliches Nachrichtenblatt geben sollte, um die Entwicklung der Soziologie in den neuen Bundesländern aktuell und breit dokumentieren zu können. So erschienen bis Anfang 1993 sechs Ausgaben der bereits erwähnten »DGS-Informationen«. Aktuelle Nachrichten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)«. Ich wurde mit der Herausgabe beauftragt. Die nachfolgenden Ausführungen basieren vor allem auf diesen »DGS-Informationen«.

Der entscheidende Schritt im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Soziologien fand am 7. März 1992 in Berlin statt. Professor Hansgünter Meyer hatte die GfS zur Mitgliederversammlung eingeladen. In Heft 2/1992 der »DGS-Informationen« legte er über diese Versammlung einen ausführlichen Bericht vor, der hier mit wenigen Kürzungen im Wortlaut wiedergegeben wird.

»Am 7. März 1992 fand in Berlin, im Senatsaal der Humboldt-Universität, die Jahresmitgliederversammlung der ostdeutschen Gesellschaft für Soziologie statt, an der auch Vorstandsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – die Professoren Schäfers und Offe –, des Berufsverbandes Deutscher Soziologen – Prof. Bücken-Gärtner und Dr. Nacken – und unter anderen Gästen auch Prof. Lepsius teilnahmen.

Die Gesellschaft hatte zwei Verhandlungspunkte auf die Tagesordnung gesetzt: Den Bericht des Vorsitzenden zur Einschätzung einer 2jährigen Verbands-Tätigkeit sowie die Frage der Auflösung der Gesellschaft per 31. März 1992.

Die Gesellschaft für Soziologie, im Februar 1990 mit der Ortsbezeichnung »in der DDR« gegründet, hat eigentlich von Anfang an auf den Punkt hingearbeitet, wo man sie von innen und außen als nicht mehr erforderlich ansehen würde. Eine wissenschaftliche Gesellschaft befristet ins Leben zu rufen, mag paradox erscheinen, aber die Umstände ihres Entstehens sowie der Zeitpunkt ihrer Gründung ließen keine andere Option zu.

Im Herbst 1989 entstanden die Basis-Strukturen, sehr selbstständig, mit eigenen Satzungsentwürfen, zuerst in Leipzig, dann zeitgleich in Berlin und Rostock. War schon diese betonte Regionalität für die damaligen DDR-Verhältnisse etwas Neues, so noch mehr die schnelle Reaktion der Soziologen, sich der immer als lästig bis unerträglich empfundenen Einsperrung in eine der SED-Herrschaftsstrukturen zu entledigen, wie der Wissenschaftliche Rat für soziologische Forschung sowie seine Untergliederungen in sog. Problemräte es im eigenen, oft publizierten Selbstverständnis waren. Ging es in dieser frühen Phase des Aufbruchs noch um eine gründliche Reform der DDR, so war bis zum Gründungstermin im Februar der Umsturz schon so weit fortgeschritten, daß die Wiedervereinigung Deutsch-

lands nur noch eine Frage der Zeit war – Hans Modrow hatte von Moskau aus diese neue Wende verkündet – und die Gesellschaft für Soziologie der DDR konnte sich die Aufgabe stellen, den zu erwartenden Prozeß der Fusion der deutschen Wissenschaftssysteme für ihre Klientel fürsorglich zu begleiten.

Dazu gab es einigen Grund, denn in der künftig ostdeutschen Soziologie war ein kompliziertes Erbe anzutreten. Der Versuch der Soziologen der frühen 60er Jahre, eine kritisch-analytische Begleitung der Gesellschaftsgestaltung in der DDR zu verwirklichen, war gescheitert. Die Soziologie war zu einem Führungsinstrument einer sich immer mehr in Fehlentwicklungen und Absurditäten verstrickenden Parteiführung deformiert worden, zugleich besaß sie aber ein ausgedehntes Wissen über die Sozialstruktur und Soziallagen dieser Gesellschaft, sowie Fähigkeiten, rasch zu neuen wissenschaftlichen Praktiken überzugehen und das vorhandene Wissen zu vertiefen. Und: Im Bewußtsein, daß man viel mehr wissenschaftlich leisten konnte, als einem darzubieten erlaubt gewesen war, erklärten die ostdeutschen Soziologen, daß die beginnende gesellschaftliche Transformation ihrer bedarf, ihrer dringender bedarf denn je, sollten alte Fehler in diesem Land, der Ausschluß der Sozialwissenschaft aus den Problemen der Gesellschaftsentwicklung, nicht wiederholt werden.

Obwohl die etwa 500 wissenschaftlich arbeitenden DDR-Soziologen das Jahr 1990 in diesem Sinne zu nutzen versucht hatten (das beweisen eine lange Liste von neuen Arbeiten und Veranstaltungen sowie zahlreiche neu begonnene Projekte, vielfach in enger Kooperation mit westdeutschen Partnern sowie die Konturen, die das Leipziger Soziologentreffen 24.–26. Mai 1991 – ca. 700 Teilnehmer, 38 Arbeitsgruppen mit ca. 220 Verhandlungsstunden – sichtbar machte), zeichnete sich aber doch keine Fusion der wissenschaftlichen Communities West-Ost ab, sondern es begannen in großem Tempo der Institutionen-Crash und die Abwicklungsprozeduren, denen nur sehr zögerlich Neugründungen und Potential-Neugestaltungen folgten. Spätere Zeiten mögen darüber urteilen, was die Soziologie in Deutschland durch diese Prozedur an Wissenschafts- und Forschungstätigkeit gewonnen und verloren hat.

Die Diskussion der Jahresmitgliederversammlung zeigte keinerlei Zweifel, daß die Dinge gerade so und kaum anders gesehen werden können. Arndt Ullmann (Dresden) ergänzte das aufgerollte Szenarium durch Details, wie vermittels immer mal wieder verlängerter befristeter Arbeitsverträge die Lehrveranstaltungen für Soziologie an den Universitäten notdürftig aufrecht erhalten werden – über allen schwebt das Damokles-Schwert weiterer Abwicklungen.

Die Ergebnisse der umfangreichen Neuberufungsprozeduren lassen auf sich warten, der Anteil ostdeutscher Kollegen wird minimal sein. Ein weiterer Diskussionsstrang ergab sich aus der beklemmenden Frage: Wie weit gehen die Depressionen noch? Es wird auf Länderebene darüber verhandelt, Soziologie-Diplome und möglicherweise andere Qualifikationen nicht als akademisch vollwertige anzuerkennen. Eine für die Kollegen nachteilige Uminterpretation des Vereinigungsvertrages (Art. 37) zeichnet sich ab. Darüber sprachen Dieter Dohnke, Karin Lohr,

Georg Aßmann (alle Berlin). Es bestand bei allen Rednern kein Zweifel, daß die ostdeutschen Soziologen – was von ihnen 1993 noch vorhanden sein wird – künftig ihre Tätigkeit in wissenschaftlichen Verbänden im Rahmen der DGS und des BDS sowie ihrer Strukturen wahrnehmen sollen und dies auch wollen: Herbert Wolf (Leipzig), Arndt Ullmann, Rainer Schubert (Berlin), Ute Frank (Leipzig, z.Zt. Hannover), Frank Ettrich (Berlin).

Es kam aber auch zum Ausdruck, daß vielen noch unklar war, wie man in diesen Gesellschaften wirksam werden kann [...]. Alle diese Gesichtspunkte beschäftigten auch die Gäste aus DGS und BDS. Für Claus Offe, Bernhard Schäfers und M. Rainer Lepsius bestand kein Zweifel an der Notwendigkeit, die Berufszertifikate der Soziologen mit DDR-Abschlüssen anzuerkennen. Claus Offe führte aus, dass Erfahrungen des BDS mit Äquivalenzgutachten hilfreich sein könnten, die Probleme zu versachlichen [...].

Der Vorstand der DGS erwägt eine Kooptierung von zwei ostdeutschen Soziologen [...].

Eine viel beachtete Diskussionsrede hielt M. Rainer Lepsius. Glanz und Patina wissenschaftlicher Berufsorganisationen abwägend hob er die erzielte Interaktionsdichte (z.B. der Sektionen der DGS) hervor, die Bedingungen und zugleich Resultat der Gesellschaftsfähigkeit sei und verglich sie mit den devastierten Gebieten in der ostdeutschen Szene. Der dortigen Sonderprobleme müsse sich die DGS annehmen, eventuell einen besonderen Arbeitskreis schaffen; eine regionale Sondervertretung, wie in der GfS z.Z. vorhanden, sei indes künftig nicht notwendig. Wohl aber sind solche Probleme zu begleiten wie die KSPW-Aktivitäten⁶ [...]. Lepsius beschrieb den Neuaufbau von sechs Soziologie-Instituten, überwiegend mit Professoren aus den alten Bundesländern an den ostdeutschen Universitäten, ohne die Schwierigkeiten zu übergehen, die bei der Erhaltung des östlichen Mittelbaus auftreten. Die bislang geleistete Arbeit werde sich bald auszahlen. Er setzte sich für die forcierte Aufnahme ostdeutscher Soziologen in die DGS ein, bei Personen mit Übergangsregelungen sollte eine verminderte Beitragsleistung angeboten werden. Um die bereits diskutierten Aufgaben der GfS, die sich für 1991 abzeichnen, erledigen zu können, plädierte Lepsius für Weiterbestand der Gesellschaft bis zum 31.12.1992.

6 Im Herbst 1990 bereiste der Wissenschaftsrat die Forschungsstätten der neuen Bundesländer. Diese und andere Initiativen führten 1991 zur Errichtung der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)«. Erklärtes Ziel war, auch ostdeutsche Sozialwissenschaftler zu beteiligen. 1998 lagen insgesamt 63 Forschungsberichte vor (vgl. hierzu Schäfers 1999; dort wird auch auf die anderen Forschungsiniciativen, die den sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern erklären sollten, hingewiesen. Das Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde bereits erwähnt: »Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft«).

Seinen Darlegungen folgte danach eine weitere Reihe von Diskussionsrednern, inhaltlich aber insbesondere den Termin der Auflösung der GfS betreffend. Begrüßt wurde die schon von anderen Rednern befürwortete Unterstützung eines qualitativ hochwertigen Beitrags der GfS zum Düsseldorfer Soziologentag, den man im Zusammenhang mit der KSPW organisatorisch und finanziell fördern wolle und der Gelegenheit bieten sollte, neuere Ergebnisse zur soziologischen Erforschung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern gebündelt vorzustellen.

Die Diskussion führte zu einem einstimmigen Beschluß, die GfS bis zum 31.12.1992 aufzulösen. Der bisherige Vorstand wurde als bewährtes Leitungsgremium für diesen Zeitraum in geheimer Wahl bestätigt. Seine Mitglieder: Prof. Dr. Hansgünter Meyer, Vorsitzender, Dozent Dr. Dieter Dohnke, Dozent Dr. Steffen Wilsdorf, Stellvertreter, Dipl.-Soz. Dorit Denner, Dipl.-Soz. Ute Frank, Dr. Thomas Hanf, Dr. Jan Wielgohs. Wieder gewählt wurde auch die Revisionskommission unter Leitung von Frau Prof. em. Dr. Alice Kahl.« (Meyer 1992b: 10ff.)

Die Ausführungen von Professor Lepsius gaben den Ausschlag für den einstimmigen Beschluss zur Auflösung der GfS. Es wäre eigentlich an mir gewesen wäre, die Sicht der DGS darzulegen. Ich bat Professor Lepsius, dies zu tun. Niemand hatte sich wie er in den neuen Bundesländern durch seine Aufbauarbeit für die Soziologie eine vergleichbare Achtung erworben, und niemand war wie er in der Lage, mit rhetorischer Brillanz die Dinge beim Namen zu nennen.

Die von Professor Hansgünter Meyer angesprochene Kooptierung von zwei Mitgliedern aus der GfS im Vorstand der DGS wurde am 11. Mai 1992 beschlossen. Kooptiert wurden, ohne Stimmrecht, der Vorsitzende, Professor Hansgünter Meyer, und Dozentin Dr. Karin Lohr von der Humboldt-Universität (vgl. DGS-Informationen 2/1992: 36).

Der 26. Deutsche Soziologentag, der vom 28. September bis zum 2. Oktober 1992 in der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf stattfand, hatte das Thema: »Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa«. Als die Sitzung des Konzils anstand, auf der i.d.R. der Austragungsort für den nächsten Kongress festgelegt wird, bat mich Professor Lepsius, auf einen Austragungsort in den neuen Bundesländern hinzuwirken; er schlug Halle an der Saale vor.⁷ So geschah es. Der Hallenser Soziologiekongress unter dem Vorsitz von Professor Lars Clausen bleibt allen, die teilnahmen, in bester Erinnerung. Der sächsische Ministerpräsident, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, hielt das einleitende Festreferat. Es trug nicht unwesentlich zur damals verbreiteten Aufbruchstimmung bei.

⁷ Hier war er selbst am Aufbau des Soziologischen Instituts beteiligt.

Literatur

- Friedrich, W., Förster, P., Starke, K. (Hg.) 1999: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost.
- Haller, M., Hoffmann-Nowotny, H.-J., Zapf, W. (Hg.) 1989: Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hamm, S. 1989: Soziologie in der DDR – ein Überblick. *Soziologie, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 18. Jg., Heft 2, 137–154.
- Klein, H.-J. 1991: Zwischenschritt. Nachlese zum Leipziger Soziologen-Tag. *DGS-Informationen*, 1. Jg., Heft 1, 12–13.
- Kreckel, R. 1995: Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn. In B. Schäfers (Hg.), *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen*. Opladen: Leske + Budrich, 231–248.
- Lindner, B. 1991: Bewegung – aufeinander zu. *DGS-Informationen*, 1. Jg., Heft 1, 13–15.
- Meyer, H. (Hg.) 1992a: Soziologen-Tag Leipzig 1991. *Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Hrsgg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland). Berlin: Akademie Verlag.
- Meyer, H. 1992b. Bericht über die Jahresmitgliederversammlung der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland). *DGS-Informationen*, 2. Jg. Heft 2, 10–13.
- Schäfers, B. 1999: Soziologische Perspektiven zur Wiedervereinigung. *Soziologische Revue*, 22. Jg., Heft 3, 301–308.
- Weidig, R. 1978: Soziologie. In G. Aßmann et al. (Hg.), *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*. 2., erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag, 599–615.
- Wolf, H. F. 1991: Bemerkungen zur Geschichte der soziologischen Kolloquien in Leipzig. *Soziologie, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 20. Jg., Heft 1, 22–38.
- Zapf, W. (Hg.) 1991: Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht

Michael Opielka

Der Begriff »Soziale Nachhaltigkeit« findet sich bislang nicht auf der Agenda und in Textbüchern der Soziologie, wie generell ein Mangel an soziologischer Befassung mit der Problemstellung Ökologie und Nachhaltigkeit auffällt. Zwar hat sich unterdessen eine produktive Umweltsociologie als Bereichssoziologie herausgebildet, eine sozialtheoretische, auch zeitdiagnostische Soziologie der Nachhaltigkeit steht noch aus. Im Folgenden wird diesem Mangel nicht abgeholfen, doch zumindest angedeutet, warum sich die Soziologie in einer komplexen und verwirrenden Konstellation bislang schwer tat, einen originären Zugang zu Nachhaltigkeit zu gewinnen. Mit der Unterscheidung von drei Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit (eng, internal und weit) und vier Themendimensionen (faktisch, politisch, organisatorisch und epistemisch) wird das Begriffsfeld erschlossen und soziologischer Optimismus verbreitet.

Klimawandel und Kapitalismus als antagonistische Megatrends

Klimawandel und Kapitalismus sind ubiquitäre, globale Phänomene, Zukunftsforscher rechnen sie seit langem zu den dominanten »Megatrends«.¹

¹ Der Begriff »Megatrend« wird gern auf seinen Erstverwender John Naisbitt (1984) zurückgeführt, eher ein Trendbeobachter als ein Zukunftsforscher, der sich mehr als Objekt für Diskursanalysen eignet, wie schon damals klar gesehen wurde (z.B. Linstone 1983). Richard Slaughter erkannte in der Zeitschrift »Futures« insbesondere in Naisbitts 1990 erschienenem Buch »Megatrends 2000« ein theoriefreies »pamphlet for free-market

Doch *sie unterscheiden sich* in zweierlei Hinsicht markant: vordergründig *historisch*, der Klimawandel tritt seit den 1970er Jahren auf die politische Agenda,² der Kapitalismus seit den 1840er Jahren.³ Die ökologische Frage als Gattungsfrage beschäftigt die Menschheit nun bald 50 Jahre, die soziale Frage als Klassenfrage seit gut 170 Jahren. Was sehr lange währt, wird zwar nicht zwangsläufig gut, aber deutet auf Stabilität, Akteursrelevanz und Institutionalisierung. Vielen erscheint die ökologische Frage noch immer herbeigeredet, der Klimawandel eine Konstruktion, das Wetter doch gut. Gleichermaßen hielten und halten auch viele die soziale Frage für längst gelöst, den Kapitalismus für siegreich. Die meisten sehen in beiden Fragen hohe Relevanz, ahnen auch einen Zusammenhang, doch klar ist er nicht. Das hat mit dem zweiten Unterschied zu tun: Sie unterscheiden sich auch *analytisch*. Dieser Unterschied ist gravierend und misslich.

Das seit den 1990er Jahren zirkulierende, sogenannte Dreieck der Nachhaltigkeit, die Unterscheidung von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, die je nach Stakeholderinteresse als einander verstärkende oder einander gegenseitig bremsende »drei Säulen« konzipiert wird, wirkt auf den ersten Blick überzeugend. So beschreibt 1998 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Schutz des Menschen und der Umwelt« erstmals Nachhaltigkeit als die Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz (Deutscher Bundestag 1998). Diese »drei Säulen« der Nachhaltigkeit stehen, so heißt es seitdem häufig und zugleich kontrovers

ideology« (Slaughter 1993: 829). Dass sich eine auf Naisbitt berufende Begriffsverwendung von »Megatrends« in sozialwissenschaftlich und epistemisch weiches Gelände begeben, zeigt eines seiner (neben neuerer China-Literatur) letzten Bücher: »Megatrends: Frauen« (Aburdene, Naisbitt 1993). Nur selten ist in der Zukunftsforschungsliteratur explizit von »Kapitalismus« die Rede, bisweilen und vage von »Negatrends« (Slaughter 1993: 847). In der exzellenten zeithistorischen Rekonstruktion der Entwicklung der Zukunftsforschung seit 1945 durch Elke Seefried (2015) kommt Naisbitt nicht vor. Wenn die heute übliche Definition von Megatrends zugrunde gelegt wird: ein grundlegender und alle Lebensbereiche umfassender Wandel mit einer temporalen Persistenz von mindestens 20 bis 25 Jahren (Kreibich 2008: 13f.), dann lässt sich die kapitalistische Formation spätestens seit dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« und in dessen ehemaligem Einflussgebiet durchaus als Megatrend ausmachen. Eine soziologisch informierte Verwendungsanalyse des Begriffs »Megatrend« steht noch aus, wie generell Zeitdiagnostik in der Soziologie als ambivalentes, journalismusaffines Geschäft gilt (Volkman 2015).

2 »United Nations Conference on the Human Environment«, Stockholm 1972; Joachim Radkau spricht von der »ökologischen Revolution« um 1970 (Radkau 2011: 124ff.).

3 Karl Marx und Friedrich Engels, Kommunistisches Manifest, 1848.

(Grunwald, Kopfmüller 2012),⁴ miteinander in Wechselwirkung und bedürften langfristig einer ausgewogenen Koordination.

Das Dreisäulen- oder Dreiecksmodell der Nachhaltigkeit ähnelt dem in der Nachhaltigkeitsdebatte ebenfalls präsenten Modell der drei Prozesse »Effizienz-Konsistenz-Suffizienz«, das teils auf unternehmerische Nachhaltigkeitsstrategien bezogen wird (Schaltegger, Burritt, Petersen 2003: 25), sinnvollerweise aber für alle stoffbezogenen Nachhaltigkeitsstrategien Relevanz beanspruchen kann.⁵ Joseph Huber hatte schon in den 1990er Jahren »Konsistenz vor Effizienz vor Suffizienz« und eine »Gesamtstrategie der abgestuften Präferenzen« gefordert. Sie müsse

»zuerst und vor allem versuchen, die ökologische Angepasstheit der Stoffströme durch veränderte Stoffstromqualitäten zu verbessern (Konsistenz), um dann, auch aus ökonomischen Gründen, die Ressourcenproduktivität dieser Stoffströme optimal zu steigern (Effizienz), und wo beide Arten von Änderungen in ihrem Zusammenwirken an Grenzen geraten, da müssen wir uns eben zufrieden geben (Suffizienz).« (Huber 1995: 157)

Die Korrespondenz zwischen Dreisäulen- und Dreiprozessemodell der Nachhaltigkeit könnte die Folgende sein: ökologische Nachhaltigkeit und Konsistenz, ökonomische Nachhaltigkeit und Effizienz, soziale Nachhaltigkeit und Suffizienz. Doch der Stolperstein ist unübersehbar, hat doch ein Verständnis von sozialer Nachhaltigkeit, das sich vor allem auf Ungleichheit und Gerechtigkeit bezieht, bisher wenig mit Suffizienz im Sinn von Genügsamkeit zu tun.

Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit finden sich als ein einigendes Deutungsmuster im Anschluss an die UN-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED), deren Abschlusserklärung⁶ ein solches Dreieck jedoch nicht formuliert.⁷ Deutungsmuster sind in der Regel implizit und vorbewusst. Hier ist das eingangs erwähnte analytische Problem im Nachhaltigkeitsdreieck

4 Felix Ekardt hält die Unterscheidung für unmaßgeblich und definiert Nachhaltigkeit ausschließlich gerechtigkeits-theoretisch: »Nachhaltigkeit handelt von der integrierten Bewältigung intertemporal-globaler Problemlagen.« (Ekardt 2011: 44)

5 So wird es mit dem Bericht der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtages zur Zukunft der Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen stark gemacht (Landtag NRW 2015).

6 Abschlusserklärung 1992 (www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf, letzter Aufruf 16. November 2015).

7 Die Erklärung der Stockholm-Konferenz 1972 enthält dies ebenso wenig (www.un-documents.net/acconf48-14r1.pdf, letzter Aufruf 16. November 2015).

eingebaut: Wirtschaftliche Nachhaltigkeit meint in einer kapitalistisch verfassten Weltwirtschaft, dass die Funktionsimperative des Wirtschaftssystems nicht gefährdet werden dürfen; ihre Protagonisten im Nachhaltigkeitsdiskurs sind Arbeitgeber, Unternehmerverbände, Wirtschaftsflügel. Soziale Nachhaltigkeit meint die andere Seite im Klassenantagonismus, hier positionieren sich weltweit Gewerkschaften und NGOs, die sich der Repräsentanz der Nicht-Kapital-Besitzenden und Exkludierten verpflichten. Wenn also, wie in praktisch allen relevanten Nachhaltigkeitsdiskursen, eine Homöostase dieses Dreiecks beschworen wird, dann wird der Klassenantagonismus in die Figur der Nachhaltigkeit eingebaut und gleichzeitig in einen zweiten Antagonismus gespannt, nämlich zur »reinen« ökologischen Frage. Antagonismen oder, mehr noch, Ambivalenzen neigen dazu, die Akteure zu lähmen. Eine doppelte Ambivalenz im Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit birgt damit verschärftes Stillstellungsrisiko. Am Beispiel der Klimapolitik lässt sich das gut demonstrieren: Gewerkschaften und Regionalpolitiker kämpfen Seite an Seite mit Energiekonzernen für ein Weiterbestehen der fossilen Energieerzeugung durch Braunkohle und gegen eine Dekarbonifizierung. Stephan Lessenich hat das Verwirrungspotential der Spätmoderne auf den nachhaltigkeitsrelevanten Begriff der »Externalisierungsgesellschaft« gebracht. In ihr leben die Leute »nach absoluten Maßstäben [...] über den Verhältnissen anderer« (Lessenich 2015: 24). Klimawandel und Kapitalismus verschmelzen im sozialen Wegschauen. Eine babylonische Verwirrung aus Volkskapitalismus und Volksklimawandel scheint Akteure irrelevant zu machen, der Klimawandel im Kapitalismus wird zu einem wunderlichen Narrativ, zu einer Kulturfigur, die nur als »Ressource der Imagination«, so Mike Hulme, noch politisch umgestaltet werden kann (Hulme 2014: 333).

Hier kann ein Dokument der »Commission for Social Development« des »Economic and Social Council« der United Nations⁸ helfen, sowohl das Konzept Sozialer Nachhaltigkeit zu schärfen als auch die Möglichkeiten und Grenzen politischer Unterstützung des Klimaschutzes näher zu bestimmen. Es handelt sich um ein Diskussionspapier mit dem Titel »Emerging issues: the social drivers of sustainable development« (UN 2014), dessen Argumentationsduktus zunächst auf dem organisierten Klassen-

⁸ Der Economic and Social Council (ECOSOC) versteht sich als zentrale Plattform für Nachhaltigkeitsdiskurse: »the United Nations' central platform for reflection, debate, and innovative thinking on sustainable development« (www.un.org/en/ecosoc/about/index.shtml, letzter Aufruf 16. November 2015).

kompromiss und der dominanten Wertschätzung von Erwerbsarbeit liegt. Dies entspricht dem Grundimpuls von ECOSOC, der sich in der tripartiten Konstruktion (Regierungen-Gewerkschaften-Arbeitgeber) der UN-Unterorganisation ILO noch zuspitzt. Nach Auffassung der Autoren des Dokuments haben nun drei politische Diskurse die alte Lohnarbeitszentrierung aufgeweicht:

1. Seit den 1980er Jahren der Diskurs um *Frauenarbeit*, der zeigte, dass gleiche Zahlung für gleiche Arbeit ebenso wenig durchgesetzt ist, wie eine sichtbare Bewertung der Familien- bzw. Hausarbeit.
2. Die Wahrnehmung und zunehmende Anerkennung der *informellen Ökonomie* seit den 1990er Jahren durch die Selbstartikulation des Globalen Südens und der Relevanzbeobachtung der Subsistenzökonomie; die Diskussion um eine Erweiterung des BIP um nicht-monetäre Wohlfahrtsleistungen gehört in diesen Diskurspfad.
3. Schließlich und erst seit den 2000er Jahren, im Anschluss an die Finanzkrise 2008ff., aufgrund der Beobachtung von »jobless growth« eine Infragestellung von *Wirtschaftswachstum* an sich, dessen ökologische Folgen in diesem Diskursbereich zunächst eine geringere Rolle spielten.

Das Dreieck der Nachhaltigkeit wird zu Beginn des Dokuments in einer spezifischen Textform aufgerufen: »sustainable development, enabled by the integration of economic growth, social justice and environmental stewardship« (UN 2014: 1). Ökonomische Nachhaltigkeit wird umstandslos als ökonomisches Wachstum eingebaut und mit der Forderung verbunden, dass die drei Dimensionen gleichrangiger (»more equal«) behandelt werden als bisher. Warum soll das der Fall sein? Die Antwort erscheint schlicht: »Indeed, the interpretation of sustainable development has tended to focus on environmental sustainability while neglecting the social dimension.« Was aber ist diese »social dimension«, könnte sie mehr oder etwas anderes sein als »social justice«, als der Fokus auf Ungleichheit und ihre Behebung? Das ECOSOC-Dokument deutet das an. Als »social drivers for sustainable development« wird eine bemerkenswerte Reihe von Handlungsfeldern kombiniert, von der Förderung der informellen Ökonomie über eine universalistische Sozialpolitik einschließlich eines Grundeinkommens (»transformative social policy«), eine »grüne Ökonomie«, Partizipation und Empowerment, bis hin zu einer generell sozialen und solidarischen Ökonomie, eine Treiberliste, die noch vor wenigen Jahren im gewerkschaftsbezogenen Kontext undenkbar gewesen wäre.

Drei Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit

Es erscheint folglich überfällig, dass der bislang diffuse Begriff »Soziale Nachhaltigkeit« klarer konturiert und vor allem nicht mehr auf den ökonomischen Diskurs reduziert wird (Jahrbuch Ökologische Ökonomik 2007). Ratsam wäre eine genuin sozialwissenschaftliche, zunächst soziologische, im Weiteren transdisziplinäre Perspektive. Eine diskursanalytische Betrachtung⁹ der Verwendung des Begriffs(feldes) »Soziale Nachhaltigkeit« zeigt drei Konzeptionen:

1. Ein *enges* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit: Hier wird das Soziale als eine von »drei Säulen« von Nachhaltigkeit konzipiert, als Konfliktreduktion und Umverteilung, als Begleitung der ökologischen Nachhaltigkeit, die im Zentrum dieser Konzeption steht.¹⁰
2. Ein *internales* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit des Sozialen: diese Konzeption hat mit Ökologie, mit dem heute üblichen Konzept von Sustainability/Nachhaltigkeit zunächst wenig zu tun. Sie bezieht sich nur auf das Soziale selbst. Hier geht es um Generationengerechtigkeit, beispielsweise in der Verteilung der Finanzierungslasten der Rentenversicherung zwischen Jung und Alt. Es geht um eine nachhaltige Vermögenskultur, beispielsweise durch vermehrte Stiftungsgründungen, oder um »good governance«, um die langfristige Stabilität (demokratischer) Institutionen. Die Brücke der internalen Konzeption zur Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt schlägt die Diskussion über Gemeingüter, die Commons: Luft, Artenvielfalt, Wasser, Naturschönheiten sind durch Egoismen und Kurzzeitdenken bedroht, der Blick auf das Gemeinschaftliche in einer konkreten kleineren

⁹ Ein solcher Versuch wurde von Hans-Joachim Plewig und Mascha Kurenbach an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität unternommen (Plewig, Kurenbach 2014). Er beschränkt sich jedoch auf den Bibliothekskatalog ihrer Universität als Materialgrundlage und bezieht die enorme Fülle internationaler Veröffentlichungen zu Sustainability Sciences in Fachzeitschriften nicht ein (Kates et al. 2001; Bettencourt, Kaur 2011). Der vorliegende Text ist Bestandteil eines Forschungsprogramms, das eine solche Diskursanalyse beinhaltet.

¹⁰ Exemplarisch: Senghaas-Knobloch 2009, ähnlich auch Jahrbuch Ökologische Ökonomik 2007.

bis zur Weltgesellschaft schließt die ganze Ökologie des Sozialen ein, von der Natur bis hin zum geistigen Welterbe.¹¹

3. Schließlich findet sich auch ein *weites* Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit, in dem das »Soziale«, dem englischen Sprachgebrauch folgend, als das »Gesellschaftliche« verstanden wird: Soziale Nachhaltigkeit wird hier als gesellschaftliches Projekt, als Transformationsprojekt konzipiert. In dieser Arena werden derzeit Diskussionen über die Postwachstumsgesellschaft, um »Green Growth« versus »Degrowth« geführt.

Alle drei Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit beinhalten wesentliche und zukunftsfähige Gesichtspunkte. So markiert das enge Verständnis jene sozioökonomische Konfliktlage, die zuletzt Thomas Piketty als weltweiten Dominierungsprozess von Kapitalrenditen über Arbeitnehmereinkommen analysierte (Piketty 2014). Sie inszeniert sich in der Diskussion um Energiepreise oder Braunkohleabbau, wonach Klimaschutzmaßnahmen sozial ungleich wirken und vorhandene Benachteiligungen zu verschärfen drohen. Das internale Verständnis wiederum legt den Fokus auf positive Gestaltungsoptionen, auf ein »Transformationsdesign« (Sommer, Welzer 2014), die Konfliktlinien sind hier nicht so offensichtlich. Das weite Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit schließlich könnte zu einem Leitbild des Nachhaltigkeitsdiskurses insgesamt werden. Indem es das Soziale, das Gesellschaftliche einer Transformation zu einer nachhaltigeren Gesellschaft betont ohne sich damit zu begnügen, wird markiert, dass eine primär technologische oder ökonomische Strategie den systemischen Charakter der sozialökologischen Problemstellung verfehlt.

Ein solch weites Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit zielt auf eine umfassende Reorganisation von Politik, wie sie im 20. Jahrhundert mit der Idee des Wohlfahrtsstaates und der Etablierung verschiedener Formen eines »Wohlfahrtsregime« weltweit erfolgreich gelang.¹² Es wäre zu hoffen, dass es der Nachhaltigkeitsbewegung, wie zuvor der Arbeiterbewegung, gelingt, neue Institutionen zu fordern und zu fördern, die den sozialen Ausgleichsimpuls des Sozialstaats systematisch zu einer Art »Öko-Wohlfahrtsregime« weiterentwickeln.

11 In diese Richtung argumentiert eine Forschergruppe am Umweltforschungszentrum Leipzig (Klauer et al. 2013) mit einem »Beständekonzept«, das die Dimension »Zeit« in die Ökonomie einholt und dadurch Nachhaltigkeit operationalisiert.

12 Opielka 2008 im Anschluss an die Arbeiten von Gösta Esping-Andersen; zu einer frühen Positionierung der Sozialpolitik in den ökologischen Diskurs vgl. Opielka 1985.

Eine Nachhaltigkeitsbewegung benötigt Transformationsnarrative. Psychische Veränderungen erfordern symbolische Repräsentanzen des Ungedachten, des Noch-Nicht (Bohleber 2014). Das gilt auch für soziale Veränderungen. Michael Braungart, der Erfinder des »Cradle-to-Cradle«-Prinzips, kritisiert den Nachhaltigkeitsdiskurs mit einem einprägsamen Bild: Nachhaltigkeit sei nicht genug, viel wichtiger sei Qualität (Braungart, McDonough 2014). Den Menschen als Naturschädling zu betrachten, nähre zugleich Resignation und Zynismus. Die Tätigkeit des Menschen, seine Sozialität, soll und kann der Welt nützen, so die hoffnungsvolle Annahme: Erst durch den Menschen wird die Welt für den Menschen zu einem guten Ort. Die Natur allein, der romantische Traum von einem naturidentischen Leben ist ein Alptraum.

Vier Themendimensionen Sozialer Nachhaltigkeit

Worum geht es thematisch bei einem weiten Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit? Ändert sich dadurch die Wahrnehmung von Problemen und, mehr noch, lassen sich daraus analytische Überlegungen insbesondere für die soziologische Forschung entwickeln? Im Folgenden sollen kurz vier Stufen, vier Emergenzniveaus¹³ Sozialer Nachhaltigkeit skizziert werden:

Auf der ersten Ebene geht es um das *Faktische*, um die ökosoziale Frage, die Problemanzeige: Es ist die Ebene der Differentialdiagnostik, hier finden wir die Vielzahl von Themen aus der sozialökologischen Forschung (SÖF),¹⁴ aus der breiten internationalen Diskussion um Transition und Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft (Grin, Rotmans, Schot 2010; Scoones, Leach, Newell 2015), erweitert um die Wohlfahrtsstaats- und -regimeforschung. In temporaler Hinsicht ist diese Ebene auch das

13 Die vier Emergenzniveaus entsprechen den vier Reflexionsstufen einer auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Talcott Parsons aufbauenden Handlungs- und Systemtheorie (Opielka 2006). In der wissenssoziologischen Perspektive von Parsons können zwei gegenläufige Hierarchien unterschieden werden: die energetische Hierarchie von Materie zu Information (Level 1 bis 4) und die informationelle Hierarchie von Information (oder Geist) zu Materie (Level 4 bis 1).

14 Das BMBF begann 1999 mit einer Sondierungsphase zur gleichnamigen Forschungslinie, die unterdessen zumindest in der deutschen Diskussion eine außerordentliche empirische und theoretische Präsenz erreicht hat: www.fona.de/de/19711; relevant erscheinen die zaghaften, doch zunehmenden Überschneidungen zu gleichfalls BMBF-finanzierten Prozessen der Zukunftsforschung unter der Signatur »Foresight« (Zweck et al. 2015).

Terrain der empirischen Zukunftsforschung, die mit Megatrend-Analysen, Szenarien, Roadmaps und Stakeholderpartizipation die materiale Grundlage für alle Transformationsreflexionen legt (Popp, Zweck 2013).

Die zweite Ebene markiert das *Politische*: Themen sind hier die Anwendungs- und Transferorientierung, Reallabore, Translationalität. In demokratischen Kulturen gehört dazu Partizipation und Diskursivität, bis hin zu Citizen Science. Es geht hier, ähnlich wie in den kulturwissenschaftlich geprägten »Postcolonial Studies«, um eine Wahrnehmung der Stimmen aus dem »Off« und ihre repräsentative Einbeziehung in dominante Diskurse, im Grunde um ihre diskursive Inklusion (Lessenich 2015). Generell fordert ein Forschungsprogramm Sozialer Nachhaltigkeit auf dem Level des Politischen Wertreflexivität: Kein strategisches Interesse rechtfertigt sich ohne Argument, das seine normative Dimension offen legt.

Auf der dritten Ebene finden wir das *Organisatorische* der scientific community: die Themen Sozialer Nachhaltigkeit sind hier Interdisziplinarität und vor allem, zugleich am schwierigsten, Transdisziplinarität und Neodisziplinarität. Auf der Suche nach einer transdisziplinären Forschung für Nachhaltigkeit entstehen unterdessen neue Disziplinen: Sustainability Sciences.

Die vierte Ebene einer wissenschaftlichen Befassung mit Sozialer Nachhaltigkeit zielt auf das *Epistemische*, auf die Möglichkeitsbedingungen komplexen, holistischen und systemischen Denkens: Themen sind hier die Spannung von Evolution und Emergenz, von Entwicklung und Sprung, die große Frage nach den Bedingungen wissenschaftlicher Paradigmenwechsel.

Die hier skizzierten Themen finden sich überwiegend, wenngleich in anderer oder ohne analytische Systematisierung, auch in neueren Texten zur transformativen Wissenschaft bei Uwe Schneidewind oder Thomas Jahn (Schneidewind, Singer-Brodowski 2013; Jahn 2013). Die Repräsentanz der Wirklichkeit in der Wissenschaft ist mehrdimensional und kann auf jeder Ebene zu Konflikten führen. Geboten sind Heuristiken zur Unterscheidung, vor allem dann, wenn Wissenschaft zur Zukunftsgestaltung beitragen will und dadurch in sozialen Konflikten unvermeidlich Partei wird. Der Präsident der DFG, Peter Strohschneider, kritisierte 2014 heftig das Konzept der »Transformativen Wissenschaft« als Entdifferenzierung komplexer Wirklichkeit. Eine »Große Transformation«, im Sinne des hier vertretenen weiten Konzepts Sozialer Nachhaltigkeit, sei moralisch überladen und trage zugleich zur Depolitisierung bei, weil nun alles dem von Experten getriebenen Nachhaltigkeitsziel unterworfen werde (Strohschneider 2014). Armin Grunwald beruhigte, verglich die Entstehung der transfor-

mativen Nachhaltigkeitsforschung mit der Genese der Technikwissenschaften, sah Parallelen und auch keinen Umsturzwunsch, sondern eine organisatorische Chance zur Erweiterung des wissenschaftlichen Blicks (Grunwald 2015). Ähnlich erkennt auch der Wissenschaftsrat in einem Positionspapier die Notwendigkeit »Große gesellschaftliche Herausforderungen« zu adressieren, worunter bei wissenschaftspolitischen Akteuren vor allem Klimawandel, globale Erwärmung und saubere Energie verstanden würden (Wissenschaftsrat 2015: 15).

Strohschneiders Kritik am Konzept der »Transformativen Wissenschaft« ist aus soziologischer Sicht allerdings nicht nur aufgrund seiner Rekonstruktion von vier Motiven ihrer Vertreter reflexionsbedürftig, sondern weil er soziologische Befunde in erstaunlicher Weise trivialisiert. Die vier kritisierten Motive sind auf den ersten Blick durchaus beunruhigend. So wirft er den Protagonisten einer transformativen Wissenschaft zum einen »Solutionismus« vor, ein Schema von Problem und Lösung: »Das Schema vereinseitigt ja die Zweiseitenform von Wissenschaft als Weltverstehen und Weltgestaltung zugunsten letzterer.« (Strohschneider 2014: 180) Eine herbe Kritik, die aus DFG-Binnenperspektive nachvollziehbar, bei In-sichtnahme des weiten Feldes angewandter Forschung aber doch sehr überzogen erscheint. Seine zweite Kritik gilt dem Ziel der »Transdisziplinarität«, die »an die Stelle der innerwissenschaftlichen Prozessordnung der Disziplinarität einen außerwissenschaftlichen Referenzrahmen« (ebd.: 181) rücke. Strohschneider übersieht freilich, dass zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen selbst die Folge bislang disziplinär unbefriedigend bearbeiteter Problemstellungen waren und auch künftig sein werden, von der Sozialen Arbeit über die Kommunikationswissenschaften bis hin zu Sustainability Sciences. Das dritte von ihm kritisierte Motiv »Faktengewalt« befürchtet die Unterwerfung wissenschaftlicher Wahrheitsansprüche, ähnlich dem ersten Motiv, einem »Nützlichkeitsbereich außerwissenschaftlicher Verwertungszusammenhänge«, der sich zudem noch »an den Letztwert der Nachhaltigkeit normativ rückgebunden weiß« (ebd.). Empirische Beispiele dafür hält er jedoch nicht bereit. Das vierte Motiv der »Entdifferenzierung« schließlich beklagt, dass »die Grenze zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bereits niedergerissen und die Vergesellschaftung der Wissenschaft vollzogen« sei (ebd.: 182). Der Mediävist Strohschneider, der immerhin angibt, auch Soziologie studiert zu haben, demonstriert mit dieser Motivkritik ein eigentümliches außergesellschaftliches Verortungskonzept von Wissenschaft, gegen das die Soziologie nicht nur mit Referenz auf Niklas

Luhmanns »Wissenschaft der Gesellschaft« (Luhmann 1990) protestieren darf. Es mag sein, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs sowohl als Expertendiskurs wie als Hereinholen verschiedener Stakeholder für die Wissenschaft kompliziert und überforderungsnah scheint. Doch ein Politikkonzept, in dem »politische Legitimität gerade nicht an Wahrheiten geknüpft ist, sondern an Mehrheiten« (ebd.: 188), reduziert Demokratie auf die Stimmabgabe und übersieht den Beitrag wie die Verantwortung von Wissenschaft für die Erzeugung von Legitimität, wie im Übrigen auch innerhalb des Politiksystems, der Judikative, am Beispiel der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit unschwer beobachtet werden kann.

Dennoch erscheint der von Strohschneider ausgelöste Diskurs für die Nachhaltigkeitsdiskussion hilfreich. Wolfgang Rohe, Geschäftsführer der Stiftung Mercator, schlug vor, das Autonomiekonzept auf eine soziologisch hoch relevante Problemstellung des Wissenschaftsbetriebs anzuwenden und hier das Potential der Transformativen Wissenschaft (TW) geltend zu machen:

»Die kritische Verve der TW wäre indes eher gegen den heute dominanten Qualitätsdiskurs zu richten. Ihn könnte man – anders als die Autonomie – tatsächlich als Falle analysieren, in die die Wissenschaft geraten ist. Angesichts der deformierenden Wirkung des vorgeblich wissenschaftsnahen Qualitätsdiskurses auf die wissenschaftliche Produktivität könnte es sich lohnen, verstärkt in eine tiefere Analyse des Nutzendiskurses einzusteigen.« (Rohe 2015: 159)

Für die Soziologie ist Nützlichkeit keine Schande. Der Fokus Soziale Nachhaltigkeit erlaubt eine beruhigende und ermunternde Parallele: Vielleicht erfüllt die transformative Nachhaltigkeitswissenschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts eine ähnliche Funktion wie die Sozialwissenschaften am Beginn des 20. Jahrhunderts. Nicht nur die Soziologie begriff sich damals als Medium der Sozialreform, der Antwort auf die soziale Frage als Klassenfrage. Das Ergebnis war der Wohlfahrtsstaat. Ein Jahrhundert später wird die ökosoziale Frage, wenn es gut geht, durch ein globales »Öko-Wohlfahrtsregime« beantwortet. Warum also das neue Label »Soziale Nachhaltigkeit«? Das stärkste Argument dafür: Nachhaltigkeit beginnt in Gesellschaft und endet in ihr. Ein weites Konzept Sozialer Nachhaltigkeit bringt die Soziologie in das Zentrum eines Zukunftsdiskurses, in dem sie ihre Stärken bescheiden geltend machen kann.

Literatur

- Aburdene, P., Naisbitt, J. 1993: Megatrends: Frauen. Düsseldorf: ECON.
- Bettencourt, L., Kaur, J. 2011: Evolution and structure of sustainability science. Proceedings of the National Academy of Sciences, December 6, Vol. 108, No. 49, 19540–19545.
- Bohleber, W. 2014: Auf der Suche nach Repräsentanz – Analytisches Arbeiten an der Schnittstelle von Ungedachtem und symbolisch Repräsentiertem. *Psyche*, 48. Jg., Heft 9–10, 777–786.
- Braungart, M., McDonough, W. 2014: Intelligente Verschwendung. The Upcycle: Auf dem Weg in eine neue Überflusgesellschaft. München: oekom.
- Deutscher Bundestag 1998: Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung«. BT-Drs 13/11200, 26.6.1998.
- Ekardt, F. 2011: Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel. Baden-Baden: Nomos.
- Grin, J., Rotmans, J., Schot, J. 2010: Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. New York, London: Routledge.
- Grunwald, A. 2015: Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? *GAIA*, 24. Jg., Heft 1, 17–20.
- Grunwald, A., Kopfmüller, J. 2012: Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 2. Aufl. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Huber, J. 1995: Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin: edition sigma.
- Hulme, M. 2014: Streitfall Klimawandel. Warum es für die größte Herausforderung keine einfache Lösung gibt. München: oekom.
- Jahn, T. 2013: Transdisziplinarität – Forschungsmodus für nachhaltiges Forschen, In J. Hacker (Hg.), *Nachhaltigkeit in der Wissenschaft*. Nova Acta Leopoldina. Bd. 117, Nr. 398. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart, 65–75.
- Jahrbuch Ökologische Ökonomik 2007: Soziale Nachhaltigkeit. Bd. 5. Marburg: Metropolis.
- Kates, R. W. et al. 2001: Sustainability Science, *Science*. Bd. 292, Nr. 5517, 641–642.
- Klauer, B., Manstetten, R., Petersen, T., Schiller, J. 2013: Die Kunst langfristig zu denken. Wege zur Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos.
- Kreibich, R. 2008: Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis. Arbeitsbericht Nr. 29, Berlin: IZT.
- Landtag NRW 2015: Bericht der Enquete-Kommission zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW. LT-Drs. 16/8500, Düsseldorf.

- Lessenich, S. 2015: Die Externalisierungsgesellschaft. *Soziologie*, 44. Jg., Heft 1, 22–32.
- Linstone, H. A. 1983: Book Review: John Naisbitt *Megatrends*. *Technological Forecasting and Social Change*, Bd. 24, Heft 1, 91–94.
- Luhmann, N. 1990: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Naisbitt, J. 1984: *Megatrends*. 2. Aufl. Bayreuth: Hestia.
- Opielka, M. (Hg.) 1985: *Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Opielka, M. 2006: *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS.
- Opielka, M. 2008: *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*. 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt.
- Plewig, H.-J., Kurenbach, M. 2014: *Konzept Arbeitsgebiet Soziale Nachhaltigkeit – Forschung und Lehre*. Lüneburg: Leuphana, Ms.
- Piketty, T. 2014: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Popp, R., Zweck, A. (Hg.) 2013: *Zukunftsforschung im Praxistext*, Wiesbaden: Springer VS.
- Radkau, J. 2011: *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: C.H. Beck.
- Rohe, W. 2015: Vom Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft. Eine Kritik zum Anspruch der transformativen Wissenschaft. *GAIA*, 24. Jg., Heft 3, 156–159.
- Schaltegger, S., Burritt, R., Petersen, H. 2003: *An Introduction to Corporate Environmental Management. Striving for Sustainability*. Sheffield: Greenleaf.
- Schneidewind, U., Singer-Brodowski, M. 2013: *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Scoones, I., Leach, M., Newell, P. (Hg.) 2015: *The Politics of Green Transformations*. London, New York: Routledge.
- Seefried, E. 2015: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Senghaas-Knobloch, E. 2009: »Soziale Nachhaltigkeit« – Konzeptionelle Perspektiven. In R. Popp, E. Schüll (Hg.), *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Berlin, Heidelberg: Springer, 569–578.
- Slaughter, R. A. 1993: Looking for the real »Megatrends«. *Futures*, 25. Jg., Heft 8, 827–849.
- Sommer, B., Welzer, H. 2014: *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. München: oekom.
- Strohschneider, P. 2014: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In A. Brodocz (Hg.), *Die Verfassung des Politischen*. Wiesbaden: Springer VS, 175–192.
- United Nations – Economic and Social Council 2014: *Emerging issues: the social drivers of sustainable development*. Commission for Social Development, E/CN.5/2014/8.

- Volkman, U. 2015: Soziologische Zeitdiagnostik. Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung. *Soziologie*, 44. Jg., Heft 2, 139–152.
- Wissenschaftsrat 2015: Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier, Stuttgart.
- Zweck, A., Holtmannspötter, D., Braun, M., Hirt, M., Kimpeler, S., Warnke, P. 2015: Gesellschaftliche Veränderungen 2030. Ergebnisband 1 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II, Düsseldorf: VDI.

Call zu den Plenarveranstaltungen auf dem 38. DGS-Kongress 2016 in Bamberg

Die acht Plenarveranstaltungen finden am Dienstag, den 27. September 2016, und Donnerstag, den 29. September 2016, von 9 bis 12 Uhr statt. Bitte senden Sie Ihr Exposé für einen Plenarvortrag (max. 5.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) bis zum 31. März 2016 an die genannten Jurorinnen und Juroren. Von den zwei Vorträgen, die pro Person auf dem Kongress gehalten werden können, darf höchstens einer ein Plenarvortrag sein. Pro Plenum sind insgesamt vier, maximal fünf Vorträge zugelassen.

Plenum 1

Offene Gesellschaften und ihre Feinde

Karl Poppers Konzeption der »offenen Gesellschaft« ist in der Nachkriegszeit zu einem wesentlichen Bestandteil der Selbstbeschreibung und des Selbstverständnisses marktwirtschaftlicher Demokratien »des Westens« geworden. Als Popper 1945 von der »offenen Gesellschaft« sprach, konnte er deren Feinde eindeutig benennen: Es waren totalitäre Staats- und Gesellschaftsformen wie Nationalsozialismus und Faschismus, Staatssozialismus und Kommunismus, die unter das Verdikt eines (gesellschafts-)politischen Gegenentwurfs zur modernen Demokratie fielen. An Poppers Begriff schloss sich historisch die Rede vom »Ende der Ideologien« an, deren Zeitalter politische und soziologische Theoretiker/innen häufig mit der Französischen Revolution beginnen und mit dem Zweiten Weltkrieg enden ließen. In der Folgediagnose vom »End of History«, nach der Implosion des sowjetischen Herrschaftssystems gestellt, schien dann die politische Option für die »offene Gesellschaft« geschichtsphilosophisch eingelöst: Die Demokratie hatte sich im Weltmaßstab durchgesetzt.

Oder auch nicht: Denn nicht erst seit dem Aufstieg von Islamischem Staat und Front National, Putins »gelenkter Demokratie« und dem Schattenreich des NSA erscheint diese Diagnose rückblickend übertrieben optimistisch und analytisch eindimensional. Der »offenen Gesellschaft« gehen die Feinde ganz offenkundig nicht aus – und sie kommen nicht allein aus einem gesellschaftlichen »Außen«, das bislang noch nicht von den Institutionen ökonomischer Freiheit und politischer Selbstbestimmung erreicht

worden wäre. Vielmehr produziert die »offene Gesellschaft« immer wieder antidemokratische Bewegungen und freiheitsfeindliche Impulse auch aus sich selbst heraus.

Das führt zu den in diesem Plenum zu verhandelnden Fragen: Wie verhalten sich »Moderne« und »Gegenmoderne« zueinander? In welchem Zusammenhang steht die Offenheit demokratischer Systeme mit den Dynamiken ihrer (Selbst-)Aufhebung? Was macht die »offene Gesellschaft« heute zu einer solchen? Wie offen sind »offene Gesellschaften« eigentlich – »offen« wofür und für wen? Haben die Feinde der »offenen Gesellschaft« nur Aversionen oder auch Argumente auf ihrer Seite? Und wer sind die Freunde dieser Gesellschaftsform – alle Feinde ihrer Feinde?

Jury:

Hanna Meißner

hanna.meissner@tu-berlin.de

Richard Münch

richard.muench@uni-bamberg.de

Plenum 2

Öffnung und Schließung: Deutungen, Wissen, Diskurse

Ist es die reine Tatsächlichkeit von Sachlagen und Sachzwängen, welche darüber entscheidet, ob in sozialen bzw. gesellschaftlichen Situationen Handlungsbedarf besteht, ob Grenzen der Beteiligung, Formen des Handelns, die Wahl der Mittel ausreichen, zu öffnen oder zu schließen sind? Oder ist das nicht alles soziologisch sehr viel eher als Ergebnis gesellschaftlicher »Definitionen der Situation« zu begreifen? Ob Aufnahmekapazitäten als erschöpft, Technologien als hinreichend sicher, Organisationen als funktionierend, Bürgerbeteiligung als erfolgreich, Glaubensgrundlagen als unumstößlich gelten – immer liegen solchen Festlegungen unterschiedlichste Formen und Prozesse der Deutungsarbeit zugrunde.

Diese Deutungsarbeit trennt *Verfügbares* und *Unverfügbares*, *Machbares* von *Illusionen*, *Normatives* und *Faktisches*, *legitime Berechtigungen* von *falschen Ansprüchen*. Sie lässt sich vielleicht manches Mal, sicher aber nicht durchgehend und prinzipiell als einseitige Interessendurchsetzung und Machtübung begreifen. Häufig erscheint sie als komplexes Geflecht von konkurrierenden, um Anerkennung streitenden Akteuren und Deutungen, die ihren Geltungsanspruch auf Formen des Wissens, des religiösen oder weltanschaulichen Glaubens, der Einhaltung moralisch-ethnischer bzw. norma-

tiver Prinzipien stützen. Die Beiträge des Plenums analysieren in theoretischer oder empirischer Perspektive solche Prozesse und nehmen dabei ganz unterschiedliche Phänomene und Ebenen in den Blick. Sie können sich an folgenden Fragen orientieren:

- Was lässt gesellschaftliche Handlungsfelder als fraglich oder unverfügbar erscheinen? Welche Merkmale kennzeichnen Deutungen, Wissensformen und Diskurse, die Öffnungen bzw. Schließungen prozessieren? Was unterscheidet hier *Erfolg* von *Scheitern*?
- Wie gestalten sich Prozesse und Ressourcen der Anerkennung, Zulassung bzw. des Ausschlusses von Sprecherinnen und Sprechern? Inwiefern und mit welchen Folgen lassen sich typische Orte und Arenen der Definition von Zugehörigkeiten und Ausschluss ausmachen? Welche (z.B. macht- oder interaktionstheoretischen) Ansätze erweisen sich zur Klärung dieser Fragen als besonders erklärungskräftig?
- Lassen sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Praxisfeldern Formen und Forderungen der (normativen, glaubens- oder wissensbezogenen) Öffnung oder Schließung ausmachen? Wie lässt sich das in theoretischen Ansätzen begreifen und in empirischen Forschungen analysieren? Welche Merkmale zeichnen *Umordnungen der Diskurse* aus, in denen etablierte Verhältnisse von ExpertInnen und Laien, von Wissen und Glauben, von Normen und Fakten zur Diskussion stehen?

Jury:

Hubert Knoblauch

hubert.knoblauch@tu-berlin.de

Julia Reuter

j.reuter@uni-koeln.de

Plenum 3

Einschluss- und Ausschlussdynamiken in Lebensverlauf und Biographie

»Wer will, der kann!« – Trotz aller Mobilitätsversprechen in modernen Gesellschaften sind individuelle Lebenschancen und Zugänge zu Bildung, Arbeit, sozialer und finanzieller Sicherung auch heute noch stark ungleich verteilt, bestehen soziale Schließungen in vielfältiger Form fort, die Individualisierung und gestaltende Teilhabe systematisch behindern oder gar versperren. Das Plenum geht den sozialen Bedingungen, Dynamiken, Mecha-

nismen und Folgen von Schließungs- und Öffnungsprozessen auf der Ebene von Lebenslauf und Biographie nach.

Zu denken ist dabei an ganz unterschiedliche Prozesse und Dynamiken: An konkrete Interaktionen, (formelle und informelle) Zugangsschranken, Ausgrenzungs- und Schließungsprozesse bei Übergängen und Weichenstellungen im Lebenslauf, an denen sich die soziale Position und Ressourcenlagen ändern können, wie Übergänge im Bildungssystem, Eintritt in den Arbeitsmarkt, Jobwechsel oder private Übergänge (Familiengründung, Scheidung), an die institutionelle Bearbeitung und Prägung von Lebensläufen etwa im Rahmen wohlfahrtstaatlicher Arrangements und unterschiedlicher Lebenslaufregime oder an die Wirkmächtigkeit von normativen und institutionellen Programmen, etwa des Konzepts des »Normallebenslaufs« auf der Ebene biographischer Antizipation und Planung.

Wie gestaltbar, wie flexibel sind individuelle Lebensläufe heute, wer wird wann unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen ein- oder ausgeschlossen, wo bestehen Hemmnisse oder Motoren intra- und intergenerationaler Mobilität? Und: Wer oder was steuert individuelle Lebensläufe und welche Mechanismen sind dabei am Werk? Welchen strukturellen, sozialen und ökonomischen Zwängen und Zumutungen sind bspw. Individuelle Planungsperspektiven unterworfen? Welche Bedingungen hindern oder fördern biographische Vergesellschaftung? Schließlich: Welche negativen Effekte hinterlassen geringere Teilhabechancen im Lebens(ver)lauf und welche Folgen haben Schließungs- und Öffnungsprozesse für die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen von Gesellschaften?

Jury:

Michael Gebel

michael.gebel@uni-bamberg.de

Monika Wohlrab-Sahr

wohrlab@rz.uni-leipzig.de

Plenum 4

Migration: Öffnung, Integration, Abschottung

Durch Migrationsprozesse werden Differenzen sichtbar, an die unterschiedliche Codierungen anknüpfen können wie: fremd/vertraut; defizitär/anders; draußen/drinnen; offen/geschlossen; ungleich/heterogen; sie/wir. Das provoziert die Frage, aus welcher Perspektive welche Codes Anwendung finden, wie dies öffentlich ausgehandelt wird und wie sich solche

Perspektiven verschieben. Dies wiederum berührt soziologische Grundfragen wie: Haben Grenzen eine konstitutive Bedeutung für eine Gesellschaft? Lässt sich sinnvoll von der Identität einer Gesellschaft reden?

Es geht in dem Plenum daher um Beiträge zu Aspekten von Öffnung, Integration und Grenzziehungen im Spannungsfeld von individuellem und kollektivem Handeln, Deutungsmustern und Diskursen sowie Institutionen und Politik. Generell wird von den Beiträgen erwartet, dass über der gegenwärtigen Brisanz des Themas längere Zeitperspektiven und theoretische Fragestellungen nicht vergessen werden, sondern produktive Verknüpfungen gelingen. Es geht um Entstehungszusammenhänge von Migration, um Beschreibungen ihrer Qualität und Quantität samt ihrer Bindendynamik, und um ihre Folgen sowohl für die Migrantinnen und Migranten als auch für die aufnehmenden Gesellschaften.

Jury:

Ludger Pries

ludger.pries@rub.de

Annette Treibel

treibel-illian@ph-karlsruhe.de

Plenum 5

Geschlossene Öffentlichkeiten?

Gesellschaftliche Öffentlichkeiten sind grundsätzlich historisch wandelbar, die letzten Jahrzehnte zeigen hier allerdings eine besondere Dynamik. Im Zuge der Digitalisierung von Öffentlichkeit und ihrer zunehmenden Durchdringung mit ›social media‹ ist sie unübersichtlicher als je zuvor. Angesichts einer nicht zu überschauenden Vielzahl analoger und digitaler Medien und Foren ist es schlechterdings nicht mehr möglich, *die* Öffentlichkeit auf einen Nenner zu bringen. Es stellen sich damit zunächst die nur scheinbar trivialen Fragen, was und wo die Öffentlichkeit gegenwärtig ist, wer wie an ihr (nicht) partizipiert und wie sie funktioniert. Diese Fragen sind gleichermaßen empirisch auszuloten wie sie einer theoretisch fundierten Analyse und Diskussion im gesellschaftstheoretischen Sinne bedürfen. Das Plenum fordert dazu auf, diese Fragen mit einem ausdrücklichen Fokus auf die Spannung zwischen Offenheit und Geschlossenheit zu thematisieren.

Vor dem erwähnten unübersichtlichen Hintergrund und im Kontext sehr heterogener Mediennutzung und damit auch Erfahrungen mit Öffentlichkeiten stehen vielfache Diagnosen und Prognosen im Raum: Fragmen-

tierung, Pluralisierung, Abschottung (z.B. durch »Meinungs-Blasen«), Verrohung z.B. werden – meist feuilletonistisch – angeführt, um die Situation zu charakterisieren. Gleichzeitig haben Zirkulationsgeschwindigkeiten in und potentielle Reichweiten von Öffentlichkeiten exorbitant zugenommen. Zudem wird der massive Verlust von Privatheit in den social media, der durch für die Endnutzer intransparente Verwertungsmöglichkeiten erzeugt wird, zu einem (mehr oder weniger globalen) Politikum, und fordert dazu heraus, Formen und Rolle des Privaten neu zu denken. Das Plenum 5 lädt Beiträge ein, die sich aus empirischer wie theoretischer Perspektive u.a. mit folgenden Fragen befassen:

- Wie fragmentiert ist Öffentlichkeit bzw. sind Öffentlichkeiten heute? Sind (Teil-)Öffentlichkeiten gegeneinander zunehmend abgeschottet?
- Wie lässt sich das Verhältnis zwischen neuen Beteiligungsmöglichkeiten und möglichen Schließungsprozessen diagnostisch einschätzen? Welche Dynamiken sind dafür kennzeichnend?
- Wie inklusiv bzw. exkludierend sind social media, zum Beispiel in Bezug auf Gender, Schicht/Ungleichheit, Alter oder auch in Bezug auf spezifische Themen?
- Wie wird Teilhabe an bzw. Ausschluss aus Öffentlichkeiten praktisch vollzogen, zum Beispiel via Kommunikationsformen, Mediennutzung u.a.?
- Wie lässt sich das gegenwärtige Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem soziologisch thematisieren?
- Sind »Mediengesellschaften« offener oder tendenziell geschlossener als Gesellschaften, die weniger stark medial geprägt sind?

Jury:

Andreas Ziemann

andreas.ziemann@uni-weimar.de

Nicole Zillien

nicole.zillien@uni-trier.de

Plenum 6

Akteure, Strukturen und Dynamiken des (Selbst-)Ausschlusses

Akteure des Ausschlusses aus sozialen Kontexten sind zum Beispiel solche in Politik, Recht und Verwaltung, die über wohlfahrtsstaatliche Leistungsansprüche befinden, Gatekeeper in Bildungsinstitutionen, die Zertifikate vergeben, Polizei, die Staatsgewalt vollstreckt, oder Personalentscheider/innen und Preiskalkulator/innen in Unternehmen. Sozial kleinräumiger kann es sich zum Beispiel auch um Repräsentanten lokaler Vereinigungen und elitärer Zirkel oder auch um Türsteher vor einem Szeneclub handeln. Von Interesse sind aber auch kollektive Akteure, soziale Gruppen und Bewegungen als Agenten sozialer Schließung oder Öffnung.

Teilweise geht es hierbei um Ein- oder Ausschlüsse mit Effekten auf (vertikale) Strukturen sozialer Ungleichheiten von Ressourcenverteilungen und Teilhabeoptionen in einer Gesellschaft bis hin zu verfestigten Ausschlusseffekten wie Marginalisierung, weiterer Exklusion oder verfestigt prekären Lebensverhältnissen.

Soziale (Selbst-)Ausschlüsse können aber auch horizontale Lagerungen betreffen, das heißt, zunächst weniger mit Machtbeziehungen als mit Identitätsfragen zu tun haben (zum Beispiel mit milieuspezifischen Zugehörigkeiten, kulturellen Praktiken und Abgrenzungen). Spezifischen Verhaltensweisen sieht man die Zuordnungen zu eher vertikalen oder horizontalen Dimensionen nicht immer ohne Weiteres an (ob zum Beispiel der Verzicht auf Fleisch oder auf einen Fernseher ein Lebensstil-Statement oder einen Mangel an Ressourcen darstellt). Gleichwohl ist es handlungstheoretisch relevant – nicht zuletzt für die Selbstwahrnehmung des eigenen Handlungsspielraums – zu unterscheiden, ob man auf etwas prinzipiell als wünschenswert Empfundenes verzichtet, vielleicht mit sozialem Rückzug reagiert, oder ob man eine soziale Einbindung offensiv ablehnt. Daraus ergeben sich nicht zuletzt Dynamiken vertikaler Effekte von (Selbst-)Ausschlüssen, beispielsweise in Form des Wohnens in gated communities, oder einer Marginalisierung von Raucherinnen und Rauchern.

Im Plenum soll thematisiert werden, wie das Handeln von Akteuren im Sinne von ›Doing Inequality‹ zu (Selbst-)Ausschlüssen aus welchen sozialen Kontexten beiträgt und welche Dynamiken der strukturellen Verfestigung oder eines Wandels von Ausschlüssen, Einschlüssen und sozialer Durchlässigkeit darauf folgen. Diskutiert werden soll in diesem Zusammenhang

auch, welche Konsequenzen für Individuen, soziale Gruppen und gesellschaftliche Teilbereiche damit einhergehen und welche dieser Dynamiken (unterschiedlicher Geschwindigkeit) für welche Arten von Gesellschaften, Milieus oder Subkulturen gelten. Wer sind die Trägergruppen sozialen Wandels und wie gefestigt sind Segmente, Schichten oder Klassenstrukturen?

Jury:

Gabriela Christmann christmann@irs-net.de

Berthold Vogel berthold.vogel@sofi.uni-goettingen.de

Plenum 7

Ambivalenzen von Schließung und Offenheit in Gesellschaften, Gruppen und Organisationen

Hermetisch geschlossene Gesellschaften gibt es nicht. Völlig offene auch nicht. Gesellschaften, Organisationen, Gruppen ebenso wie netzwerkartige Strukturen sind immer von einer Ambivalenz gleichzeitiger Offenheit und Geschlossenheit geprägt. Dabei interessiert sich die Soziologie insbesondere für die sozialen Ursachen, die zu mehr oder weniger Offenheit bzw. Geschlossenheit führen, sowie für die sozialen Folgewirkungen.

Offenheit, individuell, in Organisationen, Gruppen und Gesellschaften kann Vielfalt und Innovationen bewirken, neue Perspektiven bieten und Raum für neue Erfahrungen eröffnen. Offenheit und Diversität, die Verarbeitung neuer Beobachtungen und Erfahrungen benötigen jedoch immer auch Aufwendungen für Koordination und Kommunikation in Form von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital und Zeit. Gibt es Hinweise auf eine funktionale und von den Akteuren anerkannte Balance zwischen der Wahrung von Identität, Transaktionskosten und notwendiger Anpassungsfähigkeit? Offenheit erhöht, Geschlossenheit reduziert Komplexität. Je komplexer Strukturen und Prozesse sind, desto komplexer ist häufig ihre Bearbeitung und umso geschlossener agieren hierauf spezialisierte Expertengruppen. Geschlossenheit und Konzentration, um Wesentliches zu erreichen, ist oft notwendig, aber häufig auch undemokratisch. In Gesellschaften, Gemeinschaften und Organisationen etablieren sich Akteure und Akteurinnen über Selektions- und Ausschlussmechanismen. Geschlossenheit verhindert mittel- und langfristig Neuerungen und Wandel. Zudem

werden über partielle Schließungen Zugänge zu sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Lebens- und Teilhabechancen gesteuert, soziale Rechte, Anerkennungen, Privilegien und ökonomische Begünstigungen verteilt und darüber Vorteile maximiert sowie Leistungen angereizt oder Apathie erzeugt. Wie viel Offenheit oder Geschlossenheit ist jeweils notwendig und wieviel akzeptieren die Akteure?

Jury:

Jürgen Mackert

mackert@uni-potsdam.de

Andrea Maurer

andrea.maurer@uni-trier.de

Plenum 8

Globale Ungleichheiten: Öffnungen und Schließungen in der Weltgesellschaft

Die Realität globaler sozialer Ungleichheiten steht außer Frage – ihr Ausmaß, ihre Entwicklungsdynamik und die möglichen Bedingungsbeziehungen von Reichtum und Armut im Weltmaßstab sind allerdings wissenschaftlich und gesellschaftlich umstritten. Während die einen darauf verweisen, dass einige wenige Multimilliardäre über dasselbe Vermögen verfügen können wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, betonen andere die in der jüngeren Vergangenheit abnehmenden zwischengesellschaftlichen Ungleichheiten – die allerdings mit tendenziell steigender innergesellschaftlicher Ungleichheit einhergehen. In jedem Fall wird aber derzeit offensichtlich, dass Wohlstandsdifferenziale eine wesentliche Triebkraft globaler Wanderungsbewegungen darstellen. Und ebenso offenkundig ist, dass sich vor diesem Hintergrund gesellschaftlich hochrelevante Fragen zum Zusammenhang von gesellschaftlichen Öffnungen und Schließungen ergeben. So steht – paradoxerweise? – die Anerkennung und auch strategische Nutzung globaler bzw. zwischenregionaler Öffnungen für Waren, Märkte und Finanzen einer zunehmenden Schließung einiger Regionen gegenüber Personen entgegen.

Die Selbstbeschreibung moderner als »offene« Gesellschaften steht in einem Spannungsverhältnis zu ihrer Praxis politischer Schließung: Die Entscheidung über den Zugang und die Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen ist der Akt politischer Souveränität schlechthin, die moderne

Institution des Staatsbürgerstatus (»citizenship«) ein Moment des Ein-
schlusses und des Ausschlusses gleichermaßen. Das Welthandelsregime
ebenso wie die Liberalisierung der Finanzmärkte steht für die Vorstellung
positiver ökonomischer Effekte von Marktöffnungen – gleichzeitig sorgen
diese aber für gegenläufige Schließungsprozesse und für die Entstehung
neuer bzw. die Verfestigung bestehender Wettbewerbsungleichheiten.

Ist die seit 1989/90 sich vollziehende Universalisierung von Markt und
Demokratie paradox, weil sie einerseits die zunehmende Mobilität von Gü-
tern und Arbeitskräften und andererseits die Konsolidierung neuer nation-
alstaatlicher Grenzen bedeutet? Oder sind diese Spannungsverhältnisse
nur der spezifischen Organisationsform postkommunistischer Globalisie-
rung geschuldet und prinzipiell aufzulösen? Wer profitiert von den Un-
gleichgewichten globaler Ökonomie und Governance, wer hat das Nach-
sehen – aktuell und womöglich strukturell? In welchem Verhältnis stehen
Öffnungen und Schließungen in der Weltgesellschaft? Stehen sie im Wider-
spruch zueinander oder womöglich in einem Zusammenhang wechselseiti-
ger Steigerung?

Im Plenum sollen derartige Fragen globaler sozialer Ungleichheit an-
hand theoretischer, empirischer und/oder historisch-soziologischer Beiträ-
ge verhandelt werden.

Jury:

Manuela Boatcă

manuela.boatca@soziologie.uni-freiburg.de

Boris Holzer

boris.holzer@uni-bielefeld.de

Ausschreibung der beim 38. Kongress der DGS in Bamberg zu verleihenden Preise

Preis für herausragende Abschlussarbeiten

Dieser Preis wird für zwei herausragende Diplom-, Magister- oder Masterarbeiten im Hauptfach Soziologie vergeben, die seit dem 12. Mai 2014 zur Begutachtung eingereicht wurden. Nominierungen erfolgen durch die wissenschaftlichen Betreuerinnen und Betreuer oder durch andere Personen, welche die Abschlussarbeiten gut kennen. Einzusenden sind das ausgefüllte Antragsformular, fünf Exemplare der Arbeit, das Curriculum Vitae der Absolventin/des Absolventen und eine kurze Begründung der Nominierung. Die Fachgutachten aus dem Prüfungsverfahren müssen beigelegt sein. Der Preis für herausragende Abschlussarbeiten ist mit je 500 Euro dotiert.

Dissertationspreis

Dieser Preis würdigt zwei herausragende Dissertationen, die seit dem 12. Mai 2014 zur Begutachtung eingereicht wurden. Nominierungen erfolgen durch die wissenschaftlichen Betreuerinnen und Betreuer oder durch andere Personen, welche die Dissertation gut kennen (ausgenommen sind Mitarbeiter/innen des herausgebenden Verlages). Einzusenden sind das ausgefüllte Antragsformular, fünf Exemplare der Dissertation, das Curriculum Vitae der/des Promovierten und eine kurze Begründung der Nominierung. Die Fachgutachten aus dem Prüfungsverfahren müssen beigelegt sein. Der Dissertationspreis ist mit je 1.000 Euro dotiert.

René-König-Lehrbuchpreis

Dieser Preis würdigt das beste Lehrbuch, das nach dem 12. Mai 2014 erschienen ist. Nominierungen müssen das ausgefüllte Antragsformular, fünf Exemplare des Lehrbuchs, das Curriculum Vitae der Autorin/Herausgeberin oder des Autors/Herausgebers sowie eine kurze Begründung der Nominierung enthalten. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert.

Preis für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie

Anerkannt werden Leistungen von WissenschaftlerInnen, PublizistInnen oder anderen AutorInnen innerhalb und außerhalb der Universität, die das öffentliche Bild der Soziologie sowie ihre Praxisrelevanz in hervorragender Weise gefördert haben. Nominierungen müssen ein Curriculum Vitae der/des Nominierten bzw. die Beschreibung der nominierten Einrichtung sowie eine kurze Begründung der Nominierung enthalten.

Preis für ein hervorragendes wissenschaftliches Lebenswerk

Dieser Preis soll eine Person ehren, deren Lebenswerk in besonderer Weise zur fachlichen Entwicklung der Soziologie beigetragen hat. Dabei kann der Schwerpunkt auf theoretischer, empirischer oder methodischer Ebene liegen. Nominierungen müssen ein Curriculum Vitae der/des Nominierten und eine kurze Würdigung der Bedeutung des Werkes einschließen.

Thomas A. Herz-Preis für qualitative Sozialforschung

Prämiert werden soziologische Arbeiten, die einen innovativen Beitrag zur qualitativen Sozialforschung und zur empirisch fundierten Theoriebildung leisten. Der bzw. die Auszuzeichnende sollte zwei wissenschaftliche Monographien verfasst haben und in seinen/ihren Arbeiten auch die soziale Realität außereuropäischer Gesellschaften in den Blick nehmen. Der Preis wird in der Regel an Wissenschaftler/innen verliehen, die noch nicht auf eine Lebenszeitprofessur berufen wurden. Vorschlagsberechtigt sind habilitierte Wissenschaftler/innen, die ihren Vorschlag in einem ausführlichen Würdigungsschreiben begründen und einen akademischen Lebenslauf (einschließlich Publikationsliste) der nominierten Person einreichen müssen. Außerdem sind sechs Exemplare der zuletzt erschienenen Monografie beizufügen. Der Thomas A. Herz-Preis für qualitative Sozialforschung wurde gestiftet von Claudia und Trutz von Trotha und ist mit 5.000 Euro dotiert.

Alle Preise werden auf dem 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg verliehen. Die Preise für öffentliche Wirksamkeit und Lebenswerk und der Thomas A. Herz-Preis werden am 26. September 2016 im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung, die Preise für Abschlussarbeiten, Dissertationen und Lehrbuch auf der Mitgliederversammlung am 28. September 2016 überreicht.

Antragformulare für die Preise erhalten Sie von Dr. Sonja Schnitzler (sonja.schnitzler@kwi-nrw.de), an die Sie bitte auch Ihre Nominierungen senden: Geschäftsstelle der DGS, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, 45128 Essen. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Einsendeschluss ist der **12. Mai 2016** (Eingang in der Geschäftsstelle).

Termine zum 38. Kongress der DGS in Bamberg

Deadlines für Plenar-, Sektions- und Ad-hoc-Veranstaltungen

- 01.03.2016 Anträge auf Ad-hoc-Gruppen
Einreichungen über den Link auf der Kongress-Homepage, der rechtzeitig ab Februar freigeschaltet wird.
- 31.03.2016 Bewerbungen auf die Calls zu den Plenarveranstaltungen.
Bitte einschl. Abstract per E-Mail an die jeweilige Jury.
- 11.05.2016 Meldungen von Referent/inn/en, Vortragstitel und Abstract für Plenar-, Sektions-, und Ad-hoc-Veranstaltungen
Einreichungen über den Link auf der Kongress-Homepage, der rechtzeitig ab Mai freigeschaltet wird.

Preise

- 12.05.2016 Einsendeschluss der Preisnominierungen
Die Ausschreibungen finden Sie in diesem Heft auf den Seiten 57–59.

Kongressanmeldung

- 31.05.2016 letzter Tag der Anmeldungen zum Early-Bird-Tarif
- 16.08.2016 Ende der Anmeldung zur Kinderbetreuung
- 17.09.2016 Ende der Online-Anmeldephase

Weitere Informationen – auch zu eventuellen Terminänderungen – finden Sie auf der Homepage des Kongresses <http://kongress2016.sozioologie.de>.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Im Jahr 2015 konnte die DGS 174 neue Mitglieder begrüßen, darunter 48 Studierende. 81 Mitglieder traten aus, 12 verstarben. Am Jahresende 2015 hatte die DGS 2.805 Mitglieder.

Neue Mitglieder

Floris Biskamp, Kassel
Dipl.-Soz. Katharina Block, Hannover
Benjamin Bonset, Amsterdam
Boris Buchholz, Berlin
Götz Egloff, M.A., Mannheim
Katrín Falk, M.A., Berlin
Tina Goldschmidt, MSc., Stockholm
Dr. Gudrun Hessler, Hannover
Dipl.-Soz. Miira Hill, Berlin
Thilo Horlacher, M.A., Dortmund
Isabel Klein, M.A., München
Marlen Simone Löffler, Stuttgart
Dr. phil. Klarissa Lueg, Flensburg
Dipl.-Soz. Julia Marth, Bielefeld
Dr. Rüdiger Mautz, Göttingen
Dr. Tahani Nadim, Berlin
Alharbi Nashim Doulaim, Berlin
Dr. Oliver Römer, Göttingen
Prof. Dr. Sarah Carol, Köln
Dipl.-Päd. Anna Schweda, München
Dr. Isabel Steinhardt, Kassel
Ulrike Thiele-Manjali, M.A., Göttingen
Dr. phil. Désirée Waterstradt, Karlsruhe
Michael Wetzels, Berlin
Maik Wunder, Hagen

Neue studentische Mitglieder

Simon Bauer, Berlin
Ines Birkner, Frankfurt am Main
Carolin Funk, Bad Feilnbach
Philipp Garrison, Jena
Christian Heuser, Bonn
Mirco Liefke, Bad Camberg
Roman Schütze, München
Philipp Trouillier, Grenzach-Wyhlen
Julia Vogel, Marburg
Björn Wagenpfeil, Bielefeld
René Werner, Fulda

Austritte

Olga Böhm, Marburg
Bogdan Gheorghiu, Tübingen
Dr. Ruth Hasberg, Bremen
Dr. Hans-Günther Heiland, Bremen
Dr. Michael Heinlein, München
Denis Huschka, Berlin
Eva Kemler, Darmstadt
Dr. Edit Kirsch-Auwärter, Göttingen
Prof. Dr. Marie-Luise Klein, Bochum
Nicole Kleindienst, Dresden
Olaf Klemm-Wulff, Chemnitz
Dr. Philipp Korom, Köln
Dr. Ellen Kuhlmann, Göttingen
Bekje Leykum, Burgdorf
Marlon Lieber, Frankfurt am Main
Patricia Lugert, Magdeburg
Prof. Dr. Cornelia Mansfeld, Rotenburg
Prof. Dr. Evelies Mayer, Darmstadt
Eva Mnich, Lüneburg
Lucia Neigenfind, Berlin
Wenke Niehues, Istanbul

Gilles Renout, Bremen
Angelica Schieder, Braunschweig
Christian Schladitz, Leipzig
Martin Sehmisch, Kassel
Dr. Gabriele Sturm, Bonn
Anabel Taefi, Münster
Frank Thieme, Bochum
Bruno Urmersbach, Hamburg
Prof. Dr. Herbert Willems, München
Nina Zahner, Nürnberg

Verstorben

Prof. Dr. Helmut Dubiel, Gießen
Dr. Björn Gericke, Dresden
Prof. Dr. Frank Rotter, Fulda
Prof. Dr. Enno Schwanenberg, Kronberg

Sektion Alter(n)

Herbsttagung »Arbeit jenseits der Rentengrenze. Zwischen »Entpflichtung und »Unruhestand««

Die Herbsttagung der Sektion fand am 18. und 19. September 2015 in Kooperation mit dem Zentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM) der Universität Bremen im Tagungsraum des Gästehauses Teerhof der Universität statt. 35 TeilnehmerInnen diskutierten die zwölf Vorträge zu bezahlter und unbezahlter Arbeit im Rentenalter lebhaft. Nach einer Begrüßung führte *Simone Scherger* (Bremen) in die Konzepte von Arbeit, Alter und Lebenslauf sowie gesellschaftliche Debatten um Ruhestand und Arbeit ein. Im ersten Teil der Veranstaltung stand bezahlte Erwerbstätigkeit im Rentenalter im Vordergrund. *Moritz Heß* (Mannheim) ging in seinem Vortrag den »Determinanten des geplanten Renteneintritts« nach. Er zeigte, dass sowohl Hoch- als auch Geringqualifizierte häufiger als mittlere Qualifikationsgruppen planen, erst nach dem gesetzlichen Rentenalter in Rente zu gehen. Dabei scheinen Personen mit geringer Bildung ihren Renteneintritt eher unfreiwillig und vermutlich aus finanziellen Gründen in ein höheres Alter zu verschieben. *Thomas Lux* (Bremen) stellte in seinem Vortrag »Erwerbstätigkeit im Rentenalter aus einer handlungstheoretischen Perspektive« ein theoretisches Modell vor, das diese Erwerbstätigkeit über ihren Nutzen, ihre Kosten sowie die Freizeitpräferenzen und Arbeitsmarktchancen Älterer erklärt. Die Ergebnisse seiner quantitativen Datenanalysen für Deutschland und Großbritannien waren mit dem Modell vereinbar, welches zudem die Klassenunterschiede in der Erwerbstätigkeit teilweise erklärt. *Anna Hokema* (Bremen) konzentrierte sich in ihrem Vortrag »I am a pensioner, but I'm an employee, an employable pensioner – Die subjektive Erfahrung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze« auf das Erleben bezahlter Arbeit. Auf Basis problemzentrierter Interviews mit erwerbstätigen RentnerInnen stellte sie eine Typologie vor, die drei Haupttypen der Erfahrung von Erwerbstätigkeit im Rentenalter unterscheidet.

Im zweiten Block der Veranstaltung wurde der Blick auch auf nicht-bezahlte Arbeit ausgeweitet, die besonders unter Geschlechteraspekten diskutiert wurde. *Alexandra Rau* und *Noémi Sebök-Polyfka* (beide München) zeigten in ihrem Vortrag »Arbeit trotz Ruhestand! Weibliche Perspektiven auf prekäres Alter(n) im Vergleich« wie sich die jeweilige institutionelle Rahmung von Erwerbstätigkeit und sozialer Sicherung in den Erwerbs- und Familienbiographien von (inzwischen) alleinstehenden älteren Frauen in

Westdeutschland und der Slowakei widerspiegelt. Letztere befinden sich in einer prekären finanziellen Lage und sind spezifischen Konstellationen von belastender und schlecht entlohnter Erwerbs- sowie fortgesetzter familialer Reproduktionsarbeit ausgesetzt. *Yvonne Rubin* (Fulda) legte in ihrem Vortrag zu »Care-Tätigkeiten in Bürgerhilfevereinen – Zur Reproduktion traditioneller Geschlechterverhältnisse im Engagement jenseits des Erwerbslebens« erste Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu freiwilligem Engagement älterer Menschen vor. Ihre Befunde zeigen, dass sich die gesellschaftliche Geringschätzung von Care-Tätigkeiten vor dem Ruhestand in eine hierarchisierende Differenzierung *innerhalb* der (care-orientierten) Tätigkeiten in Bürgerhilfevereinen übersetzt. In dieser werden eher durch Frauen organisierte »soziale« Angebote einerseits von sachorientierten »Dienstleistungen« andererseits unterschieden und tendenziell abgewertet.

Auch im dritten Block der Veranstaltung standen freiwilliges Engagement und unbezahlte Tätigkeiten im Mittelpunkt. In ihrem Vortrag zu »Bürgerhilfevereine als Partner der Daseinsvorsorge und Pflege« präsentierten *Roger Glaser* und *Martina Ritter* (beide Fulda) qualitative Befunde dazu, wie freiwillige Tätigkeiten von den Engagierten wahrgenommen werden. Die helfenden älteren Personen erfahren ihren Einsatz manchmal in ambivalenter Weise: Ihre Präferenzen für Autonomie und Flexibilität des Engagements treffen auf eine dienstleistungsorientierte und oft auf konkrete Helfende bezogene Anspruchshaltung seitens der Hilfebedürftigen. In ihrem Beitrag »Arbeitende Kunden im Alter« problematisierten *Stefanie Porschen-Hueck* (München) und *Margit Weibrich* (Augsburg), wie Ältere als arbeitende Kunden in die Organisationsprozesse von Banken eingebunden werden, etwa bei der Interaktion am Bankschalter oder finanziellen Entscheidungen. Die Bankbeschäftigten fühlen sich nicht selten überfordert, wenn Kunden wegen einer Demenzerkrankung Normalitätserwartungen nicht entsprechen. Sie entwickeln aber oft erfolgreiche Strategien des Umgangs mit diesen Älteren, die manchmal in gezielte Fortbildungen zur Entwicklung entsprechender Kompetenzen münden. *Elisabeth Schlemmer* (Weingarten) beschäftigte sich in ihrem Referat mit der »Bildungsassistenz in Schule und Betrieb – Ehrenamt der älteren Generation zur Förderung von Jugendlichen«. Dabei gab sie Einblicke in Programme intergenerationaler Bildungsassistenz in den USA, England, Irland, Italien, Deutschland und Frankreich und skizzierte, wie die legitimatorischen Leitideen dieser Programme mit Wohlfahrts- und Familienregimen zusammenhängen.

Der letzte Teil der Veranstaltung widmete sich den normativen, sozialpolitischen und praktischen Dimensionen von (vor allem bezahlter) Arbeit im Rentenalter. *Steffen Hagemann* (Bremen) ging in seinem Vortrag »Arbeit im Alter als Gegenstand politischen Deutungswissens: Ein Vergleich der Diskussion unter sozialpolitischen Akteuren in Deutschland und Großbritannien« der Frage nach, wie politische Akteure (Gewerkschaften, Parteien etc.) Arbeit im Alter sowie die Verlängerung des Erwerbslebens interpretieren und bewerten. Er zeigte, wie das politische Deutungswissen mit den politischen Positionen der Akteure zusammenhängt und diese legitimiert. *Leena Pundt* (Bremen) präsentierte »Dimensionen eines Silver Worker Index«. Der auf Experteninterviews beruhende Index soll als multidimensionales Messinstrument Attribute des guten organisationalen Umgangs mit älteren MitarbeiterInnen insbesondere kurz vor dem Übergang in den Ruhestand und im Rentenalter erheben. Er umfasst u. a. Aspekte der Organisationskultur, des Gesundheitsmanagements, des Übergangs in die Ruhestandsphase und der Beschäftigung im Ruhestandsalter. In ihrem Vortrag »Erwerbstätigkeit im Rentenalter – sozialpolitische Probleme und Implikationen« gab *Jutta Schmitz* (Duisburg-Essen) einen Überblick über zentrale Befunde zur Erwerbstätigkeit im Ruhestand und hob den Einfluss sozial- und arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen hervor. Detaillierter diskutierte sie dann Regelungen des Übergangs in den Ruhestand, des steigenden Rentenzugangsalters und des Aufschubs von Rentenzahlungen, Anreize zum Weiterarbeiten bei Rentenbezug sowie arbeitsrechtliche Bedingungen der Beschäftigung in der Ruhestandsphase.

In der von *Harald Künemund* (Vechta) geleiteten Abschlussdiskussion wurden neben Fragen epistemologischer und methodischer Zugänge vor allem grundsätzliche Probleme der Lebenslaufgestaltung aufgeworfen, die sich aus den Vorträgen ergaben. Ziel rahmender Sozial- und Lebenslaufpolitik sollte es sein, Nachteile von Personen mit unterbrochenen bzw. durch Reproduktionsarbeit geprägten Erwerbsbiographien auszugleichen, und diejenigen in anstrengenden Tätigkeiten und mit ungünstiger Work-Life-Balance zu entlasten. Neben einer schon vor vielen Jahren diskutierten Arbeitszeitverkürzung müssten dazu Modelle der Umverteilung von (Reproduktions-)Arbeit und anderen Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern und über den Lebenslauf sowie neue, zurzeit noch utopische Ansätze der sozialen Sicherung insbesondere in die Altersphase hinein diskutiert und umgesetzt werden.

Steffen Hagemann, Thomas Lux und Simone Scherger

Sektion Arbeits- und Industriesoziologie

Frühjahrstagung »Konflikt(e) um Arbeit«

Die Frühjahrstagung der Sektion fand am 11. und 12. Juni 2015 an der Universität Göttingen statt und wurde von 60 TeilnehmerInnen besucht. Das Tagungsthema hatte angesichts der zahlreichen vehementen Arbeitskämpfe in der ersten Jahreshälfte 2015 insbesondere in den Bereichen Bahn, Luftverkehr, Post, Logistik, Sozial- und Erziehungsdienste und Handel eine besondere Aktualität gewonnen. Dabei sind Konflikte um Arbeit keineswegs auf normierte Arbeitskämpfe beschränkt. Bereits die Transformation von Arbeitsvermögen in Arbeitsleistung ist ein zutiefst konfliktträchtiger Prozess, in dem die Interessen von Arbeit und Kapital aufeinander treffen und an dem sich mikropolitische Auseinandersetzungen entzünden. Im Mittelpunkt der Tagung, die in fünf Panels mit je zwei Vorträgen gegliedert war, standen folglich Veränderungen der Formen arbeitspolitischer Auseinandersetzung auch »diesseits« der Ebene formeller Arbeitskämpfe und die damit korrespondierende Frage, wie diese Veränderungstendenzen theoretisch gefasst werden können.

Das erste Panel beschäftigte sich mit Interessenorientierungen von Beschäftigten auf der betrieblichen Ebene. *Wolfgang Menz* (München) und *Knut Tullius* (Göttingen) argumentierten anhand empirischer Befunde zu Fällen von Standortschließungen in der IT-Branche und im Einzelhandel, dass der bislang übliche Tausch von Beschäftigungssicherheit gegen Verzicht auf individuellen Einfluss in Bezug auf Arbeitsgestaltung und Einkommen von Seiten des Managements zunehmend in Frage gestellt werde. Dabei sei die verbreitete Kritik von Beschäftigten an Würdeverletzung (Einzelhandel) bzw. Rationalitätsverletzung (IT) eher als Ausdruck von Verunsicherung der Beschäftigten denn als Delegitimierung sozialpartnerschaftlicher Orientierungen zu verstehen. *Mario Becksteiner* (Göttingen) knüpfte in seiner Analyse zunehmender, aus Sicht der Beschäftigten teils widersprüchlicher und letztlich folgenloser, Controlling-Anforderungen in Unternehmen an das Thema Legitimationsprobleme betrieblicher Herrschaft an. Vom Management als Element von Marktsteuerung präsentiert, von Beschäftigten hingegen als unproduktive Erweiterung bürokratischer Steuerung wahrgenommen, werde Subjektivität im Rahmen exzessiven Controllings in Dienst genommen und gleichzeitig ihre Äußerung ad absurdum geführt.

Das zweite Panel nahm Konflikte um betriebliche Arbeitsorganisation in den Blick. *Markus Hertwig* (Chemnitz), *Johannes Kirsch* (Duisburg) und

Carsten Wirth (Darmstadt) befassten sich mit Onsite-Werkverträgen als Instrument von Unternehmen zur Vergabe von betrieblichen Teilprozessen an Fremdfirmen. Dadurch werde die Einheitlichkeit des Betriebs als bislang übliche Grundlage für die Organisation der Interessenvertretung aufgelöst. Tendenziell befördere das Phänomen eine Erosion industrieller Beziehungen. *Peter Birke, Roland Budz, Kristin Carls, Juliane Imbusch, Jürgen Kädtler, Stefan Kerber-Clasen, Thomas Stieber* und *Ulrike Weber* (Göttingen) analysierten den Kita-Streik 2015 als Streit um die betriebliche wie gesellschaftliche Anerkennung von Care-Tätigkeiten. Außerdem zeige der Streik Besonderheiten von Arbeitskämpfen im Dienstleistungsbereich: Beschäftigte zögerten, ihre Kunden (Eltern und Kinder) zu bestreiken, und könnten speziell im öffentlichen Dienst kaum Druck auf »Arbeitgeber« (die Kommunen) ausüben.

Im dritten Panel standen nicht-normierte Arbeitskonflikte im Zentrum des Interesses. *Philipp Staab* (Hamburg) entfaltete die These, dass bei gering qualifizierten Dienstleistungen eine Horizontalisierung des Arbeitskonfliktes festzustellen sei: Das Management setze zunehmend auf neue Formen personaler Herrschaft, und die Beschäftigten konkurrierten unter- und gegeneinander um schmale Privilegien und einen relativen Aufstieg im Rahmen von Günstlingsmodellen. Die Zersplitterung des Klassenkonfliktes in Europa durch nicht-normierte Konflikte war auch Gegenstand des Vortrages von *Stefan Schmalz* und *Steffen Liebig* (Jena). Nicht-normierte Konflikte (wie politische Massenproteste, »wilde« Betriebskonflikte und »riots« im Sinne städtischer Unruhen), die sich oft gegen »den Staat« wendeten, hätten seit der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008 ff.) zugenommen, während Proteste von Arbeitenden gegen Unternehmen rückläufig seien.

Am zweiten Tag wurden zunächst im vierten Panel normierte Arbeitskonflikte in den Blick genommen. *Alexander Gallas* (Kassel) befasste sich mit den Veränderungen von Arbeitskämpfen im Großbritannien des 21. Jahrhunderts. Die Frage »Kommt der Streik zurück?« sei für Großbritannien aufgrund eines niedrigen Referenzniveaus seit der Thatcher-Ära nicht umstandslos zu bejahen. Zugenommen hätten speziell Streiks mit einer stark ausgeprägten politischen Dimension, etwa wenn gegen Rentenreformen der Regierung gestreikt werde. Damit erhalte die »Politik des Streiks« einen grundlegend anderen Charakter. Der Beitrag von *Matthias Dütsch* und *Olaf Struck* (Bamberg) lenkte den Blick wieder zurück auf Deutschland. Analysiert wurde auf der Grundlage einer eigenen Beschäftigtenbefragung, inwiefern die Lohnverhandlungen durch Berufsgewerkschaften (wie GdL, Cockpit oder Marburger Bund), die regelmäßig »exklusive Gehaltszuwäch-

se« durch Abweichungen von Branchentarifverträgen mit Hilfe von Öffnungsklauseln durchsetzen, die Gerechtigkeitsvorstellungen anderer Beschäftigter verletzen. Interessanterweise zeigt sich die Mehrheit der Befragten gerade aufgrund der erfolgreichen Arbeitskämpfe der Berufsgewerkschaften in ihrem eigenen interessenpolitischen Engagement eher gestärkt.

Das fünfte Panel widmete sich schließlich dem Formwandel von Arbeitskonflikten. Im ersten Beitrag fokussierte *Oliver Nachtwey* (Darmstadt) auf das Verhältnis von Anerkennung und Bürgerstatus im Kontext des Wandels von Arbeitskonflikten. Im Dienstleistungssektor vollziehe sich eine Re-Moralisierung des Arbeitskonflikts dahingehend, dass Fragen der Anerkennung gegenüber Verteilungsfragen an Bedeutung gewinnen und Arbeitskonflikte vermehrt auf grundlegende gesellschaftliche Anliegen und auf den Bürgerstatus im Betrieb gerichtet seien. Anknüpfend an die auf der Tagung allgemein geteilte Diagnose, dass sich Arbeitskämpfe zunehmend in den stark durch weibliche Beschäftigte geprägten Dienstleistungssektor verlagerten, konstatierten *Ingrid Artus* und *Jessica Pflüger* (Erlangen-Nürnberg), dass Genderaspekte in der Forschung zu Industriellen Beziehungen nur vereinzelt in die Analyse einbezogen würden. Insbesondere fehlten Überlegungen zu Forschungsstrategien, dieses Defizit zu beheben: Sollte man den Fokus auf Frauenstreiks richten – oder auf gemischtgeschlechtliche Konflikte in neuen Branchen? Sei es vielversprechend, die spezielle Rolle von Frauen in solchen Konflikten zu untersuchen, oder sollte man davon Abstand nehmen?

Ein Ergebnis der Tagung, die sich durch eine ausgesprochen konstruktive Diskussionsatmosphäre auszeichnete, war die Erkenntnis, dass sich »Konflikt(e) um Arbeit« aus verschiedenen Quellen speisen – aus Auseinandersetzungen um Arbeitsverhältnisse und Verträge, aber auch um Anerkennung und um ein Arbeiten in Würde. Konflikte um Arbeit weisen damit in doppelter Hinsicht über den Betrieb als traditionellen Fokus der Arbeits- und Industriesoziologie hinaus: Zum einen sind sie eng mit gesellschaftlichen Legitimitätsvorstellungen verbunden. Zum anderen erleben wir eine Politisierung von Arbeitskonflikten, in denen zunehmend nicht das Kapital, sondern der Staat als Gegenüber fungiert. Die Diskussion über die Konsequenzen dieser Befunde für künftige arbeitssoziologische Forschung hat begonnen. Wir sind gespannt, wohin sie uns führen wird.

Nicole Mayer-Ahuja, Wolfgang Dunkel und Frank Kleemann

Sektion Bildung und Erziehung

Frühjahrstagung »Passungsverhältnisse im Bildungssystem. Beiträge zur theoretischen und empirischen Systematisierung einer Forschungsheuristik« am 8. und 9. Mai 2015 in Marburg

Im Zentrum der an der Philipps-Universität Marburg ausgerichteten Frühjahrstagung stand das Thema Passungsverhältnisse im Bildungssystem. Der Begriff der »Passung« scheint *einerseits* ein geeignetes Konstrukt, um spezifische Übereinstimmungen zwischen Subjektkonstellationen oder auch zwischen Subjekt- und Institutionenbeziehungen abbilden zu können. *Andererseits* bleibt der Begriff der Passung in vielen Zusammenhängen bisher theoretisch unterentwickelt, sodass eine Schärfung des Konzeptes noch aussteht. Daher diene die Frühjahrstagung *zum einen* dazu aufzuzeigen, in welcher Weise der Passungsbegriff in bildungssoziologischen Studien aufgegriffen und verwendet wird, um daran mögliche theoretisch-begriffliche Verkürzungen zu diskutieren. *Zum anderen* sollte auf eine Systematisierung des Begriffes der Passung in seinen verschiedenen Bedeutungen und Bezugsebenen hingewirkt und nach seinem Potenzial für die theoretische Fundierung bildungssoziologischer Fragestellungen und Perspektiven gefragt werden.

Den Auftakt zum ersten Themenfeld *Passungsverhältnisse in beruflichen Kontexten* bildeten die Analysen *Christian Ebners* (Köln) zur Passung von dualer Ausbildung und Arbeitsmarkt. Für die quantitative Erfassung dieses sehr komplexen Zusammenhanggefüges schlug er vier Analysedimensionen vor: die Passung zwischen dem dualen Ausbildungssystem zum Erwerbssystem, zu den Berufen, zur Fachtätigkeit und zum Ausbildungsbetrieb. Mit ihrem Beitrag zu betrieblicher Passung griff *Caroline Janz* (Freiburg) eine der vorgeschlagenen Analysedimensionen auf und fragte auf der Basis von qualitativen Interviews mit Personalverantwortlichen von Klein-, Mittel- und Großbetrieben nach deren Vorstellungen über zum Betrieb »passende« BewerberInnen. *Marc Holland-Cunz* (Esslingen) verwies mit seinem Vortrag auf eine weitere Dimension von »Passung in beruflichen Kontexten des Bildungssystems, indem er auf der Basis einer Interviewstudie nach den Friktionen in der Kooperation von Lehrkräften und SchulsozialarbeiterInnen fragte, als deren Quelle unterschiedliche »professionelle Habitus« ausgemacht wurden.

Tobias Sander (Hannover) leitete mit seinem Vortrag in den zweiten Themenschwerpunkt *Passungsverhältnisse im Studium* ein. Er richtete seine

Analyse auf Studierende des dritten Bildungsweges (BQ-Studierende), die ihren Hochschulzugang aufgrund beruflicher Qualifikation erlangen und häufiger aus Milieus mit geringem Bildungskapital stammen. Einer anderen Gruppe von Studierenden wendet sich *Thomas Spiegler* (Friedensau) in seiner Studie zu. Anhand von Interviews mit StipendiatInnen der Studienstiftung des deutschen Volkes aus nicht-akademischen Herkunftsmilieus stellte er eine theorieorientierte Modellierung von Bildungsaufstiegen vor, in der auch innerhalb der Gruppe der AufsteigerInnen Differenzierungen sichtbar werden.

Das dritte Themenfeld *Interinstitutionelle Passungsverhältnisse* eröffnete *Jana Heinz* (München), die sich in ihrem Vortrag bürgerschaftlichen Initiativen zuwandte, die sich thematisch im Fokus Bildungsbenachteiligung verorten. Ihre Analysen zielten auf die Fragestellung, wie Passungsverhältnisse in Bildungsbiographien durch die Einbindung bürgerschaftlicher Akteure moderiert werden und in welcher Weise in der Zusammenarbeit der bürgerschaftlichen Akteure mit SchülerInnen, deren Eltern und Lehrkräften interinstitutionelle Logiken aufeinandertreffen. *Helmut Bremer* und *Mark Kleemann-Göbring* (Duisburg-Essen) befassten sich in ihrem Beitrag mit Jugendverbänden und fragten für dieses »Feld des Übergangs« nach den interinstitutionellen Passungsverhältnissen zwischen Milieu, Engagement und formalem Bildungswesen. Jugendverbände werden demnach als Bildungsorte wirksam, die einerseits Raum für den Erwerb von Strategien schaffen, die eng auf den Erfolg im Bildungswesen zugeschnitten sind, andererseits aber auch andere Formen von Anerkennung bereitstellen. Eine weitere Dimension interinstitutioneller Passungsverhältnisse griff *Tobias Peter* (Freiburg) auf, indem er deren diskursive Herstellung in den Blick nahm. Anhand von Stellungnahmen unterschiedlicher Bildungsinstitutionen und politischen Akteuren zeigte er, dass sich das Bildungsverständnis zunehmend ökonomisiert und sich dieser Trend auch als diskursiver Hintergrund von Passungsverhältnissen durchsetzt.

Der zweite Kongresstag wurde durch einen Vortrag von *Rolf-Torsten Kramer* (Halle an der Saale) eröffnet. Kramer plädierte für eine verbindende Analyse zwischen der Schulkultur als dominante Anforderungs- und Anerkennungsstruktur, die differente Anschlussmöglichkeiten und damit Anerkennung, Verstärkung, aber auch Zurückweisung von milieuspezifischen Orientierungen und Praktiken mit sich bringt, und den generationalen Transmissionsdynamiken in den Familien. Mit habituellen Passungen, konkret mit dem Passungsverhältnis von SchülerInnen zum Fach Französisch

beim Übergang in die Sekundarstufe II beschäftigte sich auch *Matthias Grein* (Hamburg, Göttingen). Seine Analysen fußen auf Interviews mit SchülerInnen aus zehnten und elften Französischklassen zweier Gymnasien. Um geschlechtsspezifische (Nicht-)Passungen ging es auch im anschließenden Vortrag von *Katharina Kanitz* und *Jochen Wissinger* (Gießen). Sie referierten über Einstellungen und Orientierungen von männlichen Jugendlichen zur Schule und präsentierten hierzu erste Erkenntnisse aus Gruppendiskussionen mit Hauptschülern und Gymnasiasten.

Hannah Burger und *Julia Elven* (Augsburg) eröffneten mit ihrem Vortrag zu den Rekonstruktionen von Passungsverhältnissen in berufsbiographischen Erzählungen von NachwuchswissenschaftlerInnen das letzte Themenfeld *Passung aus praxistheoretischer Perspektive*. Im Rahmen eines Verbundvorhabens aus zwei Teilprojekten nehmen die Forscherinnen das Zusammenwirken von habituellen und institutionellen Ermöglichungsstrukturen und Begrenzungen der Laufbahnen von NachwuchswissenschaftlerInnen in der frühen PostDoc-Phase in den Blick. Diese gemeinsame praxistheoretische Perspektive auf Passungsverhältnisse diskutierten auch *Jörg Schwarz* und *Franziska Teichmann* (Marburg), die das zweite Teilprojekt aus dem Verbundvorhaben präsentierten. Ihre Interviews mit den BetreuerInnen der im ersten Teilprojekt untersuchten NachwuchswissenschaftlerInnen ermöglichen, genauer zu untersuchen, wie auf der Ebene grundlegender Haltungen wechselseitige Affinitäten und Anschlussfähigkeiten an der praktischen Hervorbringung von akademischen Karrieren im wissenschaftlichen Alltag beteiligt sind. *Steffen Amling* (Hamburg) rundete das Themenfeld mit seinen Ausführungen über »Passungsverhältnisse aus der Perspektive einer dokumentarischen Organisationsforschung« ab. Mit Verweis auf vorliegende Arbeiten zum Verhältnis von Organisation und Milieu diskutierte er unter anderem, ob und welche Formen pädagogischer Wahrnehmungspraxen Einfluss auf die (Re)Produktion sozialer Ungleichheit haben.

Die Vielseitigkeit in der Verwendung von Passungskonzepten verweist – wie die Beiträge der Tagung eindrucksvoll unter Beweis stellten – einerseits auf ihr Potenzial als analytisches Instrument, macht aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit deutlich, für diese unterschiedlichen Untersuchungskontexte weiterhin an der konzeptionellen Schärfung zu arbeiten, um es so theoretisch fundiert für die Bearbeitung bildungssoziologischer Fragestellungen fruchtbar zu machen.

Christina Möller

Sektion Familiensoziologie

Herbsttagung »Regionale und soziale Rahmenbedingungen der Familie« am 1. und 2. Oktober 2015 in Heidelberg

Den Auftakt der Tagung bildeten Vorträge, die sich mit der Bedeutung der Kinderbetreuung auseinandersetzten. *Christian Schmitt* (Rostock) und *Pia Schober* (Berlin) untersuchten deren Rolle für die Müttererwerbstätigkeit und die Zufriedenheit der Eltern, *Gundula Zoch* (Bamberg, Berlin) und *Pia Schober* sprachen über den Zusammenhang von Kinderbetreuung und Einstellungsveränderung, und *Sabine Keller* (Chemnitz) untersuchte die Bedeutung der Kinderbetreuung – im Zusammenwirken mit religiöser Eingebundenheit – für die Anzahl der Kinder. Eine höhere Zufriedenheit mit den Betreuungsmöglichkeiten ist stark an deren Nutzung und weniger an ihre Verfügbarkeit gekoppelt. In Westdeutschland geht eine Vollzeitbeschäftigung mit einer geringeren Familienzufriedenheit der Mütter einher; in Ostdeutschland gilt dies bei ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht. Der Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung hat außerdem einen moderaten Einfluss auf die Veränderung familienrelevanter Einstellungen. Ein besseres Betreuungsangebot fördert im Osten die Einkindfamilie und hemmt im Westen die Mehrkindfamilie. Und je mehr Personen in westdeutschen Kreisen an eine Konfession gebunden sind, desto höher die Kinderzahl; im Osten ist dagegen eher die eigene religiöse Bindung ausschlaggebend. Die erste Session wurde abgerundet mit einem Beitrag von *Yves Jeanrenaud* (München) zu Geschlechterrollen und Habitus in der Konstruktion von Elternschaft am Beispiel von Ingenieur_innen. In seiner Studie erweist sich die Berufs- und Studienwahl als Schlüssel zur professionellen Identitätskonstruktion.

Die zweite Session begann mit einem Beitrag von *Daniel Baron* (Aachen) und *Ingmar Rapp* (Heidelberg). Sie untersuchten in ihrem Vortrag anhand quantitativer Analysen an Daten aus einem Forschungsprojekt, ob eine Befristung bzw. der Grad wahrgenommener Prekarität beruflicher Beschäftigung einen verzögernden Einfluss auf Institutionalisierungsschritte der Partnerschaft – Kohabitation, Heirat, Elternschaft und Immobilienkauf – ausübt. Während Immobilienerwerb bei befristeter Beschäftigung verzögert wird, wirkt sich eine prekäre Beschäftigung hemmend auf die Wahrscheinlichkeit einer Eheschließung sowie einer Familiengründung aus. *Ulrike Thiele-Manjali* (Göttingen) stellte Befunde aus einer qualitativen Studie mit narrativen Paar-Interviews vor, in der Deutungen von Paarbezie-

hungen als Grundlage sozialer Grenzziehungen im Fokus standen. Bereits die Rekrutierung der Interviewpersonen zeigte eine normative Dominanz des »hegemonialen Paares«, welches aus verheirateten, deutschstämmigen, weißen, heterosexuellen Partnern mittleren Alters besteht. Deutungen der aktuellen Partnerschaft erfolgen nach den Ergebnissen häufig vor dem Hintergrund bzw. im Kontrast zu vergangenen Paarbeziehungen. Ebenfalls mittels längsschnittlicher qualitativer Paarinterviews ging *Jacqueline Klesse* (Siegen) der Frage nach, wie Paare Entscheidungen bezüglich des Institutionalisierungsprozesses ihrer Partnerschaft – hier insbesondere bezüglich der Gründung eines gemeinsamen Haushalts – treffen. Offenbar gibt es unterschiedliche Abläufe im Entscheidungsprozess zum Zusammenzug, in denen die Entscheidung entweder (1) eher sequentiell verläuft und durch äußere Gelegenheiten befördert wird, (2) als gleichberechtigte dyadische Entscheidung auf Basis partnerschaftsbezogener Wahrnehmungen oder (3) auf Basis gemeinsamer Werte und äußerer Restriktionen getroffen wird.

Der zweite Tag begann mit Vorträgen zum Themenkomplex »Regionale und soziale Rahmenbedingungen von Scheidungen und Verwandtschaftsbeziehungen«. Der erste Vortrag von *Thorsten Kneip* und *Gerrit Bauer* (beide München) befasste sich mit den sozialen und demographischen Konsequenzen unilateraler Scheidungen. Anhand der SHARELIFE-Daten konnten die beiden Autoren einen positiven Effekt der Ausgestaltung des Scheidungsrechts auf die Scheidungswahrscheinlichkeit und das Heiratsalter feststellen. Im anschließenden Vortrag gingen *Janosch Schobin* (Kassel) und *Julia Habmann* (Vechta) anhand der ISSP-Daten der Frage nach, welche Faktoren die Überlappung von Freundschaft und Verwandtschaft beeinflussen. Es zeigte sich, dass sowohl demographische, sozialstrukturelle als auch kulturelle Faktoren die Wahl von engen FreundInnen aus der Verwandtschaft bedingen. Im letzten Vortrag der Session beschäftigte sich *Ariane Bertogg* (Zürich) mit dem Einfluss des regionalen Kontextes auf familiäre Übergänge und Generationenbeziehungen. Anhand der Schweizer TREE-Daten konnte sie insbesondere einen Zusammenhang zwischen Kontextfaktoren wie der Arbeitsmarktlage, sozialstaatlichen Regelungen sowie religiösen Praktiken und der Ausgestaltung von Intergenerationenbeziehungen zeigen.

Die letzte Session befasste sich mit den regionalen und sozialen Rahmenbedingungen der partnerschaftlichen Arbeitsteilung und der Fertilität. *Martin Abraham*, *Sebastian Bähr*, *Katharina Diener* und *Gerhard Krug* (Erlangen-Nürnberg) befassten sich in ihrem Beitrag mit dem Einfluss flexibler Ar-

beitszeiten der Väter auf ihre Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs der Mütter. Die Ergebnisse ihres faktoriellen Surveys zeigen, dass das Verhalten der Väter eher von den Wiedereintrittschancen der Mütter abhängt als von der Familienfreundlichkeit ihres Arbeitgebers. Anschließend betrachteten *Patrick Schanz*, *Christian Alt* und *Michaela Schier* (alle München) mit den AID:A II-Daten die Effekte räumlicher Rahmenbedingungen auf die Erwerbskonstellationen und das *Well Being* in der Familie. Und *Angelika Tölke* (München) untersuchte, welche Faktoren den Wunsch nach einem weiteren Kind beeinflussen. Dieser ist unter anderem in verstärkten Regionen deutlicher ausgeprägt als in Ballungsgebieten. Die Tagung endet mit einem Beitrag von *Martin Bujard* (Wiesbaden) und *Melanie Scheller* (Wiesbaden). Sie stellen dem Konzept der *Total Fertility Rate* das der Kohortenfertilität gegenüber, in welchem die endgültige Kinderzahl besser zum Ausdruck kommt, entwickeln ein Schätzmodell auf der Basis des Zensus 2011 und analysieren die Variation der CFR auf Kreisebene. Diese hängt insbesondere von Kompositionseffekten ab; eine besonders hohe CFR findet sich aber auch bspw. bei geringem Urbanisierungsgrad und bei katholischer Prägung des Kreises.

Oliver Arránz Becker, Matthias Pollmann-Schult und Johannes Stauder

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Bericht zu den Veranstaltungen der Sektion auf dem 37. Kongress der DGS vom 6. bis 10. Oktober 2014 in Trier

Die Sektionsveranstaltungen der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung beim Kongress in Trier hatten das Thema »Methodischer Multikulturalismus. Datenkombination als Experimentierfeld« zum Gegenstand. Viele Studien der qualitativen Sozialforschung verfolgen komplexe Fragestellungen, die nach einer Kombination unterschiedlicher Datentypen und verschiedener Interpretationsformen verlangen. Ziel der mit 40 bis 50 Personen gut besuchten Veranstaltungen war die Diskussion von Datenkombinationen, die Interpretation von heterogenem empirischen Material und die Reflexion des vielfältigen methodischen Zugriffs auf dieses.

Insgesamt sechs Vorträge zeigten vor dem Hintergrund eigener Forschungserfahrung, welche Probleme beim methodischen Perspektiven-

wechsel auftauchen, welche Gewinne der Wechsel analytischer Einheiten erbringt und wie aus dem Nebeneinander von Datentypen ein (oder auch: kein) produktives Miteinander von Methoden werden kann.

Zunächst stellten *Barry Cooper* und *Judith Glaesser* (Durham, UK) anhand einer Untersuchung zu Bildungsentscheidungen die Kombination von Datentypen und Analyseformen in der *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) vor. Auf der Basis von Daten aus dem SOEP wurde zunächst eine Typologie von Fällen erarbeitet, die wiederum den Ausgangspunkt für prozessanalytische Interviews bildete. Sie diskutierten die QCA als ein Verfahren, mittels dessen sich fallübergreifende Analysen mit Fallanalysen kombinieren lassen und mittels dessen sich eine Reduktion auf Variablenanalyse vermeiden lasse.

Heike Ohlbrecht (Magdeburg) und *Susanne Bartel* (Berlin) stellten ein Forschungsprojekt vor, das mit verschiedenen Datentypen (Aktenanalyse, *think-aloud*-Protokolle und Leitfadeninterviews) ärztliche Entscheidungsprozesse bei der Begutachtung von Rentenantragsverfahren untersucht. Die Analyse dieser Datentypen zeigte Unterschiede zwischen legitimierten Verfahren und vollzogener Praxis. Erst die Kombination der verschiedenen Materialien erlaubte eine Interpretation, welche den komplexen Entscheidungsprozess und seine verschiedenen Akteure deutlich machte.

Anna Spiegel (Bielefeld) untersuchte *global manager* als Objekte ethnographischer Forschung. Anhand von Daten aus einem DFG-Projekt zeigte sie, wie die Hypermobilität des Feldes die Ambitionen des Projekts, dichte Fälle zu produzieren, unterlief und zu einer Heterogenität von dichten und dünnen Fällen führte. Sie diskutierte, wie mit heterogenen und teils widersprüchlichen Daten umgegangen werden kann (und muss) – und wieviel Komplexität ein einzelnes Forschungsprojekt überhaupt zu (er-)tragen vermag.

Juliane Böhme (Berlin) präsentierte Datenmaterial aus einem Projekt über Prozesse der Entscheidungsfindung, das mittels ökonomischer Laborexperimente durchgeführt wurde. Anhand von Beobachtungsprotokollen, Videoaufzeichnungen und Interviews zeigte ihr Beitrag unter Bezug auf die Rolle des qualitativen Experiments bei Garfinkel und Kleinig, wie ein (quantitatives) Experiment als Datenkorpus für ein qualitatives Projekt fungieren kann und welche Rolle die kontrollierten Variationen der Bedingungen im Labor dabei spielten.

Kerstin Stark, *Carolin Neubert* und *Stephan Lorenz* (Jena) kombinierten in einer Fallstudie am Beispiel einer Stadtimkerei die ethnographische Strategie »follow the actor« mit den kontrastiven Verfahren der Grounded

Theory sowie der Akteur-Netzwerk-Theorie. Die Kombination der verschiedenen Verfahren und Ansätze führte zu der Frage nach den Akteuren und zu den Bedingungen der »Mensch-Bienen-Koexistenz« in ihren heterogenen Netzwerken.

Nicole Burzan (Dortmund) lenkte das Augenmerk darauf, dass Datenkombinationen von ihrem Ziel her zu denken seien und der Forschungsprozess von Beginn an die Methoden und die mit ihnen generierten Datentypen zu lenken habe. Anhand einer empirischen Untersuchung, die mit Leitfadeninterviews zur »verunsicherten Mittelschicht« arbeitete, zeigte sie, wie problematisch sich eine Kombination der qualitativen Daten aus den Interviews mit einer quantitativen Befragung gestalten kann. Ein weiteres empirisches Beispiel, ein Projekt mit mehreren eigenständigen Teilstudien zum Kulturangebot von Museen, veranschaulichte, wie systematische Zusammenhänge einzelner Befunde durch reflektierte Datenkombination und eine konsequente Planung vom (Erkenntnis-)Ziel aus hergestellt werden können.

In den Diskussionen der einzelnen Vorträge, die so heterogene Akteure wie Verhaltensökonominnen (und ihre Probanden) und Honigbienen (und ihre Imker) als Untersuchungsgegenstand hatten, kehrten mehrere Punkte und Fragen wieder: Gibt es in diesen Methodenkombinationen eine Integrationsinstanz, die sich methodisch begründen lässt? Welche Zwänge verursachen Methodenkombinationen, die der Offenheit des Forschungsprozesses abträglich sind? Haben sich Hybridisierungen der einzelnen Methoden ergeben? Wo und wie wurden die Daten miteinander in Zusammenhang gebracht und sind Verknüpfungen der Teilergebnisse überhaupt möglich? Diese und andere Fragen führten zu intensiven Diskussionen zu den einzelnen Vorträgen, aber auch über die verschiedenen Vorträge hinaus.

Ruth Ayaß

Sektion Soziologie des Körpers und des Sports und Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Frühjahrstagung »Der Körper als Subjekt qualitativer Sozialforschung« am 6. und 7. März 2015 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Ist der Körper in der Soziologie mittlerweile ein wohl etabliertes Untersuchungsobjekt, so gilt das kaum für den Körper als Forschungssubjekt. Selbst wenn die Subjektivität wissenschaftlichen Arbeitens methodologisch reflektiert wird, richtet sich die Aufmerksamkeit selten auf die Bedeutung der Leibhaftigkeit der Soziologin und des Soziologen für die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die gemeinsame Frühjahrstagung der Sektionen Soziologie des Körpers und des Sports und Methoden der qualitativen Sozialforschung griff dieses Desiderat auf. In acht Vorträgen gingen die zehn Referentinnen und Referenten der Frage nach, auf welche Weise die Leiblichkeit und Körperlichkeit der Soziologin und des Soziologen am Forschungsprozess beteiligt sind, welche Erkenntnischancen und welche praktischen wie auch theoretischen Schwierigkeiten damit verbunden sind.

Anke Abraham (Marburg) eröffnete die Tagung mit einem Vortrag, der drei grundlegende Fragen behandelte: Worin liegen die besonderen Potenziale des Körpers und vor allem des Leibes als Erkenntnisquellen in der qualitativen Sozialforschung? Unter welchen Bedingungen kommen diese Potenziale (nicht) zum Tragen? Welcher sprachlichen Übersetzungsleistungen bedarf es, um die leiblichen Resonanzen im Forschungsfeld für eine auf Sprache angewiesene Wissenschaft zugänglich zu machen? Abraham diskutierte diese Fragen exemplarisch anhand der sozialwissenschaftlich-hermeneutischen Biographieanalyse, indem sie aus einer phänomenologischen Perspektive den Forscherinnenleib in den unterschiedlichen Phasen der Biographieanalyse thematisierte. Damit war ein Rahmen aufgespannt, innerhalb dessen sich im Weiteren kontroverse Diskussionen zwischen primär ethnographischen und phänomenologischen Ansätzen entzündeten wie auch zu der zentralen Frage nach dem Verhältnis von Körper/Leib und Sprache.

Clemens Eisenmann (Bielefeld, Siegen) und *Robert Mitchell* (Mainz) präsentierten methodologische Überlegungen zum Körper des Forschers anhand zweier empirischer Untersuchungen, deren Gegenstände den eigenkörperlichen Einsatz der Forscher forderten: Taiji und Yoga. Der leib-körperliche Mitvollzug zentraler Praktiken ermöglichte zwar den Forschern das nötige Orientierungswissen, die notwendigen Kompetenzen und das *embodied*

knowledge der Praktiker, konfligierte aber, etwa bei den Meditationspraktiken, mit der Notwendigkeit des hellwachen Nach- oder Mitvollzugs. Der Vortrag zeigte, dass Praktiken, die vielfach auf Unbeweglichkeit des Körpers und Stille basieren, wie dies im Taiji und Yoga der Fall ist, nicht ohne weiteres beobachtbar sind und das »missing what« (Garfinkel), also was die Leute da tatsächlich tun, nur schwer soziologisch zu fassen ist.

Michael Staack (Frankfurt am Main) machte das Argument stark, dass der eigene »Körperleib« in ethnographischer Forschung nicht nur als Datensammelinstrument genutzt werden sollte. Wird mit dem Körperleib lediglich ein »Mehr« an Daten produziert, würde sein Erkenntnispotenzial nämlich nicht ausgeschöpft. Schließlich sei der Forscher als Körperleib aufgrund seines ihn konstituierenden Spannungsverhältnisses von Körper und Leib dazu prädestiniert, sich von den selbst gesammelten Daten befremden zu lassen. Der Vortrag diskutierte dieses Befremdungspotenzial des Körperleibs auf der Grundlage empirischen Materials aus seiner Ethnographie zu Mixed Martial Arts. Der Fokus lag dabei auf »Eigenkörperpiegelungen« mittels Spiegelbildern, Fotos, Videos und Tonbandaufnahmen, deren Spezifikum darin liege, dass man sich als Forscher auf diesen Fotos, Videos etc. nicht erkennen könne.

Veronika Magyar-Haas (Zürich) zeigte, wie die Forscherin mit leiblicher Betroffenheit auf soziale Situationen im Feld reagiert, die mit potenziell beschämenden oder gesichtsbedrohenden Interaktionen für die Teilnehmer verbunden sind. Mittels einer videographischen Sequenz aus einer Jugendeinrichtung konnte sie anhand der eigenen Kameraführung zeigen, wie die soziale Situation die Aufzeichnung der Forscherin rahmt, wie sich das Unbehagen der Forscherin auf ihre Kameraführung auswirkt und dieses Unbehagen zugleich die soziale Situation mit konstituiert. Der Beitrag zeigte, wie sich das Unbehagen der Forscherin methodisch rahmen und erkenntnisfördernd einsetzen lässt.

Birgit Heimerl (München) diskutierte die Rolle des Forscherinnenkörpers anhand einer ethnographischen Studie zur Praxis der Pränataldiagnostik. Teilnehmende Beobachtung ist immer auch körperlich-leibliche Anteilnahme am Geschehen. In ihren ethnographischen Beobachtungen von Ultraschallsprechstunden zeigte sich, dass sich die Betroffenheit der Ethnographin und ihr Gespür für situative Stimmungen einerseits als wertvolles Forschungsinstrument erweisen. Auf der anderen Seite können sich Person, Leib und Körper als »trio infernale« entpuppen und der Körper der Ethnographin im Erröten oder bei Tränen so »verräterisch« werden, dass

sie sich aus der Beobachtungssituation ausklinken muss, um eine professionelle Fassade wiederherzustellen.

Denisa Butnaru (Freiburg, Strasbourg) setzte sich in ihrem grundlagentheoretisch angelegten Vortrag mit der Bedeutung des Leibes für die Konstitution von Intersubjektivität auseinander. Basierend auf der phänomenologischen Annahme, dass »leibliches Verstehen« aufgrund der räumlich-strukturellen Ähnlichkeit menschlicher Leiber möglich sei, ging sie der Frage nach, ob oder wie das leibliche Verstehen in einer Forschungsinteraktion gelingen könne, in der die Akteure große körperlich-leibliche Unterschiede aufweisen. Ihr empirisches Beispiel dafür waren narrative Interviews mit Personen mit Zerebralparese. Butnarus These lautete, dass in der Interaktion zwischen einer nichtbehinderten Forscherin und einer Person mit einer Bewegungsstörung die Forscherin den nicht vorhandenen gemeinsamen Erfahrungsvorrat durch die Entwicklung eines »Einfühlungs-narrativs« kompensieren müsse, wofür der Fokus auf die Zwischenleiblichkeit der Interviewsituation zu richten sei.

Thorsten Benkel (Passau) setzte mit seinem Vortrag insofern einen Kontrastpunkt zu den anderen Vorträgen, als sein Forschungsgegenstand tote Körper waren (anhand empirischen Materials aus dem Bestattungswesen). Er diskutierte dabei das methodologische Problem, dass das in der Forschungsinteraktion zwischen lebenden Körpern übliche (zumindest imaginierte) *taking the role of the other* nicht funktionieren könne. Diese »fragmentarische Interaktion« zwischen lebendigem Forscherkörper und totem Forschungskörper zeige sich insbesondere beim Feldeinstieg, wo sich der tote Körper dem lebenden Forscher nicht selten als Erschrecken, Ekel, Angst, Unwohlsein, eventuell auch Neugier leiblich aufdrängt. Benkel verdeutlichte verschiedene Dimensionen des forschenden »Resonanzkörpers« in der fragmentarischen Interaktion mit toten Körpern einschließlich der methodischen Problematik, diese Resonanzen im Verschriftlichungsprozess unangemessen zu versachlichen.

Carsten G. Ullrich (Duisburg-Essen) und *Daniela Schiek* (Hamburg) widmeten sich in ihrem Vortrag den methodischen und methodologischen Problemen des Körpers in der qualitativen Online-Forschung. Sie diskutierten, wie auf der einen Seite die qualitative Sozialforschung zunächst eine körperliche Angelegenheit ist und wie körperlos auf der anderen Seite hingegen die computervermittelte Kommunikation. Jedoch weist die computervermittelte Kommunikation zahlreiche Elemente von Verkörperlichungen auf – in Telepräsenz zum Beispiel –, die zu einer Parallelität von

Ent- und Verkörperlichungen in computervermittelter Kommunikation führen, welche nicht nur konstitutiv für das Feld sind, sondern auch auf den Forschungsprozess Einfluss nehmen.

In der Schlussdiskussion resümierten die Sprecher der beiden Sektionen, Ruth Ayaß und Robert Gugutzer, die kontroversen Fragen der beiden Tage: Ist der Leib eher Erkenntnismittel, -quelle oder -instrument? Welche Rolle spielen Emotionen (des Forschers)? Liegt das Erkenntnispotenzial von Leib und Körper primär im Widerständigen oder genauso in »positiv« bewerteten Erfahrungen? Wie kann die Verbalisierung des in der Forschungssituation Gespürten gelingen? Welche Rolle spielen Leib und Körper außerhalb ethnographischen und phänomenologischen Forschens?

Ruth Ayaß, Robert Gugutzer

Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Jahresbericht 2015

Die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie blickt am Ende des Jahres 2015 auf drei erfolgreiche, zum Teil international ausgerichtete Veranstaltungen zurück: Vom 2. bis 4. Februar 2015 fand das von Stefanie Kley und Natacha Nisic initiierte und gemeinsam mit Heiko Rüger vom Institut für Bevölkerungsforschung (BiB) ausgerichtete internationale Symposium »Internal Migration and Commuting in International Perspektive« in Wiesbaden statt. Am 12. Juni 2015 folgte die von Annette Spellerberg und Maren Harnack durchgeführte Deutsch-Britische Konferenz zum Thema »Urban Quality of Life at Risk« an der Hochschule Frankfurt. Am 13. und 14. November 2015 schließlich fand an der Hochschule Fulda die Herbsttagung der Sektion mit dem Titel »Stadtsoziologie heute – theoretische Positionen, disziplinäre Anschlüsse, politische Wirksamkeit« statt.

Die zum 40jährigen Bestehen der Sektion von Heike Herrmann und den stellvertretenden SprecherInnen Rolf Keim, Carsten Keller, Silke Steets und Jan Wehrheim organisierte Herbsttagung war sowohl in den Vorträgen als auch in den Diskussionen von den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderung wie der stark angestiegenen Zuwanderung von Flüchtlingen geprägt. In ihrem einleitenden Beitrag »Wo Stadtsoziologie, Stadtplanung und

Soziale Arbeit sich begegnen« verdeutlichte *Heike Herrmann* (Fulda) die Schnittstellen, die zwischen den einzelnen Disziplinen, jedoch auch zu den Praxisfeldern bestehen. *Frank Eckardt* (Weimar) erläuterte in seinem Beitrag zur »Sozialraumanalysen als Werkstatt: Theorie und Praxis einer transdisziplinären Lehre in den Urbanistik-Studiengängen an der Bauhaus-Universität Weimar« eine von ihm gemeinsam mit den Studierenden und Akteuren in den Kommunen ausgearbeitete Methode, im Zuge derer aktuelle Problemstellungen der Kommunen bearbeitet werden können. *Dieter Rink* und *Sigrun Kabisch* (beide Leipzig) stellten in ihrem anschließenden Beitrag »Stadt- und Umweltsoziologie im Kontext interdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung« Ergebnisse und Konzepte der Forschung am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung vor. *René Böhme* (Bremen) trug zum Thema »Sozialräumliche Polarisierung als Herausforderung für die Kindertagesbetreuungsplanung: Handlungspotentiale und lokale Praxis am Beispiel der Stadt Bremen« vor. Die Planung der Kindertagesbetreuung in Bremen, so der in der Diskussion heiß diskutierte Befund, reproduziert die sozialräumliche Spaltung. *Rolf Keim* (Darmstadt) nahm in seinem Beitrag »(Urban) Commons – Perspektiven der Sozialen Arbeit und der Stadtsoziologie« vor allem die Schnittstelle zur sozialen Arbeit in den Blick. *Jan Üblacker* (Düsseldorf) stellte in seinem Beitrag »Systematic Reviews: Eine Chance für die Stadtsoziologie?« eine von ihm entwickelte Form des Reviews anhand der Grauen Literatur zum Thema »Gentrification« vor. Neben den Fragen zur Methode wurden in der anschließenden Diskussion auch Ergebnisse des Review abgefragt.

Am Abend fand nach der Mitgliederversammlung die Preisverleihung des zum zweiten Mal verliehenen Dissertationspreises der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie (innerhalb der DGS) statt. Die diesjährigen Preisträgerinnen sind:

Christine Barwick, »Moving out or staying put? Neighborhood choice, notions of community, and identification(s) of upwardly mobile Turkish-Germans« und

Karen Sievers, »Lost in transformation? Raumbezogene Bindungen im Wandel städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen«

Ihre Leistungen wurden durch die Jury gewürdigt. Der Tag klang bei der anschließenden Feier aus.

Der Beitrag von *Jens S. Dangschat* (Wien) »Stadtsoziologie? – Ja, zur praxisbezogenen Raumsoziologie« leitete den zweiten Tagungstag ein. Er hob hervor, dass es eine allgemeine Definition von Stadt nicht geben könne plädierte für die Entwicklung von Typologien des Raumes, um den Einfluss des Raumes auf gesellschaftliche Phänomene (und umgekehrt) zu erfassen. Angesichts der in der Nacht zwischen den beiden Tagungstagen erfolgten Anschläge in Paris mit vielen Toten wurde in der Diskussion des Beitrags von *Peter Bescherer* und *Dietmar Wetzler* (beide Tübingen) zum Thema »Öffentlicher Raum und öffentliche Soziologie. Urbane Sicherheit als anwendungsorientierte Stadtforschung« die Frage aufgeworfen, ob »Angsträume« nicht völlig neu zu bestimmen seien. Urbane Sicherheit brauche eine besondere Qualität des öffentlichen Raumes, so eine Aussage in dem Beitrag. Im Vortrag »Eine politische Soziologie der Stadt« von *Jochen Schwenk* (Darmstadt) und *Gunter Weidenhaus* (Berlin) stand u.a. das »städtische Imaginäre«, die Symbolik einer Stadt und die Kritik dessen im Mittelpunkt. Die politische Dimension dieser Symbolik der Stadt wurde in der Diskussion aufgegriffen und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ansätze und divergierender Auffassungen des »Symbolischen« diskutiert. Den Abschluss der nicht zuletzt aufgrund der sehr angeregten Diskussionen erfolgreichen Tagung bildete eine Podiumsdiskussion. *Jürgen Friedrichs* (Köln), *Fabian Kessl* (Duisburg-Essen), *Martina Löw* (Berlin) und *Christian Schmid* (Zürich) äußerten sich, moderiert von *Silke Steets* (Darmstadt), zur Entwicklung der Stadt- und Regionalsoziologie, zum Verhältnis der speziellen Soziologie zur Allgemeinen Soziologie sowie zum Verhältnis der Stadtsoziologie zur Architektur und Sozialen Arbeit. In der Diskussion, in deren zweiter Hälfte das Publikum mit einbezogen wurde, kamen u.a. auch die aktuellen Bezüge bzw. Leerstellen im Hinblick auf eine internationale Vertretung des Faches, das (Nicht-)Vorhandensein der theoretischen Bezüge der Stadtsoziologie zur Allgemeinen Soziologie und umgekehrt, unterschiedliche Perspektiven um die Gegenstände »Stadt«, »Place« und »Space« zur Sprache.

In der am 12. Juni 2015 stattfindenden Deutsch-Britischen Konferenz zum Thema »Urban Quality of Life at Risk« an der Hochschule Frankfurt am Main, durchgeführt von *Annette Spellerberg* (Kaiserlautern) und *Maren Harnack* (Frankfurt am Main) stand die »Städtische Lebensqualität« im Mittelpunkt. Städtische Lebensqualität wird häufig an wirtschaftlichen Erfolg geknüpft. Der Rückgang des produktiven Sektors in Städten, der Aufstieg der Dienstleistungs- und Wissensökonomie und die wachsende Bedeutung von Erreichbarkeit und Vernetzung wirken sich auf die Wahrnehmung und

Bewertung von Städten aus. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung suchen zunehmend Partnerschaften mit lokalem und internationalem Kapital und leiten Städte im Sinne des Marketings und »selling of place«. Vor allem in den Stadtkernen wird hohe Lebensqualität mit »sauberen« und bequemen Konsummöglichkeiten mit Atmosphäre und Hochglanz-Images versehen. Lebensqualität dient in diesem Kontext als Mittel, um hochqualifizierte Arbeitskräfte, Konsumenten und Touristen anzuziehen. In der Außen- und Binnenwirkung vernachlässigen städtische Akteure benachteiligte, einkommensschwache oder weniger gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen. Selbstverständlich sind Indikatoren typischer Rankings, wie eine ausreichende und breite Auswahl an Arbeitsmöglichkeiten, die Qualität öffentlicher Räume, die Auswahl von Geschäften und Dienstleistungen, kulturelle Angebote und der Nahverkehr zentrale Kriterien für urbane Lebensqualität. Stärker subjektive Aspekte wie sichere Nachbarschaften, positive Quartiersentwicklung, sozialer Zusammenhalt, Wohlbefinden sowie soziale und Umweltgerechtigkeit sind jedoch ebenso wichtig zur Beurteilung des Alltagslebens in Städten. Diese Elemente von Lebensqualität und ihre Ausprägung bei den verschiedenen Einwohnergruppen werden kaum berücksichtigt oder sogar als gegenläufig zu den gegenwärtigen Modernisierungs- und Anpassungsstrategien von Städten interpretiert. Für das heterogene städtische Leben, den sozialen Zusammenhalt und urbane Komplexität besteht das Risiko, in der Dynamik von Konkurrenzen und Städtewettbewerb aus dem Blick zu geraten.

In neun Vorträgen haben Soziologinnen und Soziologen aus Großbritannien und Deutschland ihre theoretischen und empirischen Ansätze zu aktuellen Problemlagen in Städten präsentiert und kritisch diskutiert. Ziel der Veranstaltung war es, die Dynamik städtischer Prozesse in ihren Wirkungen für die alltägliche Lebensqualität zu ergründen. Die Vorträge richteten sich auf die Wohnsituation von Geringverdienern (*Becky Tunstall*, York), Gentrification im Städtevergleich und Superreiche in London (*Roland Atkinson*, Sheffield; *Matthias Bernt*, Erkner), Exklusion und Mobilität (*Karen Lucas*, Leeds; *Maik Hömke*, Luzern), Wohnen in der City (*Marcus Menzel*, Hamburg), Leben in Großsiedlungen (*Maren Harnack*), Migration und Flüchtlinge sowie gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte (*Simon Parker*, York, *Annette Spellerberg*, Kaiserslautern). Die jeweilige Perspektive offenbarte spezifische Risiken für bestimmte Bevölkerungsgruppen und für das Alltagsleben in ganz unterschiedlichen Städten und Quartieren. Es ist

geplant, eine kurze Veröffentlichung zu erstellen und die deutsch-britische Zusammenarbeit zu verstärken.

Vom 2. bis 4. Februar 2015 fand das von Stefanie Kley und Natascha Nisic initiierte internationale Symposium »Internal Migration and Commuting in International Perspektive« in den Räumlichkeiten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden statt. Das Symposium wurde gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB ausgerichtet; für die lokale Organisation zeichnete *Heiko Rijger* (Wiesbaden) verantwortlich. Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem Vortrag des Leiters des BiB *Norbert Schneider* (Wiesbaden, Mainz) mit dem Titel »A Decade of Research on Mobile Living: Concepts and Central Findings«. Den fünf Sessions des Symposiums wurden jeweils mit einem Keynote Vortrag vorangestellt; den Anfang machte *Maarten van Ham* (Delft) für die Session »Explaining the Process of Spatial Mobility and Immobility«. Die zweite Session zu »Spatial Mobility, Employment, and Social Relationships« wurde von *Jos van Ommeren* (Amsterdam) eingeführt. *Clara Mulder* (Groningen) hielt den Keynote Vortrag zur dritten und größten Session »Patterns of Spatial Mobility and the Life Course«. Die vierte Session »Spatial Mobility and Family Development« wurde von *Hill Kulu* (Liverpool) eröffnet. Der für die fünfte Session vorgesehen Keynote Vortrag zu »Spatial Mobility and Partnership Development« von *Michael Wagner* (Köln) musste leider kurzfristig abgesagt werden. Die insgesamt 25 Vorträge, die im Verlauf der drei Tage des Symposiums präsentiert wurden, gaben einen umfassenden Einblick in aktuelle Fragestellungen der Mobilitätsforschung aus dem Blickwinkel unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Zusätzlich wurden neun Poster präsentiert, die sich wie die Vorträge auf wissenschaftlich hohem Niveau bewegten.

Die erste Session umfasste Beiträge zur Formierung und Realisierung von Migrationsintentionen im Lebensverlauf (*Lars Dommermuth, Sebastian Kliisener*), zu langfristigen Biographien residenzieller Mobilität und wiederholter Migration (*Bohyun Joy Jang, Anastasia Snyder* und *William A.V. Clark*) sowie zu Entscheidungen zwischen Mobilitätsalternativen, insbesondere von Migration versus Pendeln (*Knut Petzold, Nicola Hilti*). Ein weiterer Beitrag diskutierte Perioden- und Kohorten-Maße von Migration (*Martin Kolke*).

In der zweiten Session ging es um den Einfluss von Genderideologie auf die Arbeitsmarktbeteiligung nach einem Familienumzug (*Philipp Lersch*) und um die Frage, unter welchen Bedingungen lokale Jobwechsel als Substitut für regionale Mobilität fungieren (*Malte Reichelt, Martin Abraham*). An-

schließend wurden Analysen zu Effekten räumlicher Mobilität auf soziale Beziehungen und Integration vorgestellt (*Natascha Nisic, Stefanie Kley*).

Die dritte Session wurde mit einem Beitrag zu regionaler Mobilität und Familienleben in sechs Europäischen Ländern eingeläutet (*Tim Schröder et al.*) und es wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die große Rezession die Mobilitätsmuster von Immigranten in Spanien verändert hat (*Fernando Gil-Alonso et al.*). Es folgten Beiträge zum Einfluss von erwerbsbezogener räumlicher Mobilität auf das subjektive Wohlbefinden (*Gerardo Meil, Pedro Romero*) und zu Phasen hoher Mobilitätsbelastung über den Lebenslauf (*Gil Viry, Vincent Kaufmann und Emmanuel Ravalel*). Außerdem wurden Mobilitätsmuster junger Erwachsener in Italien (*Frank Heins, Corrado Bonifazi*) und von Älteren in Deutschland vorgestellt (*Tim Winke*).

Die vierte Session thematisierte den Zusammenhang von Migrations- und Fertilitätsverläufen (*Heiko Rieger, Gil Viry*) bzw. den Übergang zur Elternschaft in Abhängigkeit von räumlicher Mobilität (*Thomas Skora, Heiko Rieger und Norbert Schneider*). Ein weiterer Beitrag untersuchte Veränderungen in der häuslichen Arbeitsteilung nach Wohnortwechseln (*Sergi Vidal, Francisco Persales und Janeen Baxter*).

In der fünften Session wurde der Frage nachgegangen, welche Fernbeziehungen im Zusammenziehen bzw. der Trennung der Partner enden (*Sandra Krapf*) und wie Paarbeziehungs- und Wohnungsgeschichte zusammenhängen (*Julia Mikolaj und Hill Kulu*). Schließlich ging es um die Migration von Eltern und Kindern nach einer Scheidung (*Thomas Cooke, Clara Mulder und Michael Thomas*).

Alle Sessions des Symposiums wie auch die Postersession waren sehr gut besucht und die Veranstaltung zeichnete sich durch eine rege und produktive Diskussion aus. Insgesamt nahmen 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen an der Veranstaltung teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Estland, Polen, Norwegen, Schweiz, Spanien, Italien, USA, Russland, Schweden, Litauen, Großbritannien, Indien, Niederlande und Australien. Insgesamt wurden das Symposium und die Initiative der Arbeitsgruppe Mobilität von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern äußerst positiv aufgenommen und als sehr erfolgreich bewertet.

Heike Herrmann, Stefanie Kley, Natascha Nisic und Annette Spellerberg

Sektion Wissenssoziologie

Frühjahrstagung 2015 »Religiöse Kommunikation und weltanschauliches Wissen«

Die Tagung zu »Kommunikativen Konstruktionen unabweisbarer Gewissheiten und ihre gesellschaftlichen Wirkungen« – so der Untertitel – fand am 7. und 8. Mai im IWALEWA-Haus der Universität Bayreuth statt.

Im Eröffnungsbeitrag betont der Gastgeber *Bernt Schnettler* (Bayreuth) die Schlüsselrolle der Religion für die Wissenssoziologie, die als umfassendste Stufe gesellschaftlicher Sinnintegration zu verstehen sei. Er erörtert die Frage, durch welche Art religiöser bzw. weltanschaulicher Kommunikation in einer pluralen, sich der Toleranz verpflichtenden Gesellschaft religiöse Geltungsansprüche reguliert werden und hebt dabei die Notwendigkeit exakter empirischer Analysen hervor. *Eva Spies* (Bayreuth) argumentiert auf Grundlage ihrer religionswissenschaftlichen Forschung über die Missionsarbeit einer ghanaischen Pfingstkirche gegen die starke Erfahrungsakzentuierung in der bisherigen Pentekostalismusforschung. Mit dem Fokus auf die Bedeutung der Rezeption »heiliger Schriften« konstatiert sie eine zunehmende Etablierung charismatischer »Text-Gemeinschaften« quer zu kirchlichen und denominationellen Institutionen. Im Anschluss rekonstruiert *Andreas Anton* (Freiburg) die Auseinandersetzung des Marxismus-Leninismus der DDR mit paranormalen Phänomenen wie Wahrträumen, Spuk-, Geister- oder Jenseiterscheinungen. Wie er zeigt, stand die offizielle Position der Unvereinbarkeit von Wissen und Religion der ostdeutschen Alltagswirklichkeit praktisch entgegen. *Lilli A. Braunnisch* (Berlin) thematisiert katholische Denkformen in der Soziologie in Italien. Für Bologna verweist sie auf die bedeutsame Rolle des Katholizismus als kulturelle Formation im wissenschaftlichen Denken in einigen der dortigen Lehreinrichtungen. Der Politologe *Dennis Bastian Rudolf* (Rostock) rückt die Rolle politischer Mythen für gegenwärtige politische Theorien ins Zentrum. Angesichts enger Grenzen zweifelsfreien Wissens favorisiert er einen Rationalitätsbegriff, der die Dimension des Glaubens als Implikation von Unwissenheit oder Unsicherheit im Wissen einschließt. Im Anschluss zeigt *Gregor Betz* (Dortmund) am Beispiel einer Demonstration gegen die Agrarindustrie Formen der Kommunikation weltanschaulichen Wissens bei Protestereignissen. Diese Protestrituale seien in ihrer Form von Wissen über christliche Liturgie und Spiritualität geprägt. Im Schlussvortrag des ersten Tages konzipiert *Hubert Knoblauch* (Berlin) Weltanschauung als umfassende, aber

keinesfalls universale, geordnete, aber nicht notwendig konsistente, spezifische Weltvorstellung. Zentral für die Theorie der Kommunikativen Konstruktion als Weiterentwicklung der Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit sei ein anthropologisch-phänomenologisch *und* soziologisch-interaktionistisch fundierter Transzendenzbegriff. Diese Fundierung illustriert Knoblauch anhand der Geste des Fingerzeigs als elementarer Form der Transzendenz, die stets aus Interaktionsbeziehungen generiert werde.

Den zweiten Sitzungstag eröffnet der Religionswissenschaftler *Stefan Kurth* (Bayreuth) mit einer Rekonstruktion der Fortentwicklung »säkularer« und als »wissenschaftlich fundiert« geltender Weltbilder, die als Alternative zu religiösen Orientierungen bezeichnet und propagiert werden. Dabei stellt er die argumentativen Übergänge von Wissenschaft zu Szientismus heraus und gelangt so zu einer definitorischen Verhältnisbestimmung der analytischen Konzepte »Weltanschauung« und »Religion«. Anschließend diskutiert *Reiner Keller* (Augsburg) an den Fällen der Rushdie-Affäre und dem Konflikt um die Mohammed-Karikaturen im Satiremagazin Charlie Hebdo die Verhältnisbestimmung von Wort und Tat. Für ihn stellen diese keinen Gegensatz dar, sondern seien vielmehr als Versuche zu verstehen, die Diskursordnung der Gegenwart neu zu arrangieren. Keller sieht hier eine spezifische Kommunikationsstruktur, die Voraussetzung für die Anklage der Gotteslästerung sei und strukturelle Ähnlichkeiten zu anderen Formen der Diskurskritik (z.B. Sprachkontrollpolitiken) habe. Im ersten Stream stellt *Nico Lüdtke* (Oldenburg) in seinem Beitrag die Frage nach den Grenzen der Sozialwelt und ihrer spezifischen historischen Konstruktion. Sinnhaft-soziale Praxen der Ordnungsbildung seien immer geschichtlich konstituiert, also in zeitlich-prozessuale Zusammenhänge eingebunden, die gemeinsam eine »Wissensordnung« bilden. Er zeigt dies am Beispiel des Disputs von Valladolid als Fall aus der Frühen Neuzeit. Anschließend skizziert *Werner Vogd* (Witten/Herdecke) einen theoretischen Zugang zum Verständnis negativsprachlicher Figuren in der buddhistischen Befreiungslehre, zu dessen Klärung die Elemente der körperlichen Praxis, der Sprachlichkeit und der Epistemologie gleichermaßen einbezogen werden müssten. Daran anknüpfend referiert *Ulrike S. Ofner* (Witten/Herdecke) über den sich im Lebensverlauf verändernden Habitus einer praktizierenden Buddhistin. Für die empirische Sozialforschung stelle sich die Frage, in welchen Formen dieses religiös formatierte Wissen über den »letztgültigen Sinn« kommuniziert, reflektiert und in spezifische Lebenspraxen integriert werden könne. Schließlich befasst sich *Susanne Lemke* (Oldenburg) mit der Beschneidungspraxis in

jüdischen und muslimischen Familien. Religiöses Wissen trete hier verleiht in Erscheinung und manifestiere sich am Körper des beschnittenen Kindes. Durch die Beschneidung komme maßgeblich die Religiosität der Eltern symbolisch zum Ausdruck.

Im zweiten Stream präsentiert *Carolyn Dix* (Bayreuth) einen linguistischen Beitrag, in dem sie nach der Transformation traditionellen religiösen Wissens in landeskirchlichen Predigten fragt und verschiedene Verfahrensweisen analysiert, mit denen diese Transformation in der Predigt performativ vollzogen wird. Der Vortrag von *Thorsten Benkel* (Passau) thematisierte die wenig erforschte kommunikative Gattung der Grabinschriften, die sowohl als Vertextlichung religiösen Wissens als auch als Sinnkonstruktion zu verstehen sei und derzeit eine deutliche Individualisierung erkennen lasse. *Michaela Heid* (Zürich) fokussiert die leiblich-sinnliche Kommunikation in monastischen Lebenswelten sowie die Besonderheiten des Untersuchungsfeldes Kloster. Sie konzentriert sich auch auf die methodischen Herausforderungen mit selbst erfahrenen, schwer beschreibbaren sinnlichen Wahrnehmungen im Forschungsprozess. Ebenfalls mit Blick auf das moderne Klosterleben betont *Peter Isenböck* (Münster) den Umstand, dass Klöster keine aus der Zeit gefallen Orte seien. Sie gelten ihm vielmehr als ausgezeichnet für die Entstehung von Modellen der religiösen Lebensführung, die auch in die profane Welt hineinwirken können. Für einen fulminanten Abschluss der Tagung sorgt *Ronald Hitzler* (Dortmund). Sein Vortrag führt in die Dortmunder Westfalenhallen, wo jedes Jahr tausende Technofans in den Mai feiern. Hitzler macht dabei auf die besonderen Parallelen zwischen dem Vollzug der Großveranstaltung und religiösen Ritualen im Kirchenraum aufmerksam.

Insgesamt betrachtet bildete die Tagung die empirische Breite religiöser Kommunikationsformen ab und zeigte höchst diverse methodische Zugangsweisen. Selbst wenn die anhaltende gesellschaftliche Relevanz religiöser und weltanschaulicher Wissensformen außer Frage steht, so bleibt ihre gegenwartsdiagnostische Einordnung für die Wissenssoziologie doch eine weiter fortzuführende Aufgabe.

Thorsten Szydlík, Bernd Rebstein

In memoriam Helmut Dubiel (30. Juni 1946 – 3. November 2015)

Mit Helmut Dubiel verliert die Soziologie einen der maßgeblichen Bezugspunkte für diejenigen unter uns, die kritische Gesellschaftstheorie und Sozialforschung als unverzichtbar betrachten. Gerade in den letzten Jahren seiner Zeit als aktiver Professor in Gießen sammelten sich Studierende, Promovierende, Forschende um ihn, die kritische Theorie als eminent wichtigen konzeptuellen und theoretischen Ankerpunkt für ihre Abschlussarbeiten und Dissertationen entdeckten. Und gemeinsam mit ihnen, in gegenseitiger Unterstützung, schuf er dieses besondere Klima offenen intellektuellen Austauschs, wie er es, 1992 an die Justus-Liebig-Universität Gießen berufen, ans dortige Institut für Soziologie mitgebracht hatte, wo ich ihn in meinem zweiten Studiensemester kennenlernte.

Dubiel gehörte einer Generation kritischer Theoretikerinnen und Theoretiker nach Horkheimer und Adorno an, die innerhalb eines grundsätzlich kritischen, gesellschaftsanalytischen Paradigmas eine Alternative zur klassischen, ins Geschichtsphilosophische gewendeten Frankfurter Schule suchten und dabei jeweils eigene Wege einschlugen. In diesem Suchen ging es um die Frage, ob nicht in der gesellschaftlichen Praxis selbst Kritikpotenziale geborgen werden könnten, die, theoretisch reflektiert, die Theorie aus der Geschichtsphilosophie wieder in eine offenere Theoretisierung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und Krisen zu öffnen vermöchten. Während Jürgen Habermas das Kritikpotenzial der Gesellschaftstheorie in einer anthropologisch und modernisierungstheoretisch gewendeten Theorie sprachlicher Praxis verortete und Axel Honneth eine Theorie der Anerkennung entwickelte, die Kritikpotenziale in den moralischen Fundamenten sozialer Kämpfe erblickte, wählte Dubiel den Weg über die politische Theorie. So eröffneten seine Arbeiten die Möglichkeit einer politisch-soziologischen Rekonstruktion empirischer, immanenter Kritiken der Gesellschaft.

Dies war in den 1970er Jahren, am Anfang seines Schaffens, noch nicht voll absehbar. Dubiel setzte sich in seinen frühen Schriften in intensiver Weise mit der kritischen Theorie auseinander, zunächst in seiner Dissertation, in der er sich noch stark an die kritisch-theoretische Klassik anlehnte (»Identität und Institution«, 1973). In seiner bald folgenden Habilitationsschrift (»Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung«, 1978) setzte er sich, wieder anhand der Frankfurter Schule, deren innere Verfassung er als einer der ersten sozialwissenschaftlich reflektiert thematisierte und

kommentierte, mit der Relevanz politischen Urteilens bei der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung auseinander. Mit seinem Wechsel ans Frankfurter Institut für Sozialforschung, in dem er von 1989 bis 1997 die Funktion eines Direktors ausübte, gewann dann der Zugang, kritische Gesellschaftstheorie im Spiegel politischer Theorie neu zu entwerfen, an Gestalt. Seinen Ausgangspunkt wählte Dubiel bei Herbert Marcuse, der die Institutionen der liberalen Demokratie, obwohl spätkapitalistischer Regression Vorschub leistend, zumindest als ein Mindestbollwerk gegen neuen Faschismus ansah (»Demokratie und Kapitalismus bei Herbert Marcuse«, 1992). Das »Nadelöhr demokratischer Willensbildung« gebot eine Analyse seiner gesellschaftlichen Lagerung, nach denen Dubiel in intensiver Auseinandersetzung mit politischen Denkerinnen und Denkern wie Montesquieu, Tocqueville, Arendt und Lefort fahndete (u.a. in »Ungewissheit und Politik«, 1994). Für Dubiel stellte die politische Theorie insofern einen unumgänglichen Bezugspunkt von Gesellschaftstheorie dar, als sie die gesellschaftliche Lagerung politischer Prozesse, und von Politizität selbst, erkannte und reflektierte. Gerade die Umschlagpunkte politischer Theorie in Gesellschaftstheorie zeigten die Notwendigkeit, das immer nur vorläufige Zusammenhalten heutiger Gemeinwesen als einen genuin politischen Prozess zu deuten – einen Prozess, in dem Gesellschaften durch die Austragung von Konflikten politisch auf sich selbst einwirken.

Einen ersten, zeitdiagnostischen Ankerpunkt dieser Wendung in Dubiels Arbeit bildeten die äußerst lebhaften Debatten um das politische und gesellschaftstheoretische Konzept der Zivilgesellschaft, die seit Ende der 1980er Jahre die untergehenden staatssozialistischen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen begleiteten. Dubiel nahm die politischen und gesellschaftlichen Debatten und Vorgänge in ostmitteleuropäischen Ländern zum Ausgangspunkt allgemeiner Überlegungen zur Bedeutung reflexiv gewordener Konfliktivität als Voraussetzung moderner Gesellschaftlichkeit (»Die demokratische Frage«, zusammen mit Günter Frankenberg und Ulrich Rödel, 1990; »Ungewißheit und Politik«, 1994). In den Mittelpunkt rückte er dabei die von Teilen des Widerstands gegen die staatssozialistischen Regime vertretene Forderung, dass die Opposition niemals die Rolle dieser Regime übernehmen dürfe, sondern in der Gesellschaft verbleiben müsse. Indem er diesen Verzicht als Zeugnis für die Nichtidentität zwischen der politischen Steuerung einer Gesellschaft und dieser Gesellschaft selbst in all ihrer Pluralität ansah, folgerte Dubiel, dass der Kern moderner Ge-

sellschaften in ihrer reflexiv gewordenen Konfliktivität besteht, die als solche nur anerkannt und bearbeitet, niemals aber aufgehoben werden kann.

Seit 1992 hatte Dubiel in Gießen einen Lehrstuhl für Soziologie inne. Dort – sowie in Berkeley, New York und Florenz, wo er Gastprofessuren wahrnahm – entstand eine an der Unvermeidlichkeit von Konflikten orientierte Zeitdiagnose, die nach der Möglichkeit von Demokratie in Gegenwartsgesellschaften angesichts deren fundamentaler und reflexiv gewordener konfliktiver Grundstruktur fragte. Das am meisten beeindruckende Beispiel für diese Sichtweise ist vermutlich die 1999 erschienene Studie zur Geschichte der Debatten des deutschen Bundestages über die nationalsozialistischen Verbrechen (»Niemand ist frei von der Geschichte«). Hier legte er eine rigoros empirische Geschichte öffentlicher Konfliktbearbeitung in der Bundesrepublik Deutschland vor, einer Gesellschaft, deren demokratische Institutionen historisch wie in keiner anderen Gegenwartsgesellschaft auf Bergen von Leichen errichtet waren, was in unabschließbarer Weise immer wieder heftige Konflikte darüber erzeugte, was diese makrokriminelle Erbschaft der Deutschen für die Gegenwart bedeutet. Über den deutschen Fall hinaus zeichnete dieses Buch ein Bild gegenwärtiger, demokratisch verfasster Gesellschaften, das deren volle Fragilität schonungslos zeigte, doch die Hoffnung auf eine gelingende »Konfliktheugung« nicht aufgab. Im Angesicht von politischen Verbrechen, die an ihren Wurzeln liegen, können solche Gesellschaften sich niemals auf eine unhinterfragte Behauptung kultureller Identität berufen, um sich symbolisch zu festigen. Es bleibt ihnen nur der Weg, ihr eigenes dissoziatives Grundmuster zu erkennen und in eine Kette von durchgestandenen Konflikten in ein, wie Dubiel schrieb, »historisches Kapital ertragener Verschiedenheit« zu transformieren.

Helmut Dubiel litt an der Parkinson-Krankheit – und entschied sich, darüber zu sprechen. Seinen Vorlesungen pflegte er in den Jahren vor seinem Ruhestand den Hinweis vorwegzuschicken, dass er sich aufgrund der mit dieser Krankheit verbundenen Begrenzung seiner Sprechlautstärke Ruhe erhoffe. Meistens wirkte das. Er war mit seiner ruhigen Präsenz, deren Wirkung durch die Krankheit und durch die aufreibenden Versuche, sie chirurgisch und medikamentös zu behandeln, zuweilen noch verstärkt schien, ein charismatischer Lehrer. Für eine lebhaftere öffentliche Diskussion sorgte er mit der Publikation des Buchs »Tief im Hirn« (2006), in dem er anhand seiner Erfahrungen als Patient die Folgen der Medikalisierung der Gesellschaft reflektierte und dies – in dem zeitdiagnostischen Geist, der sein Schaffen prägte – in eine Betrachtung der Bedingungen und Gren-

zen von Autonomie in der Gegenwartsgesellschaft überführte. Das Versprechen individueller Autonomie und kooperativer Selbstbestimmung, das die Aufklärung gegeben und das die klassische kritische Theorie so vehement entlarvt hatte, nahm in Helmut Dubiels Arbeiten die, ambivalent gewendete, Position einer alternativlosen, und doch immer von Rück- und Umschlag bedrohten, normativen Möglichkeit gesellschaftlichen Zusammenhalts und individueller Agentschaft ein. Was aus dieser Möglichkeit wird in einer Lage, in der die zunehmende Einschränkung körperlichen Vermögens und sprachlicher Verständigung durch den maximal invasiven, im wahrsten Wortsinne fremdgesteuerten Eingriff der Implantierung einer Sonde ins Gehirn gekontert wird, die dem Patienten dann die Wahl lässt, per Fernsteuerung zwischen Stimulierung des Sprachzentrums oder des Bewegungsapparats zu entscheiden – diese Frage stellt die Gesellschaft, in der wir leben, ein weiteres Mal auf den kritischen Prüfstand.

Helmut Dubiel hat uns diese Frage nun hinterlassen und uns zugleich ein Werk an die Hand gegeben, ihre Bedeutung zu begreifen.

Andreas Langenohl

Sonderforschungsbereich »Affective Societies. Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten« an der Freien Universität Berlin (SFB 1171)

Sonderforschungsbereiche mit soziologischer Ausrichtung bzw. Beteiligung sind in der Forschungslandschaft der Bundesrepublik rar gesät. Seit dem 1. Juli 2015 fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft nun einen SFB, der mit dem Thema »Affective Societies« genuin soziologische Fragestellungen verfolgt und aus der Perspektive von zehn unterschiedlichen Disziplinen aus den Sozial- und Kulturwissenschaften zu beantworten versucht. Unter den 16 Teilprojekten befinden sich auch drei Projekte der Soziologen Jürgen Gerhards, Hubert Knoblauch und Christian von Scheve. Mit den beiden zuletzt genannten Forschern ist die Soziologie zudem auch im SFB-Vorstand vertreten. Die folgende Darstellung wurde von Jürgen Gerhards zusammengestellt.

Emotionen und Affekte sind kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern bilden das Ferment jeglicher Sozialität. Der seit dem 1. Juli 2015 an der Freien Universität eingerichtete SFB verfolgt das Ziel, ein neues Verständnis von Gesellschaften als *Affective Societies* zu etablieren, das der fundamentalen Bedeutung von Emotionalität und Affektivität für das soziale Zusammenleben in den mobilen und vernetzten Welten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Der Titel *Affective Societies* beschreibt, dass gesellschaftliche Prozesse untrennbar mit komplexen, vielfach antagonistischen Gefühlslagen von Personen und Kollektiven verbunden sind. Nur ein fundiertes Verständnis der affektiven Dynamiken des Zusammenlebens wird es ermöglichen, die verbindenden Kräfte des Affektiven für das gesellschaftliche Zusammenleben produktiv zu machen und seine destruktiven Momente frühzeitig zu erkennen.

Zentral für dieses Verständnis sind Einsichten in die fundamentale Prägung menschlicher Emotionen durch die Wertsetzungen und Interaktionsweisen unterschiedlicher Lebenswelten. Insbesondere die gegenwärtigen Mobilitäten, Entgrenzungen und Veränderungen von Gesellschaften durch Kommunikationsformen, Künste und ökonomische Verflechtungen erzeugen neue Formen der affektiven Vergemeinschaftung, aber auch Spannungen zwischen sozialen Gruppen, die Gesellschaften vor neue Herausforderungen stellen.

Der Sonderforschungsbereich analysiert diese affektiven und emotionalen Dynamiken in ihren Auswirkungen auf den Einzelnen und das soziale Miteinander und schließt damit eine bedeutsame Forschungslücke. Wissenschaftler_innen aus zehn Disziplinen der Sozial- und Kulturwissen-

schaften (Ethnologie, Soziologie, Kunstgeschichte, Philosophie, Psychiatrie, Film-, Literatur-, Kommunikations-, Politik- und Theaterwissenschaften) untersuchen die genannten Dynamiken in 16 Teilprojekten, die in drei thematische Schwerpunktbereiche – *Akteure*, *Repertoires* und *Kollektive* – unterteilt sind. In einer gemeinsamen Theorie- und Methodenwerkstatt werden die theoretischen und methodischen Ansätze der beteiligten Disziplinen zusammengeführt und weiterentwickelt.

Sprecherin des SFBs ist die Ethnologin Prof. Dr. Birgitt Röttger-Rössler. Genauere Informationen über den SFB findet man über die folgende Adresse: www.affective-societies.de.

Teilprojekte und Projektleiter_innen

I. Schwerpunktbereich »Akteure«

1. Gefühlsbildungen im vietnamesischen Berlin (Birgitt Röttger-Rössler)

Das ethnologische Teilprojekt thematisiert am Beispiel des »vietnamesischen Berlin« die Sozialisation von Emotionen in transnationalen Feldern. Es untersucht, mit welchen unterschiedlichen Gefühlsordnungen und Modi der Gefühlsbildung die Nachkommen vietnamesischer Immigrant_innen in verschiedenen sozialen Kontexten (Familie, Peers, Vereine, Schulen, etc.) konfrontiert sind, wie sie daraus resultierende Reibungen erleben und möglicherweise durch neue Artikulationsformen des Emotionalen zu überwinden suchen. Das Projekt rückt damit die Frage in den Mittelpunkt, wie sich transkulturelle Emotionsrepertoires innerhalb intergenerationaler Kommunikations- und Transmissionsprozesse ausbilden.

2. Affektive Anstrengungen der Migration: Süd- und nordvietnamesische Lebenswelten im geteilten und wiedervereinten Berlin (Anita von Poser, Thi Minh Tam Ta und Eric Hahn)

Im Zentrum des ethnologisch-psychiatrischen Projektes stehen alternde süd- und nordvietnamesische Migrant_innen erster Generation in Berlin, die aufgrund unterschiedlicher Migrationswege in die BRD bzw. DDR (als »Boat People« bzw. »Kontraktarbeiter«) mit jeweils unterschiedlichen emotionalen und affektiven Anforderungen konfrontiert sind. Mit fachübergreifenden

Ansätzen untersucht das Projekt, mit welchen affektiven Anstrengungen emotionale Krisen im Alltag bewältigt werden und in welchen Kontexten die Bewältigung mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Hilfe angegangen wird. Das Projekt trägt zu der SFB-Fragestellung nach der Ausformung von transkulturellen Emotionsrepertoires bei und kennzeichnet sich durch ein Verständnis von »Migrant_innen« als wirkmächtige Akteure, die ihre Lebensverhältnisse aktiv gestalten, u.a. durch die Beanspruchung von psychiatrisch-psychotherapeutischer Hilfe.

3. Geteilte Gefühle. Zugehörigkeit in der transkulturellen deutschsprachigen Gegenwartsliteratur (Anne Fleig)

Das Projekt analysiert transkulturelle deutschsprachige Gegenwartsliteratur als privilegierten Ort der Darstellung, des performativen Vollzugs und der Reflexion affektiver Relationalität. Grundlegend ist die Dynamik zwischen Mehrsprachigkeit und multipler Zugehörigkeit, die Literatur gesellschaftlich verortet und mit Bachtins Konzept der Dialogizität erzähl- und gattungstheoretisch perspektiviert wird. Ziel ist es, den spezifischen Beitrag transkultureller Literatur zu *Affective Societies* zu untersuchen und eine Poetik der Mehrsprachigkeit zu entwickeln.

4. Zwischen den Kulturen: Emotionale Ambivalenzen bei der Vergabe von Vornamen von Migrant_innen (Jürgen Gerhards)

Vornamen sind Bestandteile unserer sozialen Identität. Sie signalisieren die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und markieren symbolisch die Grenzen von Mitgliedschaft. Migrant_innen, die in ein anderes Land wandern, stehen bei der Auswahl eines Vornamens für ihre Kinder häufig vor dem emotionalen Dilemma zwischen der Wahl eines Namens, der in ihrem Herkunftsland gebräuchlich ist und eines Vornamens, der in dem jeweiligen Zielland üblich ist. Das Projekt analysiert, welche Vornamen die nach Deutschland migrierten Personen ihren Kindern geben, welche Faktoren die Entscheidung beeinflussen und welche Rolle dabei die affektive Verbundenheit mit der Herkunftsgesellschaft und das Gefühl der Anerkennung von Seiten der Aufnahmegesellschaft spielen. Empirische Grundlage der Analysen bilden zum einen die Daten des Sozio-ökonomischen Panels, zum zweiten qualitative Interviews mit Eltern und Kindern aus verschiedenen Migrantengruppen.

5. Die affektive Produktion von »Heimat«: Patronatsfestvideos im transnationalen Kontext Mexiko/USA (Ingrid Kummels)

Das Projekt untersucht aus visuell-anthropologischer Perspektive, wie Akteur_innen in Mexiko und in den USA transnationale Zugehörigkeit über das Medium des Patronatsfestvideos affektiv verhandeln. Die affektive Relationalität im Rahmen von medialen Praktiken und filmischen Repräsentationen sowie die daraus entstehenden Emotionsrepertoires werden ethnographisch erforscht. Das Projekt wird mit seinem Fokus auf Praktiken der »Heimat«-Bildung einen innovativen theoretischen und methodischen Beitrag zur affektiven und emotionalen Dimension von Migration und transnationaler Gemeinschaftsbildung leisten.

II. Schwerpunktbereich »Repertoires«

6. Affektive Dynamiken von Bildern im Zeitalter von Social Media: Fotografische Bildzeugenschaften, Märtyrer_innenbilder und Selbstmordattentäter_innen-Videos in Nord- und Westafrika (Tobias Wendt)

Das Projekt zielt aus kunsthistorisch-bildtheoretischer wie medienanthropologischer Perspektive auf eine relationale Modellbildung, in der die affektiven Dynamiken zwischen Bildern und Akteur_innen im Kontext der Social Media analysiert werden können. Am Beispiel ausgewählter Genres netzbasierter Bild-Testimonies, die für transnationale Vergemeinschaftungsprozesse eine zentrale Rolle spielen, werden affektive Resonanzen und deren transformatives Potenzial im Hinblick auf kulturelle Emotionsrepertoires bestimmt.

7. Transkulturelle emotionale Repertoires im und durch Reality TV (Margreth Liinenborg)

Mit Blick auf die weltweite Verbreitung und Veränderung mediatisierter Emotionen sowie deren Überführung in andere Gefühlsordnungen, untersucht das kommunikationswissenschaftliche Teilprojekt Casting- und Datingshows hinsichtlich der Frage, welche affektiven Resonanzen die komplexen Beziehungen zwischen Produzent_innen, Akteur_innen, dem Publikum und dem Fernsehtext hervorbringen. Indem erstmals Fragen zur Vergemeinschaftung durch Rezeption und Aneignung transkultureller Emo-

tionsrepertoires gestellt werden, erschließt das Projekt ein neues Forschungsgebiet und liefert empirisch gestützte Einsichten in die gesellschaftlich wirksame Dimension des Affektiven im Reality TV.

8. Reenacting Emotions. Strategies and Politics of Immersive Theater (Doris Kolesch)

Das theaterwissenschaftliche Teilprojekt untersucht immersive Theaterformen als real und sozial wirksam gewordene künstlerische Modellsituationen für die Gestaltung und das Erleben affektiver Dynamiken. Es erforscht die Strategien, Möglichkeiten und Grenzen theatraler Affizierung sowie die situative Erfahrung von Gemeinschaft in Aufführungskontexten. Theaterwissenschaftliche Analyseverfahren werden durch Integration soziologischer und ethnographischer Ansätze methodisch wie epistemologisch weiterentwickelt. Damit trägt das Teilprojekt maßgeblich zur Theoriebildung affektiver Relationalität bei.

9. Gerechtigkeits-Gefühle und Transitional Justice: Affektive Transkulturalität in Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs (Olaf Zenker)

Dieses (rechts-)ethnologische Teilprojekt untersucht die affektiven Dynamiken in einem Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs sowie deren Transformationen durch die mediale Übersetzung und lokale Aneignung im Rahmen von Outreach Events im afrikanischen Herkunftsland der Prozessbeteiligten. Da die Strafverfolgung als »Übergangsgerechtigkeit« (transitional justice) in ihrer Wirksamkeit entscheidend von deren gefühlter Gerechtigkeit abhängig ist, entwickelt das Teilprojekt eine neue Theorie der »Gerechtigkeits-Gefühle« und leistet damit für den Bereich des Rechts einen SFB-relevanten Beitrag zur Analyse transkultureller Emotionsrepertoires insgesamt.

10. Emotionsrepertoires im Wandel. Zur Theorie affektiver Relationalität und Transformativität (Jan Slaby)

Das Projekt strebt eine begriffliche und theoretische Erweiterung des in der Philosophie gängigen Verständnisses von Emotionen und Affektivität an. In einem ersten Schritt ist die Entwicklung einer philosophischen Konzeption von affektiver Relationalität geplant, die entgegen dem verbreiteten Individualismus die grundlegende Interpersonalität von Emotionen und

Affekten herausstellt. Auf dieser Basis behandelt das Projekt eine zentrale Thematik des SFB, nämlich die Frage nach dem Wandel von Emotionsrepertoires. Wie kommt es zu Veränderungen in sozio-kulturell eingespielten Weisen des Fühlens und etablierten Mustern affektiven Interagierens? Für den SFB leistet das Projekt damit einen wichtigen Beitrag zur Begriffs- und Theorieentwicklung.

III. Schwerpunktbereich »Kollektive«

11. Politische Partizipation, Emotion und Affekt im Kontext sozio-politischer Transformationen am Beispiel von »Tahrir« und »Taksim« (Cilja Harders)

Das Projekt untersucht am Beispiel Ägyptens und der Türkei die Bedeutung emotional-affektiver Dynamiken für politische Partizipations- und Transformationsprozesse in der MENA-Region. Die Proteste auf dem »Tahrir«- und »Taksim«-Platz sind besonders eindrucksvolle zeitgeschichtliche Fälle von Massenmobilisierung, deren affektive Komponente viel mediale Aufmerksamkeit erhielt. Euphorie, Wut, Angst oder Freude gehören zu den oft genannten, aber bisher nicht systematisch erforschten Emotionen, die mit neuen politischen Praxen auf den Plätzen einhergingen. Können diese besonderen affektiven Ereignisse auch jenseits der politischen Zentren auf der lokalen Ebene langfristig politisches Handeln inspirieren?

12. Publikumsemotionen in Sport und Religion (Hubert Knoblauch)

Das Forschungsprojekt untersucht Publikumsemotionen bei Großveranstaltungen im professionellen Fußball und bei christlichen Großereignissen. Anhand der Analyse ihrer Ausdrucksformen, ihrer Rahmungen und des leitenden Wissens soll die Untersuchung mittels Videographie, Mediendaten sowie ethnographischen Methoden folgende Fragen klären: Welche Emotionen werden wie in Kollektiven erzeugt? Wie und welche Verschiebungen innerhalb und zwischen den Emotionsrepertoires der beiden kulturellen Bereiche treten auf? Welche Formen und Grenzen von affektiver Resonanz sind zu beobachten?

13. Verkörperte Emotionen und affektive Zugehörigkeit im Migrationszusammenhang: Sufizentren und (neue) Pfingstkirchen in Berlin (Hansjörg Dilger)

Das Teilprojekt untersucht, wie affektive Erfahrungen der Zugehörigkeit im Migrationskontext über die Körperpraktiken religiöser Gemeinschaften (Sufiorden, Pfingstkirche) vermittelt werden. Mit einem ethnographischen Ansatz geht es der Frage nach, wie das emotionale Wissen der Gemeinschaften, das die affektiven Erfahrungen semantisiert, in Bezug auf das familiäre und gesellschaftliche Leben der Mitglieder artikuliert wird. Das Projekt befördert die Etablierung eines ethnologischen Forschungsfelds »Emotion, Religion und Verkörperung im Migrationszusammenhang« und zeigt innerhalb des SFBs, wie verkörperte Emotionen soziale Ordnungen konstituieren und gleichzeitig religiös-charismatische Gemeinschaften im urbanen Raum verorten.

14. Gefühle religiöser Zugehörigkeit und Rhetoriken der Verletzung in Öffentlichkeit und Kunst (Christian von Scheve und Jürgen Brokoff)

Das Projekt untersucht aus soziologischer und literaturwissenschaftlicher Perspektive die diskursiven Konstruktionen, Rhetoriken und das Erleben von Gefühlen religiöser Zugehörigkeit und ihre Bedeutung in Konflikten um Anerkennung in der multireligiösen Gesellschaft Deutschlands. Das Projekt fragt, wie solche Gefühle im öffentlichen Diskurs konstruiert und gedeutet werden, welche Rolle dabei Rhetoriken der Empörung, der Verachtung und des Hasses spielen und wie Gefühle religiöser Zugehörigkeit von im Diskurs Adressierten in lebensweltlichen Kontexten erfahren werden.

15. Emotion und Relationalität in Formen (post-)migrantischen Theaters (Matthias Warstat)

In einem Vergleich von (post-)migrantischem Theater in Berlin und London untersucht das theaterwissenschaftliche Teilprojekt, wie zeitgenössische Theaterformen die affektive Kontur von Migrationserfahrungen im Zuge einer öffentlichen Verhandlung über Gefühle der Zugehörigkeit und der Distanzierung mitgestalten. Wenn im Theater Menschen zusammentreffen, die zu den gestalteten Darstellungen von Migration, Mobilität, komplex konstituierten Identitäten und Diskriminierungen je unterschiedliche Bezüge mitbringen, kommt es zu konflikthaften affektiven Relationen, die es zu beschreiben und zu analysieren gilt.

16. Migrantenmelodramen und Einwanderungskomödien: Medienformate deutsch-türkischer Gemeinschaftsgefühle (Hermann Kappelhoff)

Das Teilprojekt untersucht aus medienwissenschaftlicher Perspektive, wie audiovisuelle Medienangebote Formen des deutsch-türkischen Zusammenlebens in ihrem Gelingen und Scheitern inszenieren. Diese Medienangebote werden als taktische Aneignungen dominanter Formen westlicher Unterhaltungskultur analysiert. Die Frage lautet, in welchem Verhältnis diese Angebote zu Prozessen deutsch-türkischer Gemeinschaftsbildung stehen und welche Funktion ihnen in solchen Prozessen zukommt. Das Projekt erarbeitet theoretische Grundlagen des SFBs bezüglich der medialen Modulation affektiver Dynamiken.

Nachwuchspreis Bildungssoziologie 2016

Der Nachwuchspreis Bildungssoziologie wird alle zwei Jahre von der Sektion Bildung und Erziehung im Rahmen des Soziologiekongresses verliehen, nunmehr 2016 zum sechsten Mal in Bamberg.

Der mit 500 € dotierte Preis zeichnet eine hervorragende Dissertation aus, die sich mit einer bildungssoziologischen Fragestellung auseinandersetzt. Grundlage der Bewertung sind die wissenschaftliche Bedeutung, Qualität und Originalität der eingereichten Arbeiten. Die für den Preis ausgewählte Arbeit kann ggf. in der beim Beltz-Juventa-Verlag erscheinenden Reihe »Bildungssoziologische Beiträge« veröffentlicht werden, die vom Vorstand der Sektion Bildung und Erziehung herausgegeben wird.

Über die Preisvergabe entscheidet eine vom Sektionsvorstand eingesetzte Jury, der neben einem Mitglied des Vorstands zwei weitere KollegInnen aus der Sektion Bildung und Erziehung angehören.

- Berücksichtigt werden Arbeiten aus der Soziologie und ihren Nachbar-disziplinen, die einen deutlichen bildungssoziologischen Schwerpunkt aufweisen.
- Die vorzuschlagenden Dissertationen sollen in den Jahren 2014 und 2015 eingereicht und begutachtet worden sein.
- Einzureichen sind zwei Druckexemplare der Arbeit sowie eine digitale Fassung der Dissertation. Darüber hinaus sind in zweifacher gedruckter Ausfertigung eine Zusammenfassung, die Gutachten zur Arbeit (wenn möglich) sowie ein Lebenslauf, ggf. mit Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs und einem Verzeichnis der Publikationen, einzusenden (auch diese Unterlagen bitte zusätzlich in digitaler zusammengefügt Form).
- Die Arbeit kann von der Verfasserin bzw. dem Verfasser selbst oder von den BetreuerInnen bzw. den GutachterInnen vorgeschlagen werden.

Die o. g. Unterlagen, die aus organisatorischen Gründen nach Abschluss des Verfahrens nicht zurückgesandt werden können, sind bis zum **15. Februar 2016** beim Vorstand der Sektion Bildung und Erziehung einzureichen:

Prof. Dr. Helmut Bremer

Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Bildungswissenschaften
Institut für Berufs- und Weiterbildung
Berliner Platz 6-8
45127 Essen
E-Mail: helmut.bremer@uni-due.de

Habilitationen

Dr. Isabel Kusche hat sich am 15. Juli 2015 am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Politischer Klientelismus und funktionale Differenzierung. Informelle Macht in der europäischen Peripherie«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Mark Lutter hat sich am 26. Oktober 2015 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »The Winner Takes It All: Der Einfluss sozialer Strukturen auf Verteilung und Konzentration von Erfolg«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Ingenieure der Gesellschaft Zur Soziologie der Technikwissenschaften

Frühjahrstagung der DGS-Sektion Wissenschafts- und Technikforschung
am 11. und 12. Mai 2016 an der Technischen Universität München

Die Technikwissenschaften sind gegenwärtig mit vielfältigen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Ingenieurskompetenz definiert sich heute offenbar nicht mehr allein über einen engen Bereich des Technischen, sondern auch über ein Verständnis der gesellschaftlichen Einbettung technischer Innovationen. Komplementär dazu finden sich Diagnosen einer Durchdringung von Wissenschaft und Gesellschaft mit ingenieurralen Wissensformen und Zugriffsweisen – etwa im Zuge der Herausbildung der Synthetischen Biologie oder der Digitalisierung von Arbeits- und Lebenswelten. Damit geht auch eine Neuverhandlung technikwissenschaftlicher Identität einher: zwischen einem engen Verständnis von Technikwissenschaft als »Ingenieurwissenschaft« oder »Angewandter Wissenschaft« bis hin zur Diagnose von »Technoscience« als aktuell dominanter Form wissenschaftlicher Praxis oder gar Signum gegenwärtiger Gesellschaftsformation.

Im Kontrast zur gesellschaftlichen Relevanz der Technikwissenschaften steht ihre eher marginale Stellung im soziologischen Diskurs. Zentraler Gegenstand reflexiver Wissenschaftsforschung war typischerweise die Naturwissenschaft. Was hingegen Wissen und Praxis etwa von Maschinenbauern, Informatikerinnen oder Energietechnikern auszeichnet, stand demgegenüber traditionell weniger im Fokus. Unsere Tagung widmet sich angesichts dessen der Frage, mit welchen Herausforderungen die soziologische Beobachtung und Untersuchung der Technikwissenschaften gegenwärtig konfrontiert ist. Die Veranstaltung zielt dabei auch darauf ab, die wissenschafts- und techniksoziologische Forschung mit anderen sozial- und

geisteswissenschaftlichen Perspektiven auf die Technikwissenschaften ins Gespräch zu bringen – und vice versa. Dabei geht es sowohl um eine Bestandsaufnahme sozialwissenschaftlicher Forschung zu den Technikwissenschaften, als auch um die Ausleuchtung neuer Perspektiven.

Willkommen sind empirische und konzeptionelle Beiträge. Mögliche Themen umfassen die gesamte Bandbreite reflexiver Forschungsbeiträge zu den Technikwissenschaften, zum Beispiel zu

- den sozioepistemischen Konturen der Technikwissenschaften,
- typischen technikwissenschaftlichen Praktiken (etwa: Prototyping),
- der Berufsrolle, Professionalisierung und Karrierestruktur von Ingenieur/innen,
- der gesellschaftlichen Rolle Technischer Hochschulen,
- den Beziehungen technischer Wissenschaften zu anderen Wissenschaftsbereichen (etwa den Naturwissenschaften) und gesellschaftlichen Feldern (etwa Politik, Wirtschaft und Kreativszene),
- Identitätsdiskursen des Ingenieurwesens sowie
- neuartigen Orten und Formen technikwissenschaftlicher Praxis (etwa in »Makerspaces« bzw. im Kontext von »Open Innovation« und »Tech-Entrepreneurship«)

Die Tagung wird organisiert von Sascha Dickel, Sabine Maasen und Anton Schröpfer. Bitte senden Sie Ihr Abstract (1-2 Seiten) bis zum **31. Januar 2016** an: wissenschaftssoziologie@edu.tum.de.

Social Interaction and Society. Perspectives of Modern Sociological Science

Conference at the ETH Zurich from May 26 to May 28, 2016

Social and strategic interaction is the basic element in explanations of how society works. People imitate habits, fashions, customs and norms, and learn from other people's behavior. Opinions spread throughout society by characteristic patterns and the »law of imitation« (Tarde) drives the social diffusion of innovations like norms, attitudes or the adoption of new technologies. Strategic behavior considers other actors' goals and opportunities and often leads to far reaching consequences that were not intended by rational or boundedly rational actors. Competing models from game theo-

ry, behavioral game theory, rational choice theory, and bounded rationality theory with evolutionary models based on principles of learning and imitation were developed to account for explanations of social interactions and its consequences on the macro level of society. The aim of the conference is to bring together diverse perspectives on modeling social interaction, on deriving hypotheses from theories of interaction and on empirical tests of hypotheses in various fields of applications. We welcome contributions on (but not restricted to) the following topics:

- *How actors make decisions.* Theoretical models and empirical research from experimental studies, field experiments and surveys
- *Models of social interaction.* New models from game theory, evolutionary models, bounded rationality, models of social diffusion, etc. to explain actors' behavior and social processes
- *Impact on society.* Consequences of individual actions and interactions
- *Methods.* Methodological problems, problems of experimental studies, problems of assessing causality in survey studies, the use and misuse of big data, and simulation studies
- *Applications* of models and theories of social interaction in various fields like social norms, law and crime, social stratification, environmental problems, population studies and other fields

The conference will be organized by Prof. Dr. Andreas Diekmann (Chair of Sociology at ETH Zurich) in collaboration with the GSA-Section of Model Building and Simulation (Sektion Modellbildung und Simulation der DGS). Contributions (title, abstract, and, if available, manuscript) should be submitted to the conference office no later than January 31, 2016, indicating the kind of contribution you are applying for: a conference presentation or a poster session. Please mail to Irene Urbanek at the conference office: irene.urbanek@soz.gess.ethz.ch.

Child Poverty in Times of Crisis

Conference on August 25 and 26, 2016 at the Centre for Ethics and Poverty Research, University of Salzburg

The aim of this conference is threefold:

- to discuss how different crises (like the recent economic downturn, political instability, natural disasters or (civil) war) affect child poverty;
- to reveal the consequences such crises have on children living in poverty and their families as well as to show how they respond; and, finally,
- to provide suggestions for international, national and local policy designs for the reaction to such crises. We are interested in bringing together empirical and theoretical papers and in discussing the normative and ethical issues attached to child poverty and related policy making.

Keynote speeches will be held by Mario Biggeri (Florence) and Lucinda Platt (LSE).

The conference is organised by the Centre for Ethics and Poverty Research at University of Salzburg (CEPR) and the Austrian chapter of Academics Stand Against Poverty (ASAP).

Please send your proposal (250 words) to cepr@sbg.ac.at until **January 31, 2016**. For further information please visit the conference homepage at www.uni-salzburg.at/childpoverty2016 or contact Dr. Gottfried Schweiger: cepr@sbg.ac.at.

Netzwerke in gesellschaftlichen Feldern

Frühjahrstagung der Sektion Soziologische Netzwerkforschung am 20. und 21. Mai 2016 an der Berlin Graduate School of Social Sciences, Humboldt-Universität zu Berlin

In der Netzwerkforschung bleibt die Verortung von sozialen Strukturen (Netzwerken) im Rahmen gesellschaftlicher Strukturen meist ausgeblendet. Umgekehrt kommen die meisten gesellschaftstheoretischen Angebote ohne Anbindung an empirische Forschung aus. Die Tagung versucht, die-

sen Graben ein Stück weit zu überbrücken, und fragt spezifisch nach der *Rolle von Netzwerken in gesellschaftlichen Teilbereichen* wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Massenmedien, Religion, Kunst, Sport und Erziehung.

Die *theoretische Konzeption* dieser Teilbereiche kann durchaus unterschiedlich ausfallen – als Funktionssysteme (Parsons, Luhmann), Wertsphären (Weber), Felder (Bourdieu) oder Akteursfiktionen (Schimank). Wie passen Netzwerke in die jeweilige Theorie?

- In der *Systemtheorie* nach Niklas Luhmann werden Netzwerke meist als den Funktionssystemen nach- oder untergeordnet gefasst. Sie bauen parasitär auf den Prozessen und Strukturen von Funktionssystemen auf und werden somit zu einem Charakteristikum der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft. Dabei werden Netzwerke sowohl innerhalb von Funktionssystemen (etwa in der Wissenschaft) als auch diese verbindend und unterlaufend gefasst. Selten gelten Netzwerke als Systemen gleichrangige Strukturformen (Dirk Baecker) oder sogar Systeme als Spezialfälle von Netzwerken (Stephan Fuchs).
- Pierre Bourdieu sieht Felder zwar als Konstellationen von Akteuren auf feldspezifischen Positionen, die in Relation zueinander bestimmt sind. Diese Konstellationen sind »objektiv« durch die Verteilung von relevantem Kapital bestimmt und eben nicht in Form von sozialen Beziehungsnetzen beobachtbar. Bourdieu führt aber mit dem Konzept des sozialen Kapitals einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Netzwerkforschung ein.
- Dagegen liefert die *neuere feldtheoretische Diskussion* in den USA direkte Verbindungen zur Netzwerkforschung. Hierzu gehören der Neo-Institutionalismus nach Paul DiMaggio, sowie die theoretischen Systematisierungen von John Levi Martin und Neil Fligstein und Doug McAdam. Felder gelten hier als Konstellationen von Akteuren, die miteinander konkurrieren und aus allgemeiner Unsicherheit heraus Verbindungen zueinander eingehen. Soziale Netzwerke bilden (neben Institutionen) eine Kernstruktur sozialer Felder und bedingen wesentlich deren Dynamik. Entsprechend stellen zahlreiche Arbeiten eine direkte Verbindung zum Netzwerkkonzept und zur empirischen Netzwerkforschung her.
- Aus *handlungstheoretischer Sicht* werden gesellschaftliche Teilbereiche und soziale Netzwerke als das individuelle Handeln einschränkende und er-

mögliche Strukturen nebeneinander gestellt, jedoch kaum im Zusammenhang betrachtet.

- Eine Fülle von *empirischer Forschung* untersucht Netzwerke im Kontext von gesellschaftlichen Feldern – ob zwischen Autoren in der Wissenschaft, innerhalb von politischen Eliten, zwischen Unternehmen in der Wirtschaft, zwischen Websites oder Nutzern im Bereich der Medienkommunikation, zwischen Schülern oder Studenten im Bereich der Erziehung (bzw. Hochschulerziehung), zwischen Teams im Profi-Sport (über Transfers) oder in vielen anderen Bereichen.

Allerdings fehlt es diesen Arbeiten häufig an einer expliziten Einordnung ihres Gegenstands in eine breiter angelegte Gesellschaftskonzeption. Damit werden die Auswirkungen der gesellschaftlichen Differenzierung und die Spezifika von Teilbereichen auf die beobachteten Netzwerke wenig reflektiert. Auch die Frage von Folgen der Netzwerkkonstellationen für die Prozesse und die Strukturodynamik des jeweiligen Feldes bleibt häufig ausgeklammert. Hierzu gibt es wichtige Ausnahmen, von denen hier nur einige Beispiele genannt werden:

- Randall Collins untersucht das Zusammenspiel von Netzwerkmechanismen wie Homophilie und Transitivität und den Netzwerkbedingungen von Kreativität mit den wissenschaftsinternen Logiken von knapper Aufmerksamkeit und Institutionalisierung. Alle drei prägen die langfristige Entwicklung, Verhärtung, Aufspaltung und Niedergang von philosophischen Schulen.
- Douglas White und seine Ko-Autoren rekonstruieren auf der Netzwerkebene die unterschiedlichen Topologien von formaler Organisation und von Feldern.
- John Padgett untersucht Widersprüche zwischen ökonomischen, familiären und politischen Netzwerken und ihren Einfluss auf politische Umbrüche und ökonomische Innovationen.
- Adam Slez und John Levi Martin verfolgen die Entwicklung von Allianzen zwischen politischen Akteuren in der US-amerikanischen Verfassung gebenden Versammlung bis hin zur Verhärtung von Konfliktlinien und der Entwicklung des Zweiparteiensystems in den USA.

Wir laden daher für diese Tagung Beiträge ein, die explizit das Spannungsfeld aus empirischer Netzwerkforschung und Gesellschaftstheorie ausloten. Die eingereichten Beiträge sollen an konkreten Beispielen und Untersuchungen folgende Fragen (auch ausschnittsweise) thematisieren:

- Inwiefern lassen sich gesellschaftstheoretisch postulierte Strukturen und Zusammenhänge (Funktionssysteme, Felder etc.) mit der Netzwerkforschung untersuchen? Welche theoretischen Erwartungen ergeben sich?
- Inwieweit sind beobachtete soziale Netzwerke nicht nur durch endogene Strukturmechanismen wie Reziprozität, Homophilie, Transitivität und Preferential Attachment geprägt, sondern auch durch deren Verortung in gesellschaftlichen Feldern geprägt? Wie wirken sich die Eigenheiten spezifischer Felder auf die dort beobachteten Netzwerke aus?
- Welche Auswirkungen haben Netzwerkkonstellationen auf die Prozesse in gesellschaftlichen Feldern (etwa auf politische Entscheidungen, wirtschaftlichen Erfolg oder die Konstruktion wissenschaftlicher Wahrheit)? Inwieweit wird eventuell auch die langfristige Dynamik eines gesellschaftlichen Felds durch Netzwerke (z.B. in Allianzen oder Konfliktlinien) mitbestimmt?

Konzeptionelle Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, sie sollten aber eine direkte Verbindung zu empirischer Forschung zeigen. Wir bitten um *Zusendung aussagekräftiger Abstracts* für Vorträge im Umfang von bis zu einer Seite bis zum **15. Februar 2016** an Dr. Jan Fuhse (jan.fuhse@hu-berlin.de) und Dr. Karoline Krenn (karoline.krenn@hu-berlin.de).

Tagungen

Transdifferente, hybride, diverse Aktant_innen*? Perspektiven auf Embodiment jenseits von Dualismen

Jahrestagung der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports am 29. und 30. April 2016 an der LMU München

»Cyborgs sind kybernetische Organismen, Hybride aus Maschine und Organismus, ebenso Geschöpfe der gesellschaftlichen Wirklichkeit wie der Fiktion«, so Donna Haraway in ihrem berühmten, vor nun mehr 30 Jahren erschienenen Manifest für Cyborgs, »Cyborgs sind unsere Ontologie.« In diesem plädiert sie anhand der Figur des Cyborgs für eine Umorientierung feministischer Theorie, die die Verunsicherung der Grenze zwischen Natur und Kultur durch Wissenschaft und Technologie als Chance begreift, Dualismen westlichen Denkens zu überwinden und Identitäten und Grenzen auf eine neue und andere Weise zu konstruieren. Die zunächst in der Figur des Cyborgs vorgeschlagene Perspektivenverschiebung hin zu Konstellationen zwischen Menschen, Tieren, Dingen, Praktiken und Artefakten wird in jüngster Zeit in den Kultur- und Sozialwissenschaften unter dem Schlagwort der Akteur-Netzwerk-Theorie (Bruno Latour), des New Materialism (Karen Barad) und Post- bzw. Transhumanismus (Rosi Braidotti) diskutiert. Dabei geht es um die Frage, wie das Soziale neu zu vermessen sei, wenn Dinge und Materialitäten als konstitutiver Teil des Sozialen untersucht werden. Es geht in diesen Forschungskonstellationen sowohl um epistemologische wie auch um empirische Fragen, die mit der Dezentrierung eine_r handelnden Akteur_in und dem Fokus auf Entgrenzungen und Überlappungen zwischen Mensch und Maschine, Organischem und Anorganischem, Objekt und Subjekt, Praxis und Diskurs einhergehen. Gespeist werden diese Fragen nicht zuletzt durch die zunehmende (soziologische) Rezeption verschiedener »Studies«, die zwischen den etablierten Disziplinen liegen und diese Zwischenposition produktiv (und im Selbstverständnis

kritisch) nutzen, so z.B. postcolonial studies, gender studies, affect studies, (dis)ability studies, queer studies, animal studies, diversity studies usw. In diesen Konstellationen werden Ontologien, Binaritäten und Eindeutigkeiten kritisch betrachtet, demgegenüber werden dekonstruktive, post-essentialistische Lesarten des Sozialen bevorzugt.

Oben genannte Perspektivenverschiebungen haben weitreichende Konsequenzen für die Körpersoziologie, die bislang wesentlich einen holistischen Menschen-Körper konzeptuell voraussetzt. Stattdessen würde es darum gehen, Körper stärker als immer vorläufiges Produkt bestimmter Konstellationen und Verbindungen, stärker als Trans-Körper zu begreifen und weniger etwa als abgegrenzte Entität. Embodiment ist eine entsprechende Chiffre: Sie verweist auf die sinnenhafte, leiblich spürbare Bewegung zwischen Menschen, Normen und Dingen.

Auf der Sektionstagung soll es – in Fortführung und Anknüpfung an die Jubiläumstagung der Sektion im Oktober 2015 – zum einen darum gehen, den Erkenntnisgewinn einer auf Trans-Körper orientierten Körpersoziologie auszuloten. Welche neuen oder anderen Körper-Konstellationen werden begreifbar? Welche Versprechen bieten (vorgeblich) neue Perspektiven und Begriffe, die womöglich nicht eingelöst werden? Zum anderen versucht diese Tagung aber auch, die Trans-Perspektive mit der auf Differenz orientierten Perspektive der Geschlechter- und allgemeiner Ungleichheits- und jüngst Diversitätsforschung zusammen zu bringen. Diese Forschungsansätze weisen auf die (sozial konstruierte, diskursiv hergestellte und kulturell zugeschriebene) Differenz hin, die jeweils an den Körpern der konstruierten Gruppen festgemacht und dadurch naturalisiert wird. Dabei fungiert die naturalisierte Differenz als Aus- und Abgrenzungskriterium, sie etabliert soziale Hierarchien und organisiert Zugehörigkeiten zwischen menschlichen Gruppen. Während hier also Differenz, Ungleichheit und Körper eng verkoppelt sind, stellt sich die Frage, welchen Beitrag eine Trans-Körper-Perspektive zu Fragen gesellschaftlicher In- und Exklusion leisten könnte. Welche Folgen könnte eine (de-)konstruktivistische Perspektive auf Entgrenzungsprozesse und -phänomene zwischen Natur und Kultur für die Analyse von Unterschiedlichkeiten zwischen Menschen haben? Oder bedeutet die Aufwertung nicht-menschlicher Entitäten eine Relativierung sozialer Differenzen?

Die Tagung behandelt unter anderem folgende Fragen und Themenblöcke:

-
- Inwiefern gehen aktuelle (körper-)soziologische Beschreibungen und Methoden (etwa ›ANT‹, Embodiment, Cyborgs, new materialism ...) über tradierte Dualismen hinaus?
 - Wie könnten über die Thematisierung von Körper, Materie, Aktant_innen oder Leiblichkeit die Wissens-, Körper-, Sport- und Geschlechtersoziologie produktiv ins Gespräch kommen? Welche Missverständnisse oder Asymmetrien lauern hier womöglich?
 - Kann die (Körper-)Soziologie mit transhumanistischen Perspektiven produktiv umgehen? Wie? Oder warum nicht?
 - In welchem Verhältnis stehen Differenz, Diversität und Ungleichheit im Kontext der Körper- und Sportsoziologie?
 - Welches neue Wissen kann die Sport- und Körpersoziologie generieren?
 - Mit welchem methodischen Instrumentarium kann die soziologische Beobachtung, Beschreibung und Erklärung von Embodiment und sportiven Praxen im Kontext von Hybridisierungs- und dekonstruktiven Perspektiven gelingen?

Organisation und Kontakt: Imke Schmincke und Paula-Irene Villa, E-Mail: imke.schmincke@soziologie.uni-muenchen.de.

Michael Reif

Professionelle und öffentliche Soziologie

Die Entstehung der Soziologie in Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts wird in diesem soziologiegeschichtlichen Beitrag mit Bezug zur aktuellen Debatte um public sociology beleuchtet. Es wird die These vertreten, dass führende Soziologen gegen öffentliche und für professionelle Soziologie argumentiert haben, um Legitimation im wissenschaftlichen Feld zu generieren. Dabei bezogen sie sich auf das Postulat der Werturteilsfreiheit und das Konzept der Einzelwissenschaft, um die Grenzen der Soziologie zu markieren und um politischen Erwartungen an die Soziologie zu widersprechen. Letztere ergaben sich aus der politischen Unterstützung bei der universitären Etablierung. Carl Heinrich Becker forderte 1919 die Einrichtung soziologischer Lehrstühle. Als öffentliche Soziologie sollte sie zur Lösung der Krise Deutschlands beitragen. Diese Forderung am Beginn der Weimarer Zeit löste eine Debatte aus, die im Mittelpunkt der Ausführungen steht. Die Soziologen Leopold von Wiese und Ferdinand Tönnies widersprachen den politischen Erwartungen sowie dem Sozialismusvorwurf und der Aberkennung der Wissenschaftlichkeit der Soziologie durch den Wirtschaftshistoriker Georg von Below. Die Debatte drehte sich um die Frage der Anerkennung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft, auf die die Soziologen mit einer Strategie disziplinärer Professionalisierung reagierten und sich von der Tradition öffentlicher Soziologie abgrenzten.

This article addresses the development of sociology in Germany at the beginning of the twentieth century in light of the current debate on public sociology. It postulates that leading sociologists argued against public and for professional sociology to gain legitimacy in the scientific field. Using the concept of value neutrality and the concept of specialized science they drew boundaries around sociology and contradict political expectations connected with political support for its academic institutionalization. In 1919, Carl Heinrich Becker demanded the establishment of chairs for sociology. This promotion marked the beginning of a debate among Becker, sociologists Leopold von Wiese and Ferdinand Tönnies as well as historian Georg von Below which is analyzed in detail.

Bernhard Schäfers

DGS und GfS. Die Gesellschaften für Soziologie im Vereinigungsprozess

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 bedeutete auch für die wissenschaftlichen Gesellschaften in beiden Ländern, eine Vereinigung ihrer Mitglieder und Aufgaben herbeizuführen. Im Fall der Deutschen Gesellschaft für Soziologie DGS und der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) GfS war dies deshalb mit einigen Schwierigkeiten verbunden, weil sich die GfS erst nach dem Fall der Berliner Mauer im Februar 1990 gegründet hatte. Die Dynamik der Gründung führte noch im Mai 1991 zu einem »Soziologen-Tag« in Leipzig, unter dem Vorsitz von Hansgünter Meyer. Der entscheidende Schritt zur Vereinigung fand am 7. März 1992 in Berlin statt. Auf einer Mitgliederversammlung der GfS im Senatssaal der Humboldt-Universität wurde einstimmig beschlossen, die GfS zum 31. Dezember 1992 aufzulösen. Zugleich wurde die Empfehlung ausgesprochen, der DGS beizutreten.

The unification of the German states *BRD* and *DDR* on October 3, 1990, also had consequences for the *Deutsche Gesellschaft für Soziologie DGS* and the *Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) GfS*. The process of unifying the associations and their functions had to overcome special problems as the GfS was founded not earlier than in February 1990, after the fall of the Berlin Wall. The dynamic of the foundation led to the first and only »Soziologen-Tag« of the GfS in Leipzig, May 1991, under the presidency of Hansgünter Meyer. The decisive step for the unification of the German sociological societies was undertaken on March 7, 1992. In the course of the GfS general meeting in Berlin at the Humboldt University the members decided unanimously to wind up the GfS at the end of the year. At the same time it was recommended to join the DGS.

Michael Opielka

Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht

»Soziale Nachhaltigkeit« findet sich bislang nicht auf der Agenda der Soziologie, wie generell ein Mangel an soziologischer Befassung mit der Problemstellung Ökologie und Nachhaltigkeit auffällt. Zwar hat sich unterdessen eine produktive Umweltsoziologie herausgebildet, eine sozialtheoretische, auch zeitdiagnostische Soziologie der Nachhaltigkeit steht noch aus. Der Beitrag hilft diesem Mangel nicht ab, doch deutet zumindest an, warum sich die Soziologie in einer komplexen und verwirrenden Konstellation bislang schwer tat, einen originären Zugang zu Nachhaltigkeit zu gewinnen. Mit der Unterscheidung von drei Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit (eng, internal und weit) und vier Themendimensionen (faktisch, politisch, organisatorisch und epistemisch) wird das Begriffsfeld erschlossen und soziologischer Optimismus verbreitet.

The term »social sustainability« is not found so far on the agenda and in textbooks of sociology as a general lack of sociological referral notice to the problem of ecology and sustainability. Although meanwhile productive environmental sociology has emerged as an area sociology, a social theory, and time diagnostic sociology of sustainability is still pending. This contribution will not really clear off this deficiency, but suggests at least, why sociology used to be cautious indeed in a complex and confusing constellation to win a primary access to sustainability. With the distinction of three concepts of social sustainability (narrow, internal and wide) and four thematic dimensions (factually, political, organizational and epistemic) is opened up the field of concepts and enhanced sociological optimism.

Bitte berücksichtigen Sie bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung. Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17).

Bei *zwei AutorInnen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr AutorInnen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro AutorIn und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je AutorIn nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren AutorInnen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Im Literaturverwaltungsprogramm **Citavi** können Sie unseren **Zitationsstil** »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« nutzen.

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine deutsche und eine englische **Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .doc oder .docx **per e-mail** an die Redaktion der Soziologie.

Für **Sektionsberichte** beachten Sie bitte, dass einzelne Tagungsberichte 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollten. Für Jahresberichte stehen max. 15.000 Zeichen zur Verfügung.

Wer hat das Sagen?



polarkreis e.V. (Hg.)
polar 19: Expertokratie
In Wahrheit

2016. 192 Seiten. Einzelausgabe: € 14,-
Abonnement*: € 12,-
ISBN 978-3-593-50557-2

Politik scheint immer mehr eine Sache der Politikberatung zu werden. Kommissionen werden gebildet, Fachbeiräte gegründet. Wissenschaftler und Sachverständige sollen Konzepte liefern und Richtungen vorgeben. Und auch die Bürger selbst verstehen ihr politisches Engagement oft als das von Experten. Während in den früheren Protestbewegungen der Bundesrepublik der Typ des Sozialwissenschaftlers das Bild beherrschte, sind es heute Ingenieure und Naturwissenschaftler. Leben wir in einer Expertokratie?

polar 20 fragt nach dem Verhältnis von Politik, Wissenschaft und Wahrheit in unserer Demokratie. Ein Heft zu einer entscheidenden Frage unseres Verständnisses vom Politischen.

* Abonnement und Einzelhefte sind erhältlich im Buchhandel sowie unter campus.de/polar

   campus.de

campus

Frankfurt. New York

Reihe Theorie und Gesellschaft

Herausgegeben von Jens Beckert (Köln), Rainer Forst (Frankfurt am Main), Wolfgang Knöbl (Göttingen), Frank Nullmeier (Bremen) und Shalini Randeria (Wien)

Hella Dietz

Polnischer Protest

Zur pragmatistischen Fundierung
von Theorien sozialen Wandels

Theorie und Gesellschaft, Band 79

2015. 332 Seiten. € 39,90

ISBN 978-3-593-50464-3

Die Entstehung zweier polnischer Protestbewegungen - der Solidarnosc und des weniger bekannten Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) - scheint nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus nur noch von historischem Interesse zu sein. Hella Dietz gelingt es in ihrer Studie jedoch zu zeigen, dass die Analyse dieser beiden Bewegungen, die bislang nur selten soziologisch untersucht worden sind, vermeintliche Paradoxien der polnischen Gegenwart zu erklären hilft und die soziologische Theorie (des amerikanischen Pragmatismus, der Protestforschung, der Modernisierung und der Menschenrechtsforschung) weiterzuentwickeln vermag.

Cord Schmelzle

Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit

Nachhaltig produzieren -
zukunftsorientiert wachsen

Theorie und Gesellschaft, Band 80

2015. 309 Seiten. € 39,90

ISBN 978-3-593-50465-0

Was geht verloren, wenn Staaten zerfallen? Das Auseinanderbrechen von staatlichen Institutionen ist heute eines der drängendsten Probleme der internationalen Politik. Mit Cord Schmelzles Studie liegt nun die erste Monografie vor, die dieses Phänomen aus Perspektive der politischen Theorie und Philosophie untersucht. Ausgehend von einer Analyse der Begriffe Legitimität und Staatlichkeit entwickelt der Autor eine neuartige Theorie der Rechtfertigung von Herrschaftsverhältnissen und des Wertes staatlicher Ordnungssysteme und fragt, wie die internationale Gemeinschaft auf Fälle von Staatszerfall reagieren sollte.

campus

Frankfurt. New York



campus.de

Aktuelle Neuerscheinungen

Anita Engels, Sandra Beaufäys,
Nadine V. Kegen, Stephanie Zuber

Bestenauswahl und Ungleichheit

Eine soziologische Studie
zu Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftlern in
der Exzellenzinitiative

Reihe Hochschule und Gesellschaft
2015. 369 Seiten. € 34,90
ISBN 978-3-593-50463-6

Das Buch präsentiert die Ergebnisse einer umfassenden Begleitstudie, die die Autorinnen von 2007 bis 2013 zur deutschen Exzellenzinitiative durchführten. Es stellt die Voraussetzungen dar, mit denen Männer und Frauen den unsicheren Weg in der Wissenschaft auf sich nehmen, und die Bedingungen, die sie in der Exzellenzinitiative vorfinden. Dabei zeigt sich, welche inner- und außerwissenschaftlichen Faktoren für die fortgesetzte Unterrepräsentanz von Wissenschaftlerinnen auf den Spitzenpositionen verantwortlich sind.

Wolfgang Lemb (Hg.)

Welche Industrie wollen wir?

Nachhaltig produzieren –
zukunftsorientiert wachsen

2015. Ca. 250 Seiten. Ca. € 19,90
ISBN 978-3-593-50473-5

Die ökologischen und sozialen Warnsignale stehen heute weltweit auf Dunkelrot: Der Klimawandel, die Finanzmarktkrise, die zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die massiven Defizite in der öffentlichen Infrastruktur weisen auf gravierende Fehlentwicklungen unseres Wirtschaftssystems hin. Doch wie schaffen wir den Wandel zu einem nachhaltigen Modell des Wirtschaftens? Dieses Buch – ein Plädoyer für den ökologischen Umbau der Industrie und für das Konzept der »Guten Arbeit« – liefert detaillierte Antworten auf diese drängenden Fragen, die sich uns und den kommenden Generationen stellen.



campus.de

campus

Frankfurt. New York